



## Streik im „Todesbergwerk“

### Die Streikbewegung im Grünbacher Steinkohlebergwerk 1932/33

MANFRED MUGRAUER

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise orientierte die Kommunistische Partei Österreichs auf sozialökonomische Massenkämpfe als Schwerpunkt ihrer Politik. Zuvor war sie, vor allem infolge der ultralinken Wendung der Kommunistischen Internationale, in die völlige Isolation geraten, ihr politischer Einfluss erreichte 1928/29 ebenso wie der Mitgliederstand der Partei einen Tiefpunkt. Im wirtschaftspolitischen Tageskampf gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise – in Lohnkämpfen, Streiks und Arbeitslosenaktionen gegen Aussteuerungen und Unterstützungskürzungen – gelang es der Partei in den Jahren 1931 bis 1933, schrittweise aus der Isolation auszubrechen und eine Phase der Aufwärtsentwicklung einzuleiten. Im Zuge ihrer 1931 beschlossenen „Wendung zur Massenarbeit“<sup>1</sup> rückte die Vorbereitung, Organisation und selbstständige Führung der Wirtschaftskämpfe im Betrieb und unter den Arbeitslosen ganz ins Zentrum ihrer Politik. Im Kampf gegen die Lohnabbau-Offensive der Unternehmer, gegen ihre Angriffe auf die Kollektivverträge und gewerkschaftlichen Rechte, gegen Massenentlassungen und Betriebsstilllegungen, gegen Aussteuerungen und Arbeitsdienstpflicht, Kürzungen der Notstandsunterstützung und Verschlechterungen in der Sozialversicherung sollte die ArbeiterInnenklasse auf künftige Klassenkämpfe vorbereitet und ein revolutionärer Ausweg aus der Wirtschaftskrise geöffnet werden.

Das Schwergewicht der Partei wurde im Rahmen dieser Neuorientierung in die Betriebe verlagert. Organisatorische Plattform des Kampfes um die die Tagesinteressen der ArbeiterInnenklasse war die so genannte *Rote Gewerkschaftsopposition* (RGO). Ab 1931 gelang es KPÖ und RGO, in mittleren Betrieben in Streikaktionen gegen drohende Lohnsenkungen, Entlassungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen einzugreifen, z.B. in der Pottendorfer Spinnerei im Februar/März und in der

Wiener Juteindustrie im Mai 1931. Im Juli 1931 hatten KommunistInnen gar die Führung des Streiks bei der Firma *Neuman* in Marktll inne. 1932 spielten kommunistische GewerkschafterInnen beim der Streik der Wiener Seidenfärbereibetriebe von Ende Juli bis Dezember eine führende Rolle. Der bedeutendste Streik, an dessen Organisation KPÖ und RGO in den Jahren der Weltwirtschaftskrise Anteil hatten, fand um die Jahreswende 1932/33 im Grünbacher Steinkohlebergwerk statt. Mehr als fünf Wochen lang, vom 30. November 1932 bis zum 6. Jänner 1933, standen die Bergarbeiter im Streik für eine Lohnerhöhung, erhöhte Sicherheitsmaßnahmen und Verbesserungen des Kollektivvertrages, womit die Bewegung von Beginn an den Charakter eines Offensivkampfes hatte.

#### „Probeangriff der Bourgeoisie“

Die KPÖ war in der niederösterreichischen Bergbaugemeinde Grünbach am Schneeberg traditionell gut verankert und seit 1921 auch im Gemeinderat mit Mandaten vertreten. Bereits im Jänner 1925 standen Kommunisten an der Spitze einer Streikbewegung, die einen Höhepunkt des Kampfes der KPÖ gegen die „Genfer Sanierung“ – gegen „Hungersanierung, Lohndruck und Teuerung“<sup>2</sup> – darstellte. Der Streik der Arbeiter des seit dem Ersten Weltkrieg zum Schoeller-Konzern gehörenden Steinkohlebergwerks<sup>3</sup> begann am 14. Jänner 1925 mit spontanen Arbeitsniederlegungen, nachdem deren Forderung nach einer 15-prozentigen Lohnerhöhung abgelehnt worden war und der als Scharfmacher berüchtigte Werksdirektor Robert Ott sich geweigert hatte, das Verhandlungsergebnis den Arbeitern selbst mitzuteilen. Ott, der „sich nicht den Anfehlungen des Pöbels aussetzen“ wollte – wie die Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen in Zusammenfassung der Ereignisse berichtete –, wurde darauf von einer aufgebrachtten Menge verprügelt, was zunächst die Aussper-

rung der 1.100 Arbeiter und am 16. Jänner die Entlassung der gesamten Belegschaft zur Folge hatte.<sup>4</sup> Die Behörden reagierten energisch: Begleitet von einem massiven Gendarmerieeinsatz wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, die *Rote Fahne*, das Zentralorgan der KPÖ, meldete, dass über Grünbach „der Belagerungszustand“ verhängt worden sei.<sup>5</sup> Die der KPÖ nahe stehende proletarische Unterstützungsorganisation *Rote Hilfe* organisierte Solidaritätsaktionen mit den Streikenden.

Nach Verhandlungen der Gewerkschaftskommission mit dem *Neunkirchner Industriellenverband* erklärte sich die Direktion zur Wiederaufnahme des Betriebes unter der Bedingung bereit, dass die Arbeiterschaft dem Abbau von 60 Arbeitern und vier Betriebsräten zustimme. Zuvor hatte sie die Entlassung von 236 Arbeitern, aller Verhafteten und von acht Betriebsräten verlangt.<sup>6</sup> Dieser von der *Roten Fahne* als „Diktat“ charakterisierte Kompromiss wurde am 28. Jänner nach zwei Wochen Streik und Aussperrung in einer Vollversammlung der Belegschaft mit 565 gegen 258 Stimmen bei zehnteinstimmigen Ablehnungen abgelehnt. Vor allem die kommunistischen Betriebsräte Franz Honner und Franz Loistl traten den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären entgegen und forderten die Kumpels zu einer Fortführung des Kampfes auf. Da jedoch die Geschlossenheit der Belegschaft nicht mehr gegeben war und die Gewerkschaft ihre Unterstützung verweigerte, empfahlen in dieser Situation auch die Kommunisten die Wiederaufnahme der Arbeit.<sup>7</sup> 60 Arbeiter und vier Betriebsräte – unter ihnen auch Honner – wurden entlassen, die Forderung nach einer Lohnerhöhung konnte nicht durchgesetzt werden. Die *Rote Fahne* betonte die gesamtösterreichische Bedeutung der Vorfälle und charakterisierte sie als „Probeangriff der Großbourgeoisie mit faschistischen Methoden“.<sup>8</sup>

Der allgemeine Niedergang der Partei nach 1927 kam in Grünbach sowohl auf



Bergarbeiterdemonstration in Grünbach im Jänner 1925. Vorne (von links): Franz Honner, Franz Loistl, Hans Schöpf, Fritz Lauscher (ZPA der KPÖ, Bildarchiv).

betrieblicher und kommunaler Ebene, als auch in organisatorischer Hinsicht zum Ausdruck: Bei den Betriebsratswahlen ging die Stimmen- und Mandatszahl der RGO in Jahren 1928 bis 1930 von 308 bzw. fünf auf 167 bzw. zwei zurück.<sup>9</sup> Von den vier im Jahr 1924 errungenen Gemeinderatsmandaten konnten 1929 nur zwei gehalten werden.<sup>10</sup> Die Mitgliederzahl der Grünbacher Parteigruppe sank von 139 im Jänner 1927 auf 29 im Jänner 1929.<sup>11</sup> Ab 1931 machte sich auch in Grünbach die Aufwärtsentwicklung der Partei bemerkbar: Bei den Betriebsratswahlen am 24. Juli 1931 erhielt die RGO 334 der 876 abgegebenen Stimmen und konnte sich gegenüber 1930 von zwei auf fünf Mandate steigern,<sup>12</sup> die auch im Folgejahr gehalten werden konnten: So standen bei den Wahlen am 13. August 1932 342 Stimmen für die RGO 543 für die sozialdemokratische Liste (acht Mandate) und 65 für die Nazi-Liste gegenüber (ein Mandat).<sup>13</sup>

### Vom Ultimatum zur Urabstimmung

Unmittelbarer Anlass des am 30. November 1932 im Grünbacher Kohlebergwerk ausgebrochenen Streiks war ein tödlicher Arbeitsunfall, der auf die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen und die Antreiberei der Direktion zurückzuführen war. Allein im Ostfeld, wo insgesamt 500 Arbeiter beschäftigt waren, ereigneten sich im Jahr 1932 501 Unfälle. Aufgrund der Arbeitshetze waren 1932 insgesamt sieben Todesopfer zu beklagen,

der Betrieb wurde zum „Todesbergwerk“. Die *Rote Fahne* rechnete vor, dass im Zuge der Rationalisierung in den Jahren 1923 bis 1931 die Belegschaft im Steinkohlebergbau um ca. 40 Prozent zurückgegangen, die Leistung der Arbeiter und die Jahresförderung jedoch um 45 Prozent gestiegen waren. In Grünbach soll die Kohleproduktion gar um 150 Prozent gesteigert worden sein, während die Zahl der Bergarbeiter von 1.600 auf 1.060 reduziert worden war. Trotz guter Konjunktur und günstiger Auftragslage waren die Löhne in den beiden Vorjahren um bis zu 30 Prozent gesenkt worden.<sup>14</sup> „Aus dem Blut und den Knochen der Bergarbeiter haben Schöllner und Ott die Dividenden für die Herren des Betriebes herausgeschunden“, prangerte die Streikzeitung der RGO das Antreiber- und Ausbeutertum in Grünbach an.<sup>15</sup> Gleichermaßen für Erregung sorgte die bewusste Durchbrechung des Kollektivvertrages durch die Direktion: So nahm Direktor Ott, der sich selbst gerne als „der Gott von Grünbach“ bezeichnete,<sup>16</sup> nur solche Arbeiter auf, die auf den kollektivvertraglichen Grundlohn verzichteten. Da der Kollektivvertrag vorsah, dass Verheiratete eine Hausstandszulage zu erhalten haben, wurden verheiratete Arbeitssuchende abgewiesen bzw. indirekt gezwungen, sich als ledig auszugeben. Neuaufgenommenen verheirateten Arbeitern wurde die kollektivvertraglich festgesetzte Deputatkohle verweigert.<sup>17</sup>

Vor dem Hintergrund dieser prekären Lohn- und Sicherheitsverhältnisse kün-

digte die Belegschaft im Oktober 1932 auf Initiative der RGO den Kollektivvertrag und forderte als Ausgleich für die Lohnsenkungen der Vorjahre eine zehnpromzentige Lohnerhöhung.<sup>18</sup> Verhandlungen über diese Forderung wurden seitens der Direktion wochenlang verschleppt.<sup>19</sup> Sie kamen erst zustande, nachdem auf Druck der RGO-Gruppe und der RGO-Betriebsräte von der sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit eine Betriebsvollversammlung für den 13. November einberufen worden war, in der ultimativ die sofortige Festsetzung von Verhandlungen gefordert wurde.<sup>20</sup> Am 15. und 24. November erklärten jedoch die Vertreter des Werks gegenüber dem *Metall- und Bergarbeiterverband* im Beisein der Betriebsräte, dass eine Lohnerhöhung angesichts der weltweit herrschenden Krise unmöglich sei.<sup>21</sup> Die Forderungen wurden „schroff abgewiesen“, wie der *Neunkirchner Bezirksbote*, das sozialdemokratische Regionalblatt, über die Verhandlungen beim *Neunkirchner Industriellenverband* berichtete.<sup>22</sup> Die Unternehmer hätten sich geweigert, „über diese Forderungen auch nur zu verhandeln“, vermeldete die *Rote Fahne*.<sup>23</sup>

Nachdem in dieser Situation der Häuer Josef Haller am 25. November mit seinem Förderwagen in den Stapelschacht stürzte und nur mehr tot geborgen werden konnte,<sup>24</sup> wurde in einer von den RGO-Betriebsräten am selben Tag einberufenen Schachtversammlung einstimmig ein bis 27. November befristetes Ultimatum an die Direktion beschlossen, endlich die Lohnforderung zu erfüllen. Sollten bis dahin die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt werden, so sollte tags darauf, am Montag, der Streik beginnen.<sup>25</sup> Haller war am selben Tag unmittelbar vor seinem Unfall von einem Ingenieur für den Fall, dass er nicht mehr leisten würde, die Kündigung angedroht worden, was die Antreiberei im Betrieb deutlich machte. Als nach der ablehnenden Antwort des Unternehmens alle Zeichen auf Streik standen, startete der sozialdemokratische Zentralsekretär der Sektion Bergbau im *Metall- und Bergarbeiterverband* Franz Melkes eine Initiative, die auf eine Verhinderung des Streiks hinauslaufen sollte: In der Belegschaftsversammlung am Sonntag, den 27. November, in der nach Zurückweisung des Ultimatus durch das Unternehmen entscheidende Beschlüsse gefasst werden sollten, trat die RGO mit der Parole „Streik zur Durchsetzung der Forderungen!“ auf.<sup>26</sup> Damit sollte der zwei Tage zuvor gefasste Beschluss der Schacht-

versammlung bestätigt werden, im Fall einer negativen Antwort der Direktion den Streik zu proklamieren. Angesichts der entschlossenen Kampf Stimmung der Arbeiter argumentierte Melkes zunächst offen gegen einen Streikbeschluss, mit Hinweis auf die „schlechte Konjunkturlage“. Er erklärte, die Gewerkschaft könne keine Verantwortung übernehmen und im Falle eines Streiks nur die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter unterstützen. Von den insgesamt knapp 1.050 Arbeitern waren 750 erschienen, weshalb Melkes mit Hinweis auf die fehlenden 300 Arbeiter für eine Verschiebung der Beschlussfassung und eine Urabstimmung am Dienstag, den 29. November, eintrat. Seine ebenso erhobene Forderung, dass der Streik nur mit einer Dreiviertelmehrheit beschlossen werden könne,<sup>27</sup> war ganz offensichtlich von der Überlegung geleitet, dass eine solche deutliche Mehrheit letztlich nicht zustande kommen werde. Bereits in der Phase der Verhandlungen mit dem Unternehmerverband hatte der Gewerkschaftsführer versucht, „die bei der Arbeiterschaft vorhandene Kampf Stimmung abzuwürgen“, und war im Rahmen einer Belegschaftsversammlung am 20. November mit Hinweis auf die bevorstehende nächste Verhandlungsrunde am 24. gegen einen Streik aufgetreten.<sup>28</sup> Die *Rote Fahne* warnte vor diesem Hintergrund vor weiteren „Bremsversuche(n) und Beschwichtigungsmanöver(n)“<sup>29</sup> der Gewerkschaftsfunktionäre. In der entscheidenden Belegschaftsversammlung am 27. November gelang es Melkes jedoch, nachdem 300 Arbeiter die Versammlung bereits verlassen hatten, seinen Antrag auf Durchführung einer Urabstimmung durchzusetzen. „Wiewohl sich diesem Vorschlag ursprünglich die Kommunisten widersetzen, schlossen auch sie sich ihm schließlich doch an“, berichtete die Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die Landesregierung.<sup>30</sup>

An der Urabstimmung am 29. November 1932 beteiligten sich 988 der 1.026 Arbeiter. 817 stimmten für den Streik und 166 dagegen,<sup>31</sup> womit sich – gegen den Willen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung – 82 Prozent der zur Abstimmung erschienenen Arbeiter für eine Niederlegung der Arbeit aussprachen und tatsächlich die von Melkes geforderte Dreiviertelmehrheit übertroffen wurde. „Lasst Euch nicht länger zurückhalten! Schlagt los! [...] Stimmt geschlossen bei der Urabstimmung für den Streik!“, hatte die RGO zuvor in einem Flugblatt gefordert,<sup>32</sup> während die

Belegschaft in einem Flugblatt der Vertrauensmänner und Betriebsräte der sozialdemokratischen *Freien Gewerkschaft* auf die „Eventualitäten“ aufmerksam gemacht wurde, „die aus diesem Kampf entstehen können“: „Wir warnen [...] die Kollegenschaft, auf eine von den Kommunisten betriebene Demagogie einzugehen und sich bei der [...] Urabstimmung nur von ihrer eigenen Vernunft und Durchhaltungsmöglichkeit leiten zu lassen!“, wurde darin gegen die kommunistische Streikparole Position bezogen.<sup>33</sup>

### Aussperrung und „Massenstreikposten“

Nach dem in der Urabstimmung gefassten Streikbeschluss standen am Montag der Förderschacht und die Hunte still. Kein einziger Arbeiter fuhr am Morgen des 30. November zur Frühschicht ein. Die Direktion antwortete auf den Streik mit der Aussperrung der Arbeiter. Die Schachtanlagen wurden von der Gendarmerie besetzt. Alle Arbeiter, die sich nicht zur Schicht meldeten, wurden für entlassen erklärt. „Die Belegschaft quittierte diese Kundmachung mit Gelächter“, berichtete die *Rote Fahne* über die geschlossene Streikfront.<sup>34</sup> Zugleich ließ die Direktion verlautbaren, dass am 3. Dezember die Auszahlung der ausstehenden Löhne stattfinden solle. Dabei seien auch die Grubenlampen abzugeben. Die 500 unverheirateten Bergmänner, die in den „Ledigenheimen“ des Werkes wohnten, hätten die Wäschesorten abzugeben, andernfalls würden ihnen zehn bzw. 15 Schilling abgezogen werden. Beabsichtigt war also die vollständige Entlassung und Abrechnung der Arbeiter. Nachdem die Bezirkshauptmannschaft vor diesem Hintergrund „ernste Unruhen“ befürchtete, ersuchte sie die Landesregierung um die Zuweisung weiterer 20 bis 25 Gendarmen. Um die Lage vor Ort unter Kontrolle zu behalten, genehmigte der Staatssekretär für Sicherheitswesen Emil Fey der Entsendung der Schulabteilung der Gendarmerie nach Grünbach, für den Fall größerer Unruhen wurde überdies die Zustimmung des Heeresministeriums zur Inanspruchnahme der Wiener Neustädter Garnison eingeholt.<sup>35</sup> Im weiteren Verlauf wurde Grünbach von insgesamt 120 Gendarmen besetzt.<sup>36</sup>

Als dann bei der Auszahlung am 3. Dezember der Abrechnung keine Entlassungsscheine beigefügt waren, wurde dies von der *Roten Fahne* „als ein Rückzug der Direktion“ gewertet. Vielmehr waren den Lohnkuverts ein Schreiben von Philipp Schoeller, dem Präsidenten

der *Grünbacher Steinkohlenwerke-A.G.* und geschäftsführenden Verwaltungsrat der *Schoeller-Bleckmann Stahlwerke A.G.*,<sup>37</sup> beigelegt, in dem er um ein rasches Ende des Streiks ersuchte. Wie von der Bezirkshauptmannschaft gefordert, wurden zu diesem Anlass Überfallsautos und die Schulmannschaft der Gendarmerie, ausgerüstet mit Stahlhelmen, aus Wien nach Grünbach dirigiert. Vor dem Hintergrund der Konzentration dieses „riesigen Gendarmerieaufgebots“<sup>38</sup> ging die Auszahlung ruhig vor sich, die Grubenlampen wurden „anstandslos abgeliefert“ bzw. die „hiefür festgesetzten Abzüge“ hingenommen.<sup>39</sup>

Die Direktion beabsichtigte, den Betrieb mit neu aufgenommenen Arbeitern aus der Steiermark und Zillingdorf weiterzuführen.<sup>40</sup> Die Anwerbung von Streikbrechern scheiterte jedoch an der solidarischen Haltung der Arbeitslosen. Eine von der RGO einberufene Versammlung der arbeitslosen Bergarbeiter von Zillingdorf, wo 1931 das Braunkohlewerk geschlossen und alle Arbeiter gekündigt worden waren,<sup>41</sup> protestierte gegen die Absicht der Industriellen Bezirkskommission Wiener Neustadt, Streikbrecher von Zillingdorf nach Grünbach zu vermitteln.<sup>42</sup> Als die Direktion am 5. Dezember verlautbarte, in der Werkkanzlei 200 Arbeiter aufzunehmen, erschien infolge der Solidarität der Arbeitslosen kein einziger Streikbrecher.<sup>43</sup> Es blieb zunächst bei „fünf ärmlichen Kreaturen“, die von Beginn an Streikbruch verübten.<sup>44</sup>

Als am 14. Dezember weitere Streikbrecher aufgenommen wurden, die unter Gendarmerieschutz im Schachtgebäude einquartiert wurden,<sup>45</sup> kam es abends zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Einige Streikbrecher wurden verprügelt, zwei mussten sogar in das Sanitätszimmer gebracht werden. Zwei Streikende wurden verhaftet, jedoch tags darauf wieder freigelassen. Die *Rote Fahne* berichtete, dass vier aus Breitenau angeworbenen Streikbrecher Grünbach darauf wieder verlassen und der Arbeiterschaft das Versprechen gegeben hätten, die Streikbrecherarbeit einzustellen.<sup>46</sup> Der revolutionären Streikleitung gelang es auch in weiterer Folge mit „Massenstreikposten“ die Bemühungen der Direktion, den Betrieb mit Streikbrechern weiterzuführen, zu vereiteln. Gleich zu Beginn der Streikbewegung wurde in einer Versammlung der Bergarbeiterfrauen ein Kampfkomitee gewählt, die sich ebenso für Streikpostendienste zur Verfügung stellten.<sup>47</sup> Als am 19. Dezember acht aus-

wärtige Arbeiter die Arbeit aufnehmen wollten, besetzten Streikposten die Zugangswege zum Schacht, worauf die Streikbrecher den Rückzug antreten mussten.<sup>48</sup> Die Grünbacher „haben die Streikbrecher aus dem Betrieb geholt, obwohl die Gendarmerie einen wahren Belagerungszustand über die Arbeiterkolonie verhängt hat. Jeden Tag stehen jetzt Massen-Streikposten auf den Zufahrtsstraßen, denen es auch gelingt, die paar Streikbrecher abzuhalten. Wenn einmal auf Umwegen doch ein paar zum Schacht geraten, so werden sie am nächsten Tag herausgeholt“, berichtete die kommunistische *Illustrierte Rote Woche*.<sup>49</sup> Jene sechs Streikbrecher, denen es gelang, dennoch in den Betrieb zu kommen, wurden in der *Roten Fahne* namentlich an den Pranger gestellt.<sup>50</sup> Am 24. Dezember wurden die Streikbrecher, die unter Gendarmeriebegleitung den Betrieb verließen, von den Streikenden mit Steinen beworfen, worauf die Gendarmerie mit Verhaftungen reagierte.<sup>51</sup> Zum Jahreswechsel arbeiteten unter starker Gendarmeriebedeckung 16 Streikbrecher im Betrieb, wobei es sich dabei ausschließlich um auswärtige angeworbene Arbeiter handelte,<sup>52</sup> die mit den hiesigen Beamten Erhaltungsarbeiten durchführten.

### Revolutionäre Streikleitung

Die zentrale Entwicklungsfrage der Grünbacher Streikbewegung war die Geschlossenheit der Belegschaft, der einheitliche Charakter ihrer Führung und damit im Zusammenhang die Politik der sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaft. Insgesamt verfolgte die Gewerkschaftsführung in den Jahren der Weltwirtschaftskrise eine „kooperative Krisenstrategie“ und verlangte von den ArbeiterInnen „wirtschaftliche Mäßigung und politische Disziplin“.<sup>53</sup> Ihre Konsens- und Kapitulationspolitik war maßgeblich verantwortlich für die sinkende Widerstandskraft der ArbeiterInnenbewegung gegen den autoritären Kurs ihres „antimarxistischen“ Gegenübers aus Unternehmern und bürgerlichen Parteien. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ging in den Jahren der Weltwirtschaftskrise ebenso drastisch zurück wie die Anzahl der Streikkämpfe. Wurden 1929 noch ca. 200 Ausstände gezählt mit 23.800 Streikenden und 286.000 versäumten Arbeitstagen, so sank diese Zahl im Jahr 1930 auf 83 Streiks mit 6.170 Beteiligten. 1931 ging die Anzahl organisierter Arbeitsniederlegungen auf 56 zurück (8.500 Streikende), 1932 und 1933 zählte man nur noch 30 bzw. 23

Streiks mit 5.400 bzw. 5.000 TeilnehmerInnen.<sup>54</sup> Die kommunistische Agitation richtete sich demgemäß gegen die sozialdemokratische „Gewerkschaftsbürokratie“ und einzelne Betriebsräte, die versuchten, die Kampf Stimmung der Belegschaft zu bremsen, einen Verhandlungskompromiss zu erzielen bzw. bereits ausgebrochene Streiks mit Manövern abzuwürgen. Dies belegten die Erfahrungen aus den Streikkämpfen in Pottendorf und der Juteindustrie im Jahr 1931 und den Wiener Seidenfärbereien in der zweiten Jahreshälfte 1932 und sollte sich auch am Grünbacher Beispiel bestätigen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den freigewerkschaftlichen Funktionären und der RGO kreisten in Grünbach zunächst vor allem um die Frage, wer die Führung des Streiks innehatte. Vorrangiges Ziel der Kommunisten war es, eine unter ihrem Einfluss stehende Streikleitung zu etablieren, von der die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre ausgeschlossen bleiben sollten. Insgesamt stand die Bildung revolutionärer Kampfleitungen als Organe der „Einheitsfront von unten“ im Mittelpunkt der seit 1929 verfolgten kommunistischen Streiktaktik. Sie sollten von den ArbeiterInnen in Vollversammlungen zur Vorbereitung bzw. selbstständigen Führung der sozialökonomischen Kämpfe gewählt werden, da „der reformistische Gewerkschaftsapparat und der übergroße Teil der Betriebsräte zu einem Hemmnis der Kämpfe der Arbeiter“ geworden seien.<sup>55</sup>

Zwar wurde aus den kommunistisch beeinflussten Streikkämpfen des Jahres 1931, u.a. aus dem Streik in der Pottendorfer Baumwollspinnerei und in der Wiener Juteindustrie, die Lehre gezogen, dass die Führung dieser von der RGO initiierten Kämpfe nur dann behauptet werden könne, wenn schon im Vorfeld rechtzeitig Kampfleitungen geschaffen werden würden. Dennoch wurde in Grünbach die frühzeitige Bildung eines Kampfausschusses, der bei Streikausbruch in eine Streikleitung umgewandelt hätte werden können, außer Acht gelassen, was zu einem späteren Zeitpunkt selbstkritisch reflektiert wurde.<sup>56</sup> So wurde zwar bereits im Oktober auf Initiative der RGO die Kündigung des Kollektivvertrages beschlossen, die in diesem Zuge erhobenen Lohnforderungen wurden von der RGO vorgeschlagen. Die entscheidenden Belegschaftsversammlungen wurden von den kommunistischen Gewerkschaftern einberufen, die auf die Auslösung von Teilkämpfen hinarbeiteten und für den Streik

mobilisierten. Die RGO war die Initiatorin des Ultimatums an die Direktion und auch der Streikbeschluss war letztlich ihrer Agitation geschuldet. Zur Wahl einer Streikleitung kam es jedoch erst in der Belegschaftsversammlung am 27. November. Zwar hatte die *Rote Fahne* bereits vor Beginn der Verhandlungen mit dem Unternehmerverband die Wahl einer Kampfleitung gefordert, „in welcher alle politischen und gewerkschaftlichen Gruppierungen der Grünbacher Bergarbeiter sowie die Unorganisierten vertreten sein müssen“,<sup>57</sup> jedoch gelang es ihr in dieser frühen Phase des Arbeitskampfes nicht, diese Zielsetzung in die Tat umzusetzen. Die Grünbacher Genossen mussten vor diesem Hintergrund gar eine öffentliche Schelte des eigenen Zentralorgans einstecken, wurde doch in der *Roten Fahne* kritisiert, dass die RGO-Gruppe in der Belegschaftsversammlung am 20. November „den Brems- und Abwürgungsversuchen des Reformisten Melkes nicht genügend scharf entgegen“ getreten sei, „um sich nicht in den Verdacht zu setzen, daß man sie als ‚Spalter‘ der Einheitsfront bezeichne“. Dieser „Opportunismus“ der Grünbacher Genossen habe „Melkes die Hinausschiebung eines Kampfbeschlusses ermöglicht“.<sup>58</sup>

Letztlich führte die Frage der Streikleitung bereits in der Anfangsphase zu einer Spaltung der Kampffront: Als in der Belegschaftsversammlung am 27. November, zwei Tage vor dem Streikbeschluss, eine Streikleitung aus 25 Mann gewählt wurde, geschah dies zu einem Zeitpunkt, als Melkes nach Durchsetzung der Urabstimmung die Sitzung bereits demonstrativ verlassen hatte.<sup>59</sup> Nach den Vorstellungen von KPÖ und RGO sollte diese aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern bestehende Streikleitung in einer bevorstehenden Streikversammlung erweitert werden. Von jeder Einflussnahme sollten jedoch jene ausgeschlossen bleiben, die im Vorfeld des Kampfes seinen Ausbruch zu verhindern versucht hatten „und sich erst jetzt in verdächtiger Weise an die Streikenden heranzumachen versuchen werden“, nämlich „die reformistischen Bürokraten und die von ihnen entsandten Lakaien“.<sup>60</sup> Gegenüber der Auffassung der RGO, dass die Streikleitung von der Arbeiterschaft gewählt werden müsse, standen die Gewerkschaftssekretäre auf dem Standpunkt, dass diese in den Händen des Betriebsrates und der Gewerkschaftsleitung liegen müsse und nur sie zu Verhandlungen berechtigt seien. Dahingehend trat in einer ersten

Streikversammlung am 30. November auch der Gewerkschaftssekretär Kohn auf, der anstelle des offenbar diskreditierten Melkes erschienen war. Im Gegensatz zu Melkes gebärdete sich Kohn dort „sehr radikal“<sup>61</sup> und ließ „eine andere Walze laufen“: „Wie bei allen Streiks“, so die Einschätzung der RGO, „war es auch hier. Nachdem die Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftssekretäre in den Streik getreten waren, versuchten nun diese Gegner des Streiks sich an die Spitze des Kampfes zu stellen, um ihn möglichst rasch abwürgen zu können.“<sup>62</sup>

Da die RGO jedoch entschieden dagegen auftrat, dass jene Gewerkschaftsfunktionäre, die gegen den Streikausbruch agitiert hatten, in die Streikleitung aufgenommen werden würden, konnte in dieser Streikversammlung keine Einigung über die Führung des Kampfes erzielt werden. Streikgegnern kritiklos die Führung des Streiks zu überlassen, hieß „den Bock zum Gärtner machen“, so Franz Honner, der in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftssekretär der KPÖ und Leiter der RGO-Arbeit an der Streikbewegung Anteil nahm.<sup>63</sup> Nachdem Kohn während der Rede von Honner demonstrativ die Versammlung verlassen hatte und infolge dieser „Sprengungs- und Spaltungsversuche“ keine Beschlüsse gefasst werden konnten,<sup>64</sup> wurde von der RGO am Abend des 1. Dezember eine Versammlung einberufen, in der von den dort anwesenden 300 Arbeitern die Streikleitung auf 75 Mitglieder – Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilose – erweitert wurde.<sup>65</sup> Honner hielt hier eine „mehrstündige Rede“, in der er – laut einer Reportage der *Roten Fahne* – die Anwesenden „überzeugte, daß einzig und allein der Weg der RGO. zum Sieg führt“.<sup>66</sup> Diese Streikleitung betrachtete sich selbst als provisorisch und sollte – zur endgültigen Klärung dieser Angelegenheit – erst in einer vom Betriebsrat einberufenen neuerlichen Belegschaftsversammlung am 3. Dezember bestätigt werden.<sup>67</sup>

Zu einer solchen Vollversammlung zur Wahl einer einheitlichen Streikleitung sollte es jedoch nicht kommen. Die exakten Hintergründe der Ereignisse bis zum 3. Dezember lassen sich aus den vorhandenen Quellen aufgrund einiger Widersprüche in der zeitgenössischen Berichterstattung nicht klären: Nachdem am 30. November keine Einigung erzielt werden konnte und die RGO in Reaktion darauf eine Streikleitung hatte wählen lassen, kam überraschend ein paritätisch zusammengesetztes Streikkomitee aus



Streikzeitung der revolutionären Streikleitung der Grünbacher Bergarbeiter.

Kommunisten und Sozialdemokraten zustande, dessen Existenz jedoch nur von kurzer Dauer war. In der Streikzeitung war zu lesen, dass die Bildung einer Streikleitung aus 150 Arbeitern und den Betriebsräten am 30. November auf Antrag von Honner beschlossen worden sei,<sup>68</sup> was jedoch vor dem Hintergrund der Ereignisse unwahrscheinlich erscheint und auch sonst in der Berichterstattung der *Roten Fahne* keinen Niederschlag fand. Dort wurde vielmehr vermeldet, dass die „reformistischen Bürokraten“ bereits nach der Streikversammlung am 30. November eine eigene Streikleitung mit den reformistischen Betriebsräten und dem Gewerkschaftssekretär „zusammengeschoben“ hätten, deren geplante erste Sitzung am 1. Dezember jedoch mit der Begründung abgesagt wurde, dass „ohnehin nichts Neues los sei“.<sup>69</sup> Tags darauf war von Versuchen der „Reformisten“ zu lesen, nach der Wahl der RGO-nahen Streikleitung am 1. Dezember „eine ihnen ergebene Streikleitung zusammenschieben (zu lassen“, um diese „mit der bereits gewählten Streikleitung (zu) vereinigen“.<sup>70</sup> Im Rückblick war von einem „Einheitsmanöver“ der Gewerkschaftsbürokratie die Rede, die eine Streikleitung aus Betriebsrat, örtlicher Gewerkschaftsleitung und je 50 „reformistischen“ und RGO-nahen Arbeitern propagierte.<sup>71</sup>

Letztere Variante scheint die nahe liegende Vermutung zu bestätigen, dass sich die Gewerkschaftsführung der mangelnden Autorität ihrer „von oben“ eingesetzten Streikleitung bei den Arbeitern bewusst gewesen sein dürfte und zur Wahrung ihres Einflusses hinter den Kulissen den Vorschlag lanciert hat, eine paritätische Leitung einzusetzen. Zu berücksichtigen ist, dass nur 160 der knapp 1.050 Grünbacher Bergarbeiter Gewerkschaftsmitglieder waren und von diesen wiederum einige der RGO angehörten und damit der Sozialdemokratie nicht nahestanden.<sup>72</sup> Der organisierte

Einfluss der Gewerkschaft war demnach bescheiden. Die RGO schätzte die Zahl der Anhänger von Kohn auf insgesamt ca. 200<sup>73</sup> und führte den geringen Anteil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter auf die Abwürgung des Streiks im Jahr 1925 durch die Gewerkschaftsbürokratie zurück.<sup>74</sup> Die *Arbeiter-Zeitung* wiederum schrieb den geringen Anteil der Gewerkschaftsmitglieder auf die „in Wirklichkeit konterrevolutionäre, nur die Unterneunterfront stärkende Hetze“ der RGO zu.<sup>75</sup> Die Behörden gingen von etwa 300 organisierten Arbeitern aus, die entweder dem *Metall- und Bergarbeiterverband*, der RGO oder der NS-Betriebszelle angehörten und von diesen Organisationen eine Unterstützung bezogen.<sup>76</sup> Als dann am 3. Dezember 50 Mitglieder der von der RGO initiierten Streikleitung mit 50 gewerkschaftstreuen Arbeitern, der Ortsgruppenleitung der Gewerkschaft und dem Betriebsrat zu einer ersten Sitzung zusammentraten, erhob der Betriebsratsobmann Harrer die bereits bekannte sozialdemokratische Forderung, dass eine „engere Streikleitung“ bestehend aus dem Betriebsrat und dem Gewerkschaftsausschuss gebildet werden solle, was die eben erfolgte Etablierung einer paritätischen Streikleitung als Manöver enttarnete. Zugleich gestand Harrer ein, dass er bei der Urabstimmung dagegen gestimmt habe und auch jetzt noch gegen den Streik sei. Die Betriebsratssitzung und die von der RGO geforderte Belegschaftsversammlung zur Bestätigung der Streikleitung wurden abgesagt. Da dies von der RGO nicht akzeptiert werden konnte und sie auf einer Wahl der Streikleitung durch die Gesamtbelegschaft beharrte, endete die Sitzung ergebnislos.<sup>77</sup>

Nachdem die SP-Betriebsräte und sozialdemokratischen Mitglieder der Streikleitung die Sitzung des paritätischen Komitees verlassen hatten,<sup>78</sup> hielt die bereits bestehende revolutionäre Streikleitung am 3. Dezember ihre konstituierende Sitzung ab, in der eine Exekutive und

verschiedene Kommissionen gebildet wurden, u.a. ein Streikschutzkomitee zur Aufstellung von Streikposten, ein Solidaritätsausschuss, eine Kommission für Propaganda sowie eine Frauen- und Jugendkommission. Die Streikleitung zog vom Arbeiterheim in das als RGO-Lokal fungierende Gasthaus Jägersberger, das sich in der Nähe der Schachanlage neben den Wohnbaracken befand.<sup>79</sup> Die RGO rief dazu auf, dieser von der Belegschaft gewählten Streikleitung Vertrauen zu schenken und nur ihr die Vollmacht zur Führung von Verhandlungen zuzugestehen. Gleichzeitig warnte sie vor weiteren Manövern, Spaltungs- und Abwürgungsversuchen der „reformistischen Bürokraten“.<sup>80</sup> Am 5. Dezember wurde die revolutionäre Streikleitung in einer Belegschaftsversammlung neuerlich bestätigt. Bei den 400 anwesenden Streikenden soll es sich um fast alle Arbeiter gehandelt haben, die in Grünbach selbst wohnten. Laut Behördenbericht sprach in dieser Versammlung neben Honner auch der kommunistische Betriebsratsobmann der Wiener Schuhfabrik Zeilinger<sup>81</sup> Wilhelm Kment. Die Gewerkschaftssekretäre waren nicht mehr erschienen.<sup>82</sup> Hinsichtlich der Auseinandersetzungen über die Führung des Streiks berichtete der Bezirkshauptmann von Neunkirchen, dass die Sozialdemokraten „die Leitung ganz in gewerkschaftl. Hände legen (wollen), event. unter Zuziehung von ein paar Kommunisten. [...] Die Sozialdem. sagen, sie wollen sich von Weibern nicht führen lassen. Es scheint nämlich, dass auf kommunistischer Seite die Weiber kommandieren“, so Hofrat Lukas an die Niederösterreichische Landesamtsdirektion.<sup>83</sup> RGO-Sekretär Honner, der bereits im Jänner 1925 an der Spitze der Streikbewegung in Grünbach gestanden war, wurde von der Bezirkshauptmannschaft erneut als der „geistige Leiter des Streikes“ ausgemacht. Er gehe „äußerst vorsichtig vor, hetzt in öffentlichen Versammlungen überhaupt nicht, sondern sagt dortselbst den Leuten immer, sie sollen mit den öffentlichen Organen nicht in Konflikt geraten“.<sup>84</sup> Am 7. Dezember musste die Behörde einschätzen, dass sich der Streik „in die Länge ziehen“ dürfte. Die Lage sei „bereits sehr kritisch geworden“, die Kommunisten erhielten einen starken Zulauf, so Hofrat Lukas.<sup>85</sup> Auch eine am 8. Dezember von der RGO einberufene Streikversammlung war mit 400 Arbeitern sehr gut besucht und soll laut *Roter Fahne* „von einem glänzenden Kampfgeist getragen“ worden sein.<sup>86</sup>

Nachdem die sozialdemokratischen Gewerkschafter damit gescheitert waren, eine unter ihrer Führung stehende Streikleitung durchzusetzen, setzten sie in Konkurrenz zur revolutionären Kampfleitung ein eigenes Streikkomitee ein. Nach außen hin wurde versucht, den Anschein zu erwecken, als stehe der Kampf der Grünbacher Bergarbeiter unter dessen Führung. So wurde in der *Arbeiter-Zeitung* lakonisch vermeldet, dass sich die Streikleitung im Arbeiterheim befindet,<sup>87</sup> ohne auch nur mit einem Wort auf die langwierigen Auseinandersetzungen um die Streikleitung in der Vorwoche einzugehen. Darüber hinaus wurde im sozialdemokratischen Zentralorgan – ganz im Gegensatz der *Roten Fahne*, die die Ereignisse tagtäglich in den Mittelpunkt rückte – kaum über die Streikbewegung berichtet. In der zweiten Dezemberwoche verstieg sich die *Arbeiter-Zeitung* sogar zu den unwahren Behauptungen, die Forderung nach einer zehnprozentigen Lohnerrhöhung sei von den freigewerkschaftlichen Betriebsräten erhoben und der Streik von der Belegschaft „unter der Führung der freien Gewerkschaft“ beschlossen worden.<sup>88</sup> „Die Urheber dieses Streikes sind auf kommunistischer Seite zu suchen“, berichtete hingegen die Bezirkshauptmannschaft.<sup>89</sup> Der Wahrheit näher kam auch ein weiterer Bericht des Bezirkshauptmannes von Neunkirchen, wonach „das Mitgehen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in Grünbach [...] mehr darauf zurückzuführen (ist), dass die sozialdemokratische Partei die Führung der Bewegung nicht ausschließlich den Kommunisten überlassen will“.<sup>90</sup> Während der SP-Parteiboss von Grünbach in der *Arbeiter-Zeitung* behauptete, dass das sozialdemokratische Streikkomitee die Bewegung in Grünbach führe,<sup>91</sup> bilanzierte die Zeitschrift der Kommunistischen Internationale, dass die „große Masse der Streikenden“ diesem „Privatkomitee [...] keinerlei Beachtung“ schenke.<sup>92</sup> Einen Hinweis auf die relative Einflusslosigkeit der sozialdemokratischen Leitung gibt auch das nach Abschluss des Streiks in der freigewerkschaftlichen Presse zu lesende Resümee, dass die Gewerkschaft erst in der vierten Streikwoche die Möglichkeit erhalten habe, in den Kampf einzugreifen.<sup>93</sup>

### „Für proletarische Solidarität“

Zur Durchführung des Kampfes standen für RGO und KPÖ neben der Etablierung einer revolutionären Streikleitung und der Aufstellung von Mas-

senstreikposten zwei weitere Punkte im Mittelpunkt: Zum einen die Initiierung einer Solidaritätskampagne mit den Streikenden, sowie die Ausweitung der Streikfront auf andere Kohlenreviere. Gemeinsam mit dem *Bund proletarischer Solidarität* (BPS), der als Nachfolgeorganisation der im Juni 1932 verbotenen *Österreichischen Arbeiterhilfe*<sup>94</sup> gegründet worden war, riefen KPÖ und RGO zur „proletarischen Solidarität mit den streikenden Grubensklaven von Grünbach“ auf.<sup>95</sup> Täglich trafen in Grünbach Begrüßungstelegramme und Solidaritätsresolutionen ein, worüber in der *Roten Fahne* detailliert berichtet wurde. Beispielsweise beschloss die Arbeiterschaft der Spinnerei Nagler und Opler in Weigelsdorf am 3. Dezember in einer Belegschaftsversammlung die Unterstützung des Streiks.<sup>96</sup> Am 8. Dezember warnte eine Versammlung der Wiener Färbereiarbeiter, deren mehrmonatiger Streik infolge der Einstellung der gewerkschaftlichen Unterstützungszahlungen eben zu Ende ging, die Grünbacher Kumpels „vor den Manövern und Verrätereien der Gewerkschaftsbürokratie“.<sup>97</sup> In den Betrieben wurde zu Sammelaktionen und zur Bildung von Solidaritätsausschüssen aufgerufen.<sup>98</sup> Zahlungen an den Kampf- und Streikfonds von RGO und BPS gingen u.a. vom Arbeiterschachklub Josefstadt oder von der Zeitschrift der Spielgruppenbewegung, *Der Rote Trommler*, ein.<sup>99</sup> Die Spielgruppe *Rotes Tempo* sammelte Anfang Dezember in zwei Gemeindebauten Ottakrings durch Sprechchöre und Ansprachen Geld für die Streikenden.<sup>100</sup> Das *Internationale Komitee der Bergarbeiter der Roten Gewerkschaftsinternationale* forderte gar die Bergarbeiter der ganzen Welt zu Sammlungen für die Streikenden in Grünbach auf.<sup>101</sup> Insgesamt brachten die Solidaritätsaktionen bis Abschluss des Streiks einen Betrag von fast 10.000 Schilling zur Unterstützung der Streikenden ein.<sup>102</sup>

Am 16. Dezember gelang es dem *Bund proletarischer Solidarität*, in Grünbach eine Solidaritätsküche zu eröffnen, die täglich Ausspeisungsaktionen im Umfang von 300 Portionen für die Streikenden und ihre Familien durchführte.<sup>103</sup> Zu diesem Zweck hatte sich der BPS bereits in den Vorwochen an die Bauern und Gewerbetreibenden der Umgebung mit der Bitte um Geld- und Lebensmittelspenden gewandt, worauf in eigenen Solidaritätsautos Tausende Kilogramm an Kartoffeln, Krauthäupel, Rüben, Äpfel und Milch an die Streikenden geliefert wurden.<sup>104</sup> Auch aus Salzburg, Kärnten

und dem Burgenland sandten Bauern Lebensmittel.<sup>105</sup> Im Grünbacher Gemeinderat war am 9. Dezember der kommunistische Antrag auf Ausspeisung der Kinder der Streikenden auf Kosten der Gemeinde von den sozialdemokratischen und bürgerlichen Gemeinderäten de facto abgelehnt worden.<sup>106</sup> Im Rahmen einer „Kinderaktion“ sollten die Kinder der Streikenden auf die Dauer des Streiks nach Wien in Pflege übernommen werden.<sup>107</sup> 200 Kinder erhielten Weihnachtspakete und Kleider.<sup>108</sup> Auch der Reinerlös einer Solidaritätsveranstaltung des BPS in Wien, an der u.a. der deutsche Schriftsteller Erich Weinert mit der Rezitation revolutionärer Gedichte mitwirkte, wurde für die Kinderaktion verwendet.<sup>109</sup> Erst unter dem Eindruck dieser gewaltigen Anstrengungen des BPS erschien am 18. Dezember auch in der *Arbeiter-Zeitung* ein Aufruf an die sozialdemokratischen Parteimitglieder zur Sammlung für die Bergarbeiterkinder,<sup>110</sup> allerdings sollten diese Gelder nur sozialdemokratischen Streikenden zukommen,<sup>111</sup> während die Sammlungen des BPS an alle Arbeiter unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit gingen.

Insgesamt dürfte die Einschätzung der RGO nicht verfehlt sein, dass der Grünbacher Streik „getragen (war) von den Sympathien breiter Massen“ und „bei allen Schichten der werktätigen Sympathie“ fand.<sup>112</sup> Die Behörden reagierten mit Argwohn auf die Solidaritätsbewegung mit den streikenden Bergarbeitern. Das „Sammelunwesen zugunsten der Grünbacher Bergleute“ nehme überhand, sowohl in den Dörfern als auch im Neunkirchner Stadtgebiet, beklagte die Bezirkshauptmannschaft,<sup>113</sup> die offenbar auf eine „Aushungerung“ der Streikenden spekuliert hatte. Ende Dezember leitete die Gendarmerie eine Verfolgungskampagne gegen die Sammelkolonnen des BPS ein. Sammelaktionen für die Streikenden wurden von der Polizei und Gendarmerie behindert, die Sammelkolonnen wurden zur Anzeige gebracht.<sup>114</sup> Am 31. Dezember wurde vom Grünbacher Solidaritätsausschuss im Einvernehmen mit dem Zentralkomitee des BPS eine Deputation der streikenden Bergarbeiter zum Wiener Bürgermeister Seitz entsandt, um von ihm zweierlei zu erreichen: Zum einen sollte die Gemeinde Wien als Hauptabnehmerin der Grünbacher Kohle Druck auf die Direktion ausüben zur Erfüllung der Forderungen der Streikenden, zum anderen sollte von Seitz eine Aufhebung des Sammelverbots gefordert werden, um in Wien eine



Solidaritätsaktion der *Arbeiterhilfe* beim Streik in der Pottendorfer Spinnerei 1931. In Grünbach richtete der *Bund proletarischer Solidarität* eine Solidaritätsküche ein.

öffentliche Sammlung zur Unterstützung des Streiks durchführen zu können.<sup>115</sup> In Wien-Meidling erwarteten die Kumpels nicht nur demonstrierende Arbeiter, sondern ein übermächtiges Polizeiaufgebot „mit Überfallsautos und Berittenen“.<sup>116</sup> In Bergmannstracht gelangte die Delegation letztlich über die Mariahilfer Straße ziehend ins Rathaus, wo Seitz jedoch für sie nicht zu sprechen war. Sein erster Sekretär Gschlacht, der sich nach längerer Unterhandlung bereit erklärte, eine dreiköpfige Abordnung zu empfangen, ließ dieser mitteilen, dass der Bürgermeister keine Bewilligung für eine Straßen- und Haussammelaktion erteilen könne. Von der Entgegnung des BPS-Sekretärs Leopold Stift, dass die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung sehr wohl Sammlungen für Kirchen erlaube, ließ sich Gschlacht nicht beeindrucken.<sup>117</sup>

Neben der Solidarität mit den Grünbacher Bergarbeitern stand die Erweiterung der Kampffront auf die übrigen Bergbaubetriebe im Mittelpunkt der kommunistischen Zielsetzungen. Unmittelbar nach Beginn des Streiks richtete die revolutionäre Streikleitung an die Arbeiter in den Alpine Montan-Betrieben in Fohnsdorf, Seegraben und Köflach, im Wolfsegg-Traunthaler Revier sowie im Alpine-Gebiet von Hart die Aufforderung, sich dem Streik anzuschließen und die „allgemeine Streikfront in allen Bergbaurevieren Österreichs“ herzustellen.<sup>118</sup> „Die Kampffront der Grubensklaven muß erweitert werden! Alle Gruben müssen stillgelegt werden“, lautete die kommunistische Parole.<sup>119</sup> Im Bezirk Neunkirchen gelangte ein Flugblatt zur Verbreitung, in dem die Arbeitslosen zur

Erhebung von Forderungen in den Vermittlungsstellen und die Betriebsarbeiter zur Aufstellung von Lohnforderungen aufgefordert wurden: „Wenn die Unternehmer ablehnen, dann ebenfalls heraus zum Kampf, heraus zum Streik!“<sup>120</sup> Die Organisations- und Agitationskommission der revolutionären Streikleitung organisierte Versammlungen in den umliegenden Dörfern, in denen Bergarbeiter wohnten, z.B. in Höflein, Maiersdorf, Willendorf und Puchberg, um auch hier örtliche Streikkomitees zu bilden, was allerdings erst in der Schlussphase des Streiks gelang.<sup>121</sup>

Die RGO hatte von Beginn an für eine Ausweitung des Lohnkampfes auf die anderen Gruben agitiert. Schon im November, im Vorfeld des Streikbeschlusses, traten die kommunistischen Gewerkschafter dafür ein, dem Beispiel der Grünbacher Bergarbeiter zu folgen und Lohnforderungen an die Unternehmer zu stellen. Tatsächlich entwickelte sich im November im gesamten Bergbau eine Lohnbewegung: In Fohnsdorf, wo die RGO im Betriebsrat mit zwei Mandaten vertreten war,<sup>122</sup> überreichten die Bergarbeiter am 10. November ebenfalls Lohnforderungen, die mit einem befristeten Ultimatum an die Direktion der *Alpine Montan-Gesellschaft* verbunden wurden.<sup>123</sup> Auch im benachbarten Braunkohlewerk von Hart nahe Gloggnitz, in dem die RGO im Betriebsrat über eine starke Position verfügte,<sup>124</sup> erhob die Belegschaft am 20. November unter Einfluss der RGO und unter dem Eindruck der Ereignisse in Grünbach die ultimative Forderung nach einer 20-prozentigen Lohnerhöhung.<sup>125</sup> Sowohl nach

Hart, als auch nach Fohnsdorf wurden Anfang Dezember jeweils zwei Grünbacher Betriebsräte in Belegschaftsversammlungen entsandt.<sup>126</sup> In beiden Bergwerken wurden jedoch die Lohnforderungen der Arbeiter von der Alpine-Direktion abgelehnt. In Hart wurde eine Kundmachung an die Arbeiterschaft erlassen, in der mit der Stilllegung des Werkes im Falle eines Ausstandes gedroht wurde.<sup>127</sup> In Fohnsdorf, einer Hochburg der „gelben“ *Unabhängigen Gewerkschaft*, waren es die UG-Funktionäre, die die Kampf Stimmung bremsen,<sup>128</sup> in Hart verhinderten in den Augen der KPÖ „die Reformisten [...] den Ausbruch des Streiks“, indem Gewerkschaftssekretär Kohn die Weiterleitung des Ultimatums hintertrieb.<sup>129</sup>

### Vereinheitlichung der Bewegung

In der kommunistischen Presse wurde stets auf die Geschlossenheit der Streikbewegung hingewiesen, was jedoch vor dem Hintergrund der vorhandenen Differenzen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretären vor allem als Appell zu verstehen war: „Einig und geschlossen verharret die Arbeiterschaft am Beginn der dritten Streikwoche in ihrem Kampf um mehr Lohn und Brot für sich und ihre Familie“, wurde in der Grünbacher Streikzeitung nach zwei Wochen die Kampf Bewegung bilanziert.<sup>130</sup> „Die Streik Stimmung ist bei der Arbeiterschaft nach wie vor eine glänzende“, eröffnete die *Rote Fahne* auch die vierte Streikwoche mit Betonung der Festigkeit der Streikfront: „Geschlossen steht die Arbeiterschaft auf dem Standpunkt, daß es diesmal kein Nachgeben gibt und wenn der Streikkampf noch einige Wochen dauern sollte.“<sup>131</sup> Mit Hinweis darauf, dass die aktuelle Antreiberei und Ausbeutung sowie die schlechten Lohnverhältnisse die Folgen der Streikniederlagen der Jahre 1923 und 1925 seien, wurden die Grünbacher Bergarbeiter zum Durchhalten aufgerufen.<sup>132</sup>

Indessen blieb die Frage nach der Führung des Streiks weiter aktuell, weshalb die RGO auf die Einberufung einer Streikvollversammlung zur Vereinheitlichung seiner Führung und zur Wahl eines Verhandlungskomitees drängte. Schoeller und Ott ließen frühzeitig verlautbaren, dass sie nicht gewillt seien, mit der RGO und der revolutionären Streikleitung zu verhandeln,<sup>133</sup> was auf kommunistischer Seite die Befürchtung aufkommen ließ, dass die Direktion unter Umgehung der Kampfleitung zu ei-

nem Übereinkommen mit der kompromissfreudigen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie zu gelangen strebe.<sup>134</sup> Demgegenüber blieb die RGO bei ihrer Auffassung, dass allein die von der Arbeiterschaft gewählte Streikleitung zu Verhandlungen berechtigt sei, worauf die Einberufung einer Streikvollversammlung in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen Gewerkschaftern und kommunistischen Streikführern rückte. Eine diesbezügliche Forderung der RGO wurde am 9. Dezember von der sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit abgelehnt.<sup>135</sup> Auch in der Sitzung des Betriebsrats am 13. Dezember wurde ein Vorschlag der RGO-Betriebsräte zur Verbreiterung und Vereinheitlichung des Streiks auf Grundlage einer von der Arbeiterschaft selbst gewählten Streikleitung zurückgewiesen.<sup>136</sup> Der Gewerkschaftssekretär Kohn verlangte vielmehr die Ausschaltung von Honner aus der Kampfleitung und die Übergabe der Führung in seine Hände.<sup>137</sup>

Die daraufhin für den 16. Dezember von der Streikleitung in Eigenregie einberufene Streikversammlung wurde von den Sozialdemokraten sabotiert. In einem Flugblatt forderten sie vielmehr dazu auf, nur den Weisungen der SP-Vertrauensmänner und der Gewerkschaft zu folgen.<sup>138</sup> In der Zeitung des *Metall- und Bergarbeiterverbandes* wurde vor der „Demagogie“ der RGO und Franz Honners gewarnt: „Wir werden uns sicherlich nicht von diesen Demagogen beirren lassen, sondern bleiben nach wie vor bemüht, den Kampf der Belegschaft so zu führen, daß die Belegschaft endlich erkennt, wie man Lohnkämpfe nicht mit laut tönenden Phrasen, sondern nur auf der Basis einer starken gewerkschaftlichen Organisation erfolgreich führen kann“,<sup>139</sup> wurde dort erneut auf der Autorität der Gewerkschaft in Konfrontation zur revolutionären Kampfleitung beharrt. Die RGO und die Streikleitung wandten sich in dieser Situation mit einem Appell an alle Arbeiter zur Herstellung der Einheitsfront: Darin erklärten sie sich bereit, die Streikleitung auf Grundlage einer Wahl durch die Belegschaft um sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiter zu erweitern. Einen Tag zuvor, am 15. Dezember, hatte die NS-Betriebszellenorganisation, die sich zunächst dem Streik angeschlossen hatte, ihre Rechtfertigung des Streiks zurückgezogen.<sup>140</sup> Die Nazis zeigten sich nun als „gemeine Streikbrecher und Unternehmernknechte“, wie die *Rote Fahne* feststellte.<sup>141</sup>



1933 erschienene Broschüre der RGO.

Die in der Streikversammlung am 16. Dezember anwesenden 400 Arbeiter beschlossen drei Forderungen: Die Einstellung der Werbung von Streikbrechern, die Aufnahme von Verhandlungen mit der Streikleitung auf Grundlage der von den Arbeitern gestellten Forderungen, sowie den Abzug der Gendarmerie aus Grünbach. Im Rahmen eines Demonstrationszuges wurden diese Forderungen unter Führung einer viergliedrigen Delegation der Direktion überbracht.<sup>142</sup> Tags darauf, am 17. Dezember, wurde in der Sitzung der auf 100 Mitglieder erweiterten Streikleitung die Einberufung einer Streikvollversammlung am 21. Dezember beschlossen. Im Anschluss daran sollte eine gemeinsame Demonstration der Bergarbeiter mit den Neunkirchner Arbeitslosen stattfinden.<sup>143</sup> Zu deren Vorbereitung fanden auch in den Dörfern in der Umgebung von Grünbach Versammlungen statt. So sprachen Honner und Gregor Kersche, Mitglied des KPÖ-Parteivorstands und Sekretär des *Reichskomitees werktätiger Bauern*, u.a. in Maiersdorf, Höflein und Puchberg.<sup>144</sup>

Die Vorgänge am 21. Dezember machen die Kluft deutlich, die sich zwischen sozialdemokratischen Funktionären und den mit der RGO verbundenen Arbeitern aufgetan hatte. Angesichts des Aufrufes zur Demonstration trat die Bezirkshauptmannschaft mit der Staatsanwaltschaft in Verbindung, „ob nicht gegen die Mitglieder der revolutionären Streikleitung, welche derartige Aufrufe erlässt, mit der Verhaftung vorgegangen werden soll“. Versammlung und Demonstration wurden auf Grundlage des allgemeinen Versammlungsverbots untersagt.<sup>145</sup> Als



Franz Honner am 21. Dezember die Versammlung im Arbeiterheim dennoch eröffnete, wurde diese von der Gendarmerie aufgelöst und mit der Räumung der Straße begonnen. Die sozialdemokratische Presse sprach von 150 erschienenen Arbeitern,<sup>146</sup> laut Bericht der Behörden waren in diesem Zuge jedoch 600 Personen zu verdrängen,<sup>147</sup> einige Arbeiter wurden verletzt. Die *Rote Fahne* beschuldigte den SP-Obmann, die Ordnungskräfte ins Arbeiterheim eingelassen zu haben.<sup>148</sup> Die *Arbeiter-Zeitung* hielt dem entgegen, Gschweidl habe die Arbeiter beruhigen wollen.<sup>149</sup> Am Vortag hatten die freigewerkschaftlichen Betriebsräte und die SP-Lokalorganisation vor einer Teilnahme an der Demonstration und einem drohenden „Blutbad“ gewarnt. Erst diese „erbärmliche Hetze gegen die Kommunisten“ hätte der Staatsmacht den Vorwand geliefert, die Versammlung und Kundgebung zu verhindern, so die Kritik der RGO.<sup>150</sup> Am Nachmittag des 21. Dezember erschien dann ein SP-Flugblatt folgenden Inhalts: „Wir sind hart an einer Katastrophe vorbeigegangen, wir haben hart ein Blutbad verhütet [...]“.<sup>151</sup> Tags darauf wurde in einer Konferenz sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsvertrauensmänner des Schneeberggebietes eine von Gschweidl eingebrachte Resolution beschlossen, in der „die fluchwürdige, verbrecherische Taktik der Kommunisten und ihrer Führer [...] auf das entschiedenste“ verworfen wurde.<sup>152</sup>

Ende Dezember wiederholte die RGO ihre Initiative zur Vereinheitlichung der Streikbewegung, indem sich die revolutionäre Streikleitung an die Bergarbeiter, an die Ortsgruppenleitung der *Freien Gewerkschaft* und an den Betriebsrat mit der Forderung wandte, eine – bisher von SP und FG boykottierte – allgemeine Streikvollversammlung zur „Wahl einer einheitlichen Streikleitung“ einzuberufen, die vom Vertrauen der gesamten Arbeiterschaft getragen werde. Ferner verlangte die RGO die Auszahlung der durch die Gewerkschaften und Betriebsräte gesammelten Streikunterstützungen in gleicher Höhe an alle Streikenden, mit Berücksichtigung ihrer Familienverhältnisse, jedoch ohne Rücksicht darauf, ob es sich um gewerkschaftlich Organisierte oder Unorganisierte handle, sowie die „Ergreifung von Maßnahmen zur Ausbreitung des Streiks auch auf andere Bergbaubetriebe“.<sup>153</sup> Dahingehende, auf eine Stärkung der Kampffront abzielende Vermittlungsvorschläge der RGO blieben aber ohne Resonanz bzw. wurden von den so-

zialdemokratischen Gewerkschaftsführern abgelehnt. Eine Streikvollversammlung wurde von ihnen letztlich erst dann einberufen, als sie bereits mit den Unternehmervertretern eine Plattform zum Abbruch des Streiks ausverhandelt hatten.

### Verhandlungskompromiss und Streikabbruch

Während die RGO auch zu Jahresbeginn 1933 für eine Fortsetzung des Streiks bis zur Erfüllung der Forderungen der Streikenden eintrat, wurde auf sozialdemokratischer Seite nach einem Ausweg im Sinne eines Verhandlungskompromisses mit der Direktion gesucht. Nach fast sechswöchigem Streik und Verhandlungen des *Metall- und Bergarbeiterverbandes* mit der Direktion und der Unternehmensvereinigung wurde den ausgesperrten Arbeitern Anfang Jänner 1933 von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitung vorgeschlagen, die Arbeit zu den alten Lohnbedingungen wieder aufzunehmen.

Die Initiative zu solchen Verhandlungen ergriff der sozialdemokratische Bürgermeister von Grünbach Eduard Lintner, der – glaubt man den Verlautbarungen in der Parteipresse – aus eigenem Antrieb im Interesse der Gemeinde aktiv geworden sein soll. Man wird jedoch kaum fehlgehen mit der Annahme, dass es sich um eine mit den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären abgestimmte Aktion, ja sogar um Geheimdiplomatie in deren Auftrag handelte. So bekannte der sozialdemokratische Nationalrat Paul Schlesinger nach Ende des Streiks offen, dass „unter Ausschaltung der kommunistischen Emissäre“ Verhandlungen vorbereitet worden seien.<sup>154</sup> Am 2. Jänner 1933 referierte Lintner in einer eigens einberufenen Versammlung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Vertrauensmänner des Schneeberggebietes über den von ihm gestarteten Vermittlungsversuch, der bereits am 4. Jänner eine Verständigung mit der Bergwerksdirektion und dem Unternehmerverband ermöglichen könne. Die in Grünbach tagende Vertrauensmännerversammlung beschloss eine Resolution, diese von Lintner herbeigeführten Verhandlungen mit einer Delegation aus sieben Betriebsräten und Vertrauensmännern unter Führung von Schlesinger und des Leobener Gewerkschaftssekretärs Krainer zu beschicken und am 5. Jänner erneut zusammenzukommen, um einen Bericht über Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen entgegen zu nehmen.<sup>155</sup>

In der *Roten Fahne* wurde hierin richtigerweise das Signal zur Abwürgung des Streiks erkannt:<sup>156</sup> Während die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer über Wochen hinweg eine Streikvollversammlung verhindert hatten, in der eine Verhandlungsdelegation hätte gewählt werden können, ließen sie sich nun von den sozialdemokratischen Vertrauensmännern, und nicht von den Grünbacher Kumpels, zu Verhandlungen legitimieren, um zu einer Beilegung des Bergarbeiterstreiks zu kommen. Um einigermaßen das Gesicht zu wahren, wurde der Grünbacher Bürgermeister – ein „Du“-Freund von Direktor Ott – vorgeschoben. KPÖ und RGO lehnten solche Verhandlungen entschieden ab und erneuerten ihre Forderung nach sofortiger Einberufung einer Belegschaftsversammlung, um hier ein Verhandlungskomitee zu wählen,<sup>157</sup> jedoch war den Kommunisten mit dem Vorstoß von Lintner und den bevorstehenden Verhandlungen die Initiative entglitten.

Am 4. Jänner fanden in Wien die Verhandlungen zwischen Unterhändlern des *Metall- und Bergarbeiterverbandes* sowie Vertretern der Direktion und dem *Neunkirchner Industriellenverband* statt. Die kommunistischen Betriebsräte und die revolutionäre Streikleitung blieben ausgeschlossen. Die *Arbeiter-Zeitung* berichtete tags darauf vom schwierigen Verlauf der Verhandlungen, weil die Unternehmer unannehmbare Forderungen gestellt hätten, jedoch sei eine Basis gefunden worden, auf der „Vereinbarungen über den Abbruch des Streiks“ möglich seien.<sup>158</sup> Man einigte sich letztlich auf die Wiedereinstellung der Belegschaft zu den alten Lohnbedingungen, der Urlaub für das laufende Jahr wurde halbiert. Damit war von Gewerkschaft und Unternehmervertretern eine „Plattform für den Abbruch des Streiks festgelegt worden“.<sup>159</sup> Zunächst sollen die Unternehmer einen fünfprozentigen Lohnabbau, eine Änderung des Kollektivvertrages und den Verlust der Rechte aller Arbeiter, insbesondere der Urlaubsansprüche, gefordert haben. Gewiss konnte jedoch auch in diesem Punkt eine solche Sprachregelung über den Verlauf der Gespräche gefunden werden, die es der Gewerkschaft ermöglichte, das Verhandlungsergebnis als Erfolg darzustellen. „Nach vielstündigen zähen Verhandlungen“ sei es gelungen, die Forderungen der Unternehmer abzuwehren, berichtete Schlesinger in der Vertrauensmännerversammlung am 5. Jänner, die dem Verhandlungsergebnis zwar „unter Protest“,

jedoch einstimmig zustimmte und den Grünbacher Arbeitern dessen Annahme empfahl.<sup>160</sup> Zu diesem Zweck wurde am 6. Jänner eine Belegschaftsvollversammlung einberufen, also zu einem Zeitpunkt, als es nur mehr darum ging, die streikenden Kumpels vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Seitens der Behörden wurde in dieser Situation noch einmal Härte demonstriert: Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Belegschaftsversammlung wurde das Gendarmerieaufgebot in Grünbach um weitere zehn Beamte verstärkt und ein Zug der Schulabteilung in Bereitschaft gehalten.<sup>161</sup> Als am 5. Jänner drei Streikbrecher von kommunistischen Streikposten abgefangen wurden, schritt die Gendarmerie mit großer Brutalität ein und nahm eine Reihe von Verhaftungen vor, darunter auch von Gregor Kersche, der Wochen lang inhaftiert blieb.<sup>162</sup> Unter der Arbeiterschaft habe der Gendarmerieinsatz „große Erregung verursacht“, berichtete die Bezirkshauptmannschaft an die Landesregierung. Weil der Postenkommandant in Grünbach sogar eine Befreiungsaktion der Arbeiterschaft befürchtete,<sup>163</sup> wurden Kersche und der kommunistische Arbeiter Rudolf Jakosch „vorsichtshalber dem Kreisgerichte in Wr. Neustadt überstellt“.<sup>164</sup> Die *Arbeiter-Zeitung*, der eine weitere Radikalisierung in dieser Situation gewiss unangelegen kam, kommentierte diese Aktion mit der Feststellung, dass die Grünbacher Arbeiter „sowohl mit den paar Streikbrechern, wie auch mit den kommunistischen Wichtigmachern [...] schon allein fertig werden“ würden.<sup>165</sup>

Die Kommunisten lehnten den von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären ausverhandelten „Schandpakt“ entschieden ab. Eine von der revolutionären Streikleitung einberufene Versammlung trat am 5. Jänner für die Aufrechterhaltung der alten Forderungen nach einer zehnprozentigen Lohnerhöhung, für die Wiedereinstellung aller Streikenden und die Entlassung aller Streikbrecher ein.<sup>166</sup> Die Tatsache, dass in der *Roten Fahne* über die Anzahl der Teilnehmer dieser Versammlung nicht informiert wurde, lässt auf eine geringe Beteiligung schließen, was einen Hinweis auf die Stimmung unter den Streikenden nach Wochen des Kampfes gibt. Die Belegschaft war zu diesem Zeitpunkt mehr als fünf Wochen lang unerschütterlich im Streik gestanden. In den ersten Jännertagen beobachtete die Bezirkshauptmannschaft jedoch eine unverkennbare Streikmüdigkeit „in allen Krei-

sen der ausgesperrten Belegschaft, auch sogar bei einem Teile der Bergarbeiter, die zu den Kommunisten stehen“.<sup>167</sup> Die offensichtliche Kompromissbereitschaft der Gewerkschaftsführung beförderte solche Stimmungen. Eine Nichtannahme des Verhandlungsergebnisses würde bedeuten, dass die Unternehmerorganisation am nächsten Tag ihre Zugeständnisse zurückziehen würde,<sup>168</sup> wurde von dieser Seite in Richtung Annahme der Vereinbarungen Druck ausgeübt. Nicht zu vernachlässigen ist auch die materielle Seite der langen Streikdauer, kontrollierte die Gewerkschaft doch die Unterstützungsgelder, die nur organisierten Gewerkschaftsmitgliedern zukamen und somit als „wirtschaftliches Druckmittel“ eingesetzt werden konnten.<sup>169</sup>

In der Belegschaftsversammlung am Nachmittag des 6. Jänner 1933 konnte die Gewerkschaftsführung schließlich den mit den Unternehmern ausverhandelten Streikabbruch durchsetzen.<sup>170</sup> Die von 800 bis 1.000 Bergarbeitern, und damit von beinahe der gesamten Belegschaft besuchte Versammlung nahm einen stürmischen Verlauf, der die tiefen Differenzen zwischen den kommunistischen Streikbefürwortern und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären deutlich macht. Wie bereits in den Vorwochen fanden prinzipielle Differenzen nicht in auf Klärung abzielenden Diskussionen, sondern vor allem in schwer durchschaubaren Manövern Ausdruck: Zunächst wurde Franz Honner, der für die RGO führend in die Streikbewegung eingegriffen hatte, mit Hinweis auf seine Nichtzugehörigkeit zur Belegschaft der Zutritt zur Versammlung verwehrt, wofür – laut *Rote Fahne* – eine „Prügelgarde“ Sorge trug. 300 bis 400 Arbeiter sollen vor dem Tor für den Einlass Honners demonstriert haben. Eine zu Beginn im Saal durchgeführte Abstimmung soll in den Augen des kommunistischen Zentralorgans eine „große Mehrheit“ für die Zulassung Honners ergeben haben, was jedoch „von den Bonzen in das Gegenteil umgefälscht wurde“.<sup>171</sup> Laut Berichterstattung der *Arbeiter-Zeitung* sollen hingegen „kaum hundert“ für eine Teilnahme Honners gestimmt haben,<sup>172</sup> laut *Neunkirchner Bezirksboten* 150,<sup>173</sup> was allein vor dem Hintergrund des großen kommunistischen Anhangs unter den Grünbacher Bergarbeitern weitgehend unrealistisch erscheint. Auch der im sozialdemokratischen Zentralorgan formulierte Vorwurf, Honner hätte eine Sprengung der Belegschaftsversammlung herbeiführen wol-



Franz Honner (1893–1964). Streikführer in Grünbach, Mitglied des ZK der KPÖ, 1945 Staatssekretär für Inneres.

len, ist nur vor dem Hintergrund der wechselseitigen Polemik verständlich bzw. lässt die Vermutung aufkommen, dass eine argumentative Einflussnahme Honners auf die entscheidende Versammlung unter allen Umständen verhindert werden sollte, um den angestrebten Streikabbruch nicht zu gefährden.

Nach dieser Abstimmung referierte Nationalrat Schlesinger über die Vereinbarungen mit der Direktion, danach sprachen Betriebsratsobmann Harrer und – wie dem Bericht der Bezirkshauptmannschaft zu entnehmen ist – die kommunistischen Betriebsräte Wurmbrand und Jocha. Die *Arbeiter-Zeitung* vernahm aus deren Munde nur „ein unsäglich unflätiges Schimpfen auf die Gewerkschaften“, die *Rote Fahne* wiederum berichtete von der „wüsten Kommunistenhetze“ Schlesingers. Nicht eindeutig zu klären ist die zentrale Frage dieser Belegschaftsversammlung, nämlich jene nach der Urabstimmung über einen Abbruch des Streiks. Laut Darstellung der *Roten Fahne* griffen die Gewerkschaftsbürokraten in diesem allgemeinen Tumult zu einem Trick, um den Abbruch des Streiks durchzusetzen: So kündigte Betriebsratsobmann Harrer den Beginn der Urabstimmung an, wozu sich die Arbeiter im Hof die Stimmzetteln holen sollten. Als darauf die große Mehrheit der Arbeiter den Saal verließ, soll er plötzlich erklärt haben, dass sich diese damit für den Streikabbruch entschieden hätten und erklärte den Streik für beendet. Danach räumte die Gendarmerie das Arbeiterheim.<sup>174</sup> Die *Arbeiter-Zeitung* wiederum stellte die Geschehnisse so dar, als hätten die

Kommunisten mit Geschrei eine Urabstimmung verhindert, weshalb Harrer in den Saal gerufen habe, dass diejenigen, die für die Annahme der zuvor unterbreiteten Vorschläge seien, in den Hof hinausgehen sollten, worauf sich der Saal leerte.<sup>175</sup> Schlesinger behauptete gar, die Kommunisten hätten erklärt, „eine Abstimmung, ob geheim oder öffentlich, über den Abbruch des Streiks nicht zuzulassen“.<sup>176</sup> Etwas Licht in diese Frage bringt der Bericht der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die Landesregierung: Demnach sollen es die Kommunisten gewesen sein, die eine Abstimmung darüber verlangten, „ob unter den der Versammlung bekanntgegebenen Bedingungen der Streik beendet werden soll“. Es kann also ausgeschlossen werden, dass durch einen kommunistischen Tumult eine solche Abstimmung verhindert worden ist. Nachdem verlautbart wurde, dass jene, die für die Wiederaufnahme der Arbeit seien, den Saal verlassen sollen, blieben laut Behördenbericht 120 Personen zurück.<sup>177</sup> Zwar muss die Frage offen bleiben, ob in der Tat – wie von kommunistischer Seite behauptet – eine Mehrheit gegen die Annahme des Verhandlungsergebnisses gewesen wäre.<sup>178</sup> Gewiss hätte sich jedoch in einer formellen Urabstimmung, die in schriftlicher Form geplant war, eine weitaus höhere Anzahl gegen den Verhandlungskompromiss ausgesprochen als jene 120, die in der unklaren Situation im Saal verblieben.

Einen Tag nach der Belegschaftsversammlung, am 7. Jänner, wandte sich die revolutionäre Streikleitung mit einem Flugblatt an die Arbeiterschaft, in dem die Wiedereinstellung aller Streikenden, die Bezahlung der alten Löhne, keine Maßregelungen und Entlassungen, sowie die Wahl eines Verhandlungskomitees in einer Schachtversammlung gefordert wurden, an eine Fortführung des Streiks war in dieser Situation angesichts der Zermürbung der Arbeiterschaft jedoch nicht mehr zu denken. Um sich nicht von den Arbeitern zu isolieren, erklärte auch die RGO am 6. Jänner den Streik für beendet.<sup>179</sup> Am 7. Jänner wurde im Grünbacher Steinkohlebergwerk die Arbeit wieder aufgenommen.

### „Verrat der Bonzen“

In der kommunistischen Kritik wurden die Ereignisse der ersten Jännerwoche als Organisation des „offenen Streikbruchs“ zusammengefasst: Unmittelbar vor seinem Erfolg sei „der heldenhafte Kampf der Kumpels“ durch den Verrat der sozialdemokratischen Gewerk-

schaftsbürokratie abgewürgt und im Zusammenspiel mit Unternehmer und Staatsapparat zerschlagen worden. Vor dem Hintergrund der Lohnbewegung im gesamten Bergbau wäre Grünbach „ein Signal für die Entwicklung einer Welle großer Kämpfe und Streiks gewesen“.<sup>180</sup> Die KPÖ unterstrich die „über den Rahmen eines betrieblichen Lohnkampfes“ hinausgehende politische Bedeutung dieses Streiks, der den „Charakter eines Offensivkampfes unter den Bedingungen der Vertiefung der Weltwirtschaftskrise und des Endes der kapitalistischen Stabilisierung“ trug. Durch das „aktive Eingreifen“ der RGO und der KPÖ sei es gelungen, „trotz der Spaltungsversuche der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie die Streikfront sechs Wochen unerschüttert“ aufrechtzuerhalten.<sup>181</sup> Die Partei knüpfte damit an ihre optimistische Einschätzung der Entwicklung der Klassenkräfte an, erwartete die KPÖ doch mit Vertiefung der Weltwirtschaftskrise eine Zuspitzung der Klassengegensätze und das Heranwachsen eines neuen revolutionären Aufschwungs: „Der Kampf beginnt nun auch in Österreich die Form von Massenstreiks anzunehmen!“<sup>182</sup> prognostizierte die *Rote Fahne* bereits am ersten Streiktag eine Linksentwicklung und Radikalisierung. In weitere Folge wurde der Streik in Grünbach als „Beginn einer Welle des Widerstandes der österreichischen Arbeiterschaft gegen die neubevorstehende Welle von Kollektivvertragskündigungen und des Lohnabbaues von seiten der Unternehmer“<sup>183</sup> und als „erste(r) Schritt dieser Offensive des Proletariats“<sup>184</sup> gewertet.

Der Grünbacher Streik wurde in den Augen der KPÖ deshalb abgewürgt, weil nach seinem Vorbild sonst weitere Streiks für Lohnverbesserungen ausgebrochen wären, die „Reformisten“ jedoch die Auffassung vertraten, „daß es in Krisenzeiten nicht möglich sei, erfolgreiche Wirtschaftskämpfe zu führen“. Deren „Theorie von der Unmöglichkeit des Kampfes in der Krise“ hätte am Grünbacher Beispiel bestätigt werden müssen.<sup>185</sup> Dieser Einschätzung kamen Veröffentlichungen in der sozialdemokratischen Presse entgegen: „Der Streik selbst verlief trotz der kommunistischen Quertreibereien und Verleumdungen nicht anders, als eben ein Streik in jetzigen Zeit verlaufen kann“, war im Organ des *Metall- und Bergarbeiterverbandes* zu lesen.<sup>186</sup> Damit lagen sozialdemokratische Partei und Gewerkschaft ganz auf der Linie des damaligen wirtschaftspolitischen Mainstreams, vertrat doch auch der *Öster-*

*reichische Volkswirt* die Auffassung, dass der „leichtfertige“ Streik in Grünbach und auch jener der Wiener Seidenfärber „entsprechend der wirtschaftlichen Kampfplage mit der Unterwerfung der Belegschaften endeten, enden mußten“.<sup>187</sup>

Während die Gewerkschaftssekretäre versprochen hatten, dass alle Streikenden wieder eingestellt werden würden, waren bis 10. Jänner von den ca. 1.050 Kumpels der alten Belegschaft erst 800 wieder aufgenommen worden.<sup>188</sup> Am 11. Jänner wurde bekannt, dass 80 revolutionäre Arbeiter – Kommunisten und RGO-Anhänger – nicht mehr eingestellt und an ihrer Stelle neue Arbeitskräfte aufgenommen werden sollten. Unter den Gemaßregelten befanden sich alle fünf RGO-Betriebsräte. Der Betrieb wurde zu diesem Zeitpunkt immer noch von der Gendarmerie besetzt gehalten.<sup>189</sup> Ein Amtsvermerk der niederösterreichischen Landesamtsdirektion macht deutlich, dass die Kommunisten zurecht die „Packelei“ zwischen Gewerkschaft und Unternehmern kritisiert hatten, berichtete doch Werkspräsident Philipp Schoeller bereits am 4. Jänner über die Verhandlungen, dass ca. 50 Arbeiter, „welche die radikalsten waren, nicht mehr aufgenommen werden. Sie werden von der Nichtaufnahme erst in der nächsten Woche verständigt.“<sup>190</sup> Wenig später wurde auch publik, dass die gewerkschaftlichen Unterhändler bei den Verhandlungen in Wien der vorzeitigen Auflösung und Neuwahl des Betriebsrats zugestimmt hatten, um damit dem Unternehmer die Möglichkeit zu geben, die Betriebsräte der RGO zu entlassen.<sup>191</sup> Der *Bund proletarischer Solidarität* rief dazu auf, die entlassenen Kumpels nicht im Stich zu lassen und für den Gemaßregeltenfonds zu sammeln.<sup>192</sup>

Als Hauptproblem wurde neben organisatorischen Schwächen in der Vorbereitungsphase des Streiks die fehlende innergewerkschaftliche Arbeit von KPÖ und RGO erkannt: Die Parteizelle Grünbach umfasste zu diesem Zeitpunkt zwar 70, die RGO-Gruppe des Kohlebergwerks sogar 100 Mitglieder, von den Kommunisten waren jedoch nur elf, von der RGO nur 25 Mitglieder der Gewerkschaft.<sup>193</sup> In der lokalen Ortsgruppe des *Metall- und Bergarbeiterverbandes* wurde keine RGO-Fraktion gebildet, um in der „reformistischen Gewerkschaftsgruppe“ Oppositionsarbeit zu leisten.<sup>194</sup> Dies habe zur völligen Isolierung von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern geführt.<sup>195</sup> Eine Lehre aus dem Grünbacher Streikkampf wurde insofern darin

erkannt, dass alle KommunistInnen und RGO-AnhängerInnen den „reformistischen“ Gewerkschaften beitreten müssen, um hier systematische Arbeit zu leisten. Insgesamt setzte in der KPÖ Ende Dezember 1932 eine regelrechte Kampagne zur Forcierung der innergewerkschaftlichen Arbeit ein. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Jahresversammlungen der Ortsgruppen mit der Neuwahl der unteren Leitungen des Gewerkschaftsapparats wurde die Forderung erhoben, wählbare Funktionen zu erobern, um „den Bürokraten ihren Durchführungsapparat“ zu entreißen. Jede Zahlstelle, jede Ortsgruppe unter revolutionärer Führung wäre „ein Hebel für eine gewaltige Steigerung der Solidaritätsaktion für Grünbach, ein Zentrum der Organisation der proletarischen Gegenoffensive nach dem Beispiel von Grünbach“, so der Appell der *Roten Fahne*.<sup>196</sup>

Auch die Sozialdemokratie führte die „unerfreulichen Organisationsverhältnisse in Grünbach“, also den geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und das „Fehlen einer schlagkräftigen Gewerkschaft“, als eine der Ursachen für den Misserfolg des Streikkampfes ins Treffen, jedoch aus einem anderen Blickwinkel: „Wären die Grünbacher Bergarbeiter alle Mitglieder ihrer Organisation gewesen, dann hätten sie die Lohnerhöhung vielleicht sogar ohne Streik durchsetzen können“, wurde im Leitartikel der *Arbeiter-Zeitung* auch nach Ende des Streiks die Linie der Verhandlungsbereitschaft und Kampftendenz prolongiert.<sup>197</sup> Gemäß ihrer Auffassung, dass die Einheit der ArbeiterInnenklasse in ihren Reihen und nicht mittels einer Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen ArbeiterInnen zu verwirklichen sei, wurde den Grünbacher Bergarbeitern als Lehre des Streiks die Mahnung mitgegeben, „den kommunistischen Maulhelden den ihnen gebührenden Fußtritt“ zu geben.<sup>198</sup> Die Kommunisten erschienen in dieser Sicht nicht als potenzielle Bündnispartner gegen die Angriffe des Bürgertums und die faschistische Bedrohung, sondern als Spalter der Arbeiterbewegung und Demagogen. Die Schlussfolgerung der KPÖ wiederum war, dass „jede Einflußnahme der Gewerkschaftsbonzen auf die Vorbereitung und die Kampfführung“ ausgeschaltet werden müsse, um bei vorhandener Kampf Stimmung der Arbeiter Streikkämpfe auch erfolgreich zu Ende bringen zu können.<sup>199</sup>

Insgesamt stand die sozialdemokratische Bilanz ganz im Zeichen der Ausein-

andersetzung mit den Kommunisten, womit die Sozialdemokratie von der in den Vorjahren praktizierten Taktik des Totschweigens der KPÖ abgehen musste. Dies gibt auch einen Hinweis darauf, wie sehr die KPÖ aufgrund ihres sozialökonomischen Engagements als potenzielle Konkurrenz zur Sozialdemokratie erstarkt war und angesichts der Radikalisierung der ArbeiterInnenschaft von dieser als Herausforderung wahrgenommen wurde. War im Streikverlauf noch die Behauptung aufgestellt worden, der Kampf sei auf Initiative und unter Führung der *Freien Gewerkschaft* ausgebrochen, gestand Nationalrat Schlesinger nach Streikende offen ein, dass es sich beim Grünbacher Kampf mehr oder weniger um eine unliebsame kommunistische Aktion gehandelt habe: Er beklagte nun die „maßlose Agitation“ der Kommunisten „für den sofortigen Ausbruch des Streiks“, die nach der Ablehnung der Forderungen der Arbeiter durch die Direktion Ende November eingesetzt habe. Weiters behauptete Schlesinger, dass die Kommunisten unter dem Eindruck eines tödlichen Arbeitsunfalls eine Abstimmung für den Streik hätten durchsetzen können, was so nicht den Tatsachen entsprach, war doch die Urabstimmung in Wahrheit vom Gewerkschaftssekretär Melkes gefordert worden. Diese wiederum habe sich dann, so Schlesinger, „unter dem maßlosesten Terror der Kommunisten“ vollzogen. Gleichermaßen musste Schlesinger eingestehen, dass eine „revolutionäre Streikleitung“ die Führung des Streiks an sich gerissen habe. Die *Freie Gewerkschaft* hätte es darauf als „ihre Pflicht“ erkannt, „den Streikenden beizustehen, um eine Niederlage zu verhindern“.<sup>200</sup>

Entgegen der sozialdemokratischen Prognose, dass die Kommunisten infolge der Streikniederlage abgewirtschaftet und einen „geradezu katastrophalen Durchfall [...] erlebt“ hätten,<sup>201</sup> vermeldete die *Rote Fahne* sowohl im Streikverlauf als auch nach Ende des Streiks einen organisatorischen Aufschwung von KPÖ und RGO: Im Dezember 1932 seien 18 Arbeiter der Grünbacher KPÖ beigetreten, die RGO habe 27 neue Mitglieder gewonnen.<sup>202</sup> Nach Abschluss des Streiks habe sich der Mitgliederstand der Partei um weitere 22, jener der RGO-Gruppe um 35 Arbeiter erhöht.<sup>203</sup> Im Zentralorgan wurde ein offener Brief von drei sozialdemokratischen Arbeitern veröffentlicht, die demonstrativ ihren Übertritt zur KPÖ erklärten.<sup>204</sup> Bei der Betriebsratswahl am 11. März 1933 ging

die Stimmzahl der RGO zwar von 342 auf 260 zurück, dies hatte jedoch vor allem mit der Entlassung von 100 revolutionären Arbeitern nach Streikende und deren Ersetzung durch Heimwehler und Nazis zu tun. Die Zahl der Betriebsratsmandate für die RGO sank von fünf auf vier. Jedoch ging auch die Stimmzahl der freigewerkschaftlichen Liste von 543 auf 524 zurück (acht Mandate wie zuvor), die Nationalsozialisten konnten sich von 66 auf 138 Stimmen und damit von einem auf zwei Mandate steigern.<sup>205</sup> Wenige Monate später, am 26. Mai 1933, wurde die KPÖ vom Ministerrat verboten und in die Illegalität gedrängt. Nach Aufrichtung der faschistischen Diktatur und der vollständigen Ausschaltung der ArbeiterInnenbewegung wurde der Grünbacher Betriebsrat im Jahr 1934 nicht mehr frei gewählt, sondern von der staatlich gelenkten Kammer für Arbeiter und Angestellte ernannt.<sup>206</sup>

Die KPÖ blieb zwar in den Jahren der Weltwirtschaftskrise eine kleine Partei, dort wo sich Protest gegen Lohnsenkungen und den Abbau von Sozialleistungen regte, war dieser jedoch maßgeblich von KommunistInnen beeinflusst. Auch beim großen Streik der Grünbacher Bergarbeiter zum Jahreswechsel 1932/33 spielten KPÖ und RGO eine führende Rolle. Dies mag auch der Hauptgrund dafür sein, dass der Grünbacher Streikbewegung in der Zweiten Republik nur in der kommunistischen Erinnerungspolitik und Gedenkkultur jene Bedeutung beigemessen wurde, die ihrem Platz in der Geschichte der österreichischen ArbeiterInnenbewegung gerecht wird: Als kämpferische Tradition einer politisierten ArbeiterInnenschaft, die die Kapitaloffensive und die politischen Angriffe der Reaktion nicht widerspruchslos hinnahm.

#### Anmerkungen:

1/ Wendung der Partei, in: *Die Rote Fahne* (i.d.F. *RF*), 18.1.1931, S. 5.

2/ Was ist Grünbach, in: *Der Rote Kumpel*. Betriebszellenorgan Grünbach der K.P.Oe., Nr. 2, 1925, S. 5.

3/ Vgl. Stadler, Gerhard A.: Das industrielle Erbe Niederösterreichs. Geschichte – Technik – Architektur. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2006, S. 275.

4/ Niederösterreichisches Landesarchiv (i.d.F. NÖLA), Amt der n.ö. Landesregierung (ANÖLR), Präsidium, RegZ XII/171b, Zl. 405/2–1925, Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an das Präsidium der n.ö. Landesregierung, Betr.: Grünbacher Steinkohlenwerke, Misshandlung des Direktors Ing. Robert Ott durch die Arbeiterschaft, 17.1.1925. An dieser

- Stelle sei Dr. Stefan Eminger (*Niederösterreichisches Landesarchiv*) für seine Hilfe gedankt.
- 5/ Der Belagerungszustand in Grünbach. Größte Kampfentschlossenheit der Arbeiterschaft, in: *RF*, 20.1.1925, S. 2.
- 6/ Neuerliche Verhaftungen in Grünbach, in: *Arbeiter-Zeitung* (i.d.F. A.-Z.), 26.1.1925, S. 2; Vor der Entscheidung in Grünbach, in: *RF*, 27.1.1925, S. 1.
- 7/ Niederlage des Reformismus in Grünbach. Die Bonzen erzwingen das Kompromiß, in: *RF*, 29.1.1925, S. 1; Freitag Betriebsaufnahme in Grünbach, in: *A.-Z.*, 29.1.1925, S. 2.
- 8/ Der Unternehmertaschismus von Grünbach – ein Angriff auf das Gesamtproletariat!, in: *RF*, 30.1.1925, S. 1.
- 9/ Neuwahl der Betriebsräte im Grünbacher Steinkohlenwerk, in: *RF*, 2.11.1928, S. 5; Die Grünbacher Betriebsratswahlen, in: *RF*, 29.7.1930, S. 3.
- 10/ Gemeinderatswahl, in: *Werks-Zeitung der Grünbacher-Steinkohlewerke A.G.*, 1. Jg., Nr. 6, Dezember 1929, S. 94–95, hier S. 94.
- 11/ Rossijskij gosudarstvenyj archiv social'no-policeskoj istorii [Russisches Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte, Moskau] (i.d.F. RGASPI) 495/80/246/37–39, [Hans] Volkmann: Mitgliederbestand der K.P.Oe. in der Provinz ohne Wien, o.D. [Eingangsstempel 29.11.1929], hier Bl. 37. Kopie im Zentralen Parteiarchiv (i.d.F. ZPA) der KPÖ.
- 12/ RGO. erobert in Grünbach drei neue Betriebsratsmandate, in: *RF*, 28.7.1931, S. 7.
- 13/ Lehren der Betriebsratswahl in Grünbach, in: *RF*, 23.8.1932, S. 5.
- 14/ Solidarität mit Grünbach, in: *RF*, 1.12.1932, S. 1–2, hier S. 1; Ein Tag bei den Streikenden in Grünbach, in: *RF*, 4.12.1932, S. 7; Streik in der Krise. Die Lehren des Grünbacher Streiks. Wien [Verlag der RGO] o.J. [1933], S. 4f.
- 15/ Grünbachers Bergarbeiter im Streik, in: *Streik-Nachrichten*, hg. von der rev. Streikleitung d. Grünbacher Bergarb., Nr. 1 [Dezember 1932], S. 1–7, hier S. 1.
- 16/ Kreiner, Hans: Der Grünbacher Steinkohlenbergbau und seine Zeit 1823–1965. Grünbach: Eigenverlag 1994<sup>2</sup>, S. 303.
- 17/ Streik in der Hölle von Grünbach, in: *Neunkirchner Bezirksbote*, 2.12.1932, S. 4–5, hier S. 4; Nicht nur Todesbergwerk, sondern auch Schindergrube, in: *RF*, 13.12.1932, S. 3.
- 18/ Grünbacher Bergarbeiter ergreifen die Offensive, in: *RF*, 17.10.1932, S. 5.
- 19/ Neues Unglück in Grünbach. Ein Arbeiter zwei Stunden im Bergwerk verschüttet, in: *RF*, 9.11.1932, S. 3.
- 20/ Wieder schwerer Unglücksfall im Grünbacher Bergwerk, in: *RF*, 11.11.1932, S. 7.
- 21/ Der Streik der Bergarbeiter in Grünbach, in: *Österreichischer Metall- und Bergarbeiter*, 17.12.1932, S. 6.
- 22/ Streik in der Hölle von Grünbach (wie Anm. 17), S. 4.
- 23/ Ausdehnung des Lohnkampfes im Bergbau, in: *RF*, 26.11.1932, S. 3.
- 24/ Abermals ein gräßlicher Unfall im Grünbacher Bergwerk, in: *RF*, 26.11.1932, S. 2.
- 25/ Ultimatum der Grünbacher Bergarbeiter, in: *RF*, 26.11.1932, S. 1.
- 26/ Das Todesbergwerk, in: *RF*, 27.11.1932, S. 1–2, hier S. 1.
- 27/ Heute Streikabstimmung in Grünbach, in: *RF*, 29.11.1932, S. 1–2, hier S. 1.
- 28/ Bergarbeiter eröffnen den Kampf um die Lohnerhöhung, in: *RF*, 24.11.1932, S. 3.
- 29/ Ultimatum der Grünbacher Bergarbeiter (wie Anm. 25).
- 30/ NÖLA, ANÖLR, Präsidium, RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (L.R.R. Hentl) am 28.11.1932.
- 31/ Streik in der Hölle von Grünbach (wie Anm. 17), S. 4.
- 32/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Flugblatt der Betriebsgruppe der Revolutionären Gewerkschaftsopposition „Grünbacher Bergarbeiter!“, Zl. 250–21/1932 v. 3.12.1932.
- 33/ Zit. nach: Der Betriebsratsobmann fälscht die Geschichte des Streiks, in: *RF*, 13.12.1932, S. 4; Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 6f.
- 34/ Geschlossene Streikfront in Grünbach. Die Arbeit restlos niedergelegt – Die übrigen Revierere müssen folgen, in: *RF*, 1.12.1932, S. 1.
- 35/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (L.R.R. Hentl) am 2.12.1932, S. 2f.
- 36/ G.Z. [Guido Zamis]: Zwei Wochen Streik im österreichischen Steinkohlenrevier, in: *Internationale Presse-Korrespondenz*, 12. Jg., Nr. 104, 13.12.1932, S. 3320.
- 37/ Dumreicher, Hans Frh. v.: 100 Jahre Haus Schoeller. Aus Vergangenheit und Gegenwart. Wien: Eigenverlag von Schoeller & Co. 1933, S. 48.
- 38/ Der große Streik im Todesbergwerk, in: *RF*, 4.12.1932, S. 1–2, hier S. 1.
- 39/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 3.12.1932, S. 1.
- 40/ Verschärfung in Grünbach, in: *RF*, 2.12.1932, S. 1–2, hier S. 1.
- 41/ Elian, Claudia: Zur Geschichte des Braunkohlenbergwerks Zillingdorf. Diplomarbeit Universität Wien 2003, S. 63–70.
- 42/ Zillingdorfer Arbeitslose solidarisch, in: *RF*, 4.12.1932, S. 1.
- 43/ Der 7. Tag des Streiks in Grünbach. Schändliches Zusammenarbeiten der Direktion mit den Bürokraten, in: *RF*, 7.12.1932, S. 2; Kein Streikbrecher in Grünbach!, in: *A.-Z.*, 8.12.1932, S. 3.
- 44/ Ein Tag bei den Streikenden in Grünbach (wie Anm. 14).
- 45/ Grünbacher Werkdirektion holt Streikbrecher heran, in: *RF*, 15.12.1932, S. 3.
- 46/ Streikbruch erfolgreich abgewehrt, in: *RF*, 16.12.1932, S. 1.
- 47/ Ein Tag bei den Streikenden in Grünbach (wie Anm. 14).
- 48/ Massenstreikposten in Aktion. Kein Platz in Grünbach für Streikbrecher, in: *RF*, 20.12.1932, S. 3.
- 49/ Helft den Streikenden in Grünbach, in: *Illustrierte Rote Woche* (i.d.F. IRW), 25.12.1932, S. 2.
- 50/ Massenstreikposten in Aktion (wie Anm. 48).
- 51/ Neuerlich erfolgreiche Abwehr des Streikbruchs, in: *RF*, 25.12.1932, S. 3.
- 52/ Streikversammlung in Grünbach verboten, in: *RF*, 31.12.1932, S. 3.
- 53/ Weber-Felber, Ulrike: Wege aus der Krise: Freie Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik der Ersten Republik. Wien, Zürich: Europaverlag 1990 (Materialien zur Arbeiterbewegung, Bd. 56), S. 130 und 217f.
- 54/ Tomandl, Theodor: Streik und Aussperrung als Mittel des Arbeitskampfes. Wien, New York: Springer-Verlag 1965 (Arbeits- und sozialrechtliche Schriftenreihe, Bd. 1), S. 34f.
- 55/ RGASPI 495/80/244/38–39, [Rundschreiben des ZK der KPÖ], o.D. [Ende 1929], hier Bl. 38. Kopie im ZPA der KPÖ.
- 56/ Honner, F. [Franz]: Einige organisatorische Lehren des Grünbacher Streikkampfes, in: *Organisatorische Nachrichten*, Nr. 1–2, März/April 1933, S. 6–9, hier S. 6f.; Die Lehren von Grünbach. Die Kumpels zurückgeschlagen, aber nicht besiegt, in: *RF*, 25.1.1933, S. 5–6, hier S. 5.
- 57/ Wieder schwerer Unglücksfall im Grünbacher Bergwerk (wie Anm. 20).
- 58/ Bergarbeiter eröffnen den Kampf um die Lohnerhöhung (wie Anm. 28).
- 59/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 6.
- 60/ Grünbach streikt. Die Sabotage der Gewerkschaftsbürokraten mißglückt – Die Arbeiter folgen dem Kampf der RGO., in: *RF*, 30.11.1932, S. 1–2, hier S. 1.
- 61/ Vor der Entscheidung im Harter Gebiet. Die Solidaritätsbewegung mit dem Grünbacher Streik, in: *RF*, 3.12.1932, S. 1.
- 62/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 7.
- 63/ Ebd., S. 8.
- 64/ Geschlossene Streikfront in Grünbach (wie Anm. 34).
- 65/ Vor der Entscheidung im Harter Gebiet (wie Anm. 61). Davon abweichend sprach eine nach Streikende erschienene RGO-Broschüre von 400 Arbeitern, die eine „einheitliche revolutionäre Streikleitung“ aus 50 Arbeitern wählten (Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 8).
- 66/ Gute Kampf Stimmung in Grünbach. Eine glänzende Versammlung, in: *RF*, 3.12.1932, S. 2.
- 67/ Ein Tag bei den Streikenden in Grünbach (wie Anm. 14).
- 68/ Grünbachers Bergarbeiter im Streik (wie Anm. 15), S. 5.
- 69/ Verschärfung in Grünbach (wie Anm. 40), S. 1.

- 70/ Vor der Entscheidung im Harter Gebiet (wie Anm. 61).
- 71/ Die Lehren von Grünbach (wie Anm. 56), S. 5.
- 72/ Der Betriebsratsobmann fälscht die Geschichte des Streiks (wie Anm. 33).
- 73/ Grünbachs Bergarbeiter im Streik (wie Anm. 15), S. 4.
- 74/ Durch Verrat geschlagen, in: *RF*, 8.1.1933, S. 1–2, hier S. 1.
- 75/ Jetzt hinein in die Organisation! Der Grünbacher Bergarbeiterstreik beendet, in: *A.-Z.*, 7.1.1933, S. 1–2, hier S. 2.
- 76/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ IV/219, Zl. 821/1933, Situationsberichte der Bezirkshauptmannschaften, Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die nö. Landesamtsdirektion, Zl. I–5/16 v. 4.1.1933, S. 1.
- 77/ Die Lehren von Grünbach (wie Anm. 56), S. 5; Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 8f.
- 78/ Grünbachs Bergarbeiter im Streik (wie Anm. 15), S. 5f.
- 79/ Ein Tag bei den Streikenden in Grünbach (wie Anm. 14).
- 80/ Der große Streik im Todesbergwerk (wie Anm. 38), S. 1.
- 81/ RGO. im Vormarsch, in: *RF*, 6.10.1931, S. 5.
- 82/ Eine Woche Streik in Grünbach, in: *RF*, 6.12.1932, S. 1; Der 7. Tag des Streiks in Grünbach (wie Anm. 43).
- 83/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 5.12.1932.
- 84/ Ebd., Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 6.12.1932.
- 85/ Ebd., Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 7.12.1932, S. 1f.
- 86/ Die Streikenden fest – die Direktion versucht zu verhandeln, in: *RF*, 10.12.1932, S. 3.
- 87/ Kein Streikbrecher in Grünbach! (wie Anm. 43).
- 88/ Gschweidl, Rudolf: Warum streiken die Grünbacher Kumpels, in: *A.-Z.*, 11.12.1932, S. 11.
- 89/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ IV/219, Zl. 821/1933, Situationsberichte der Bezirkshauptmannschaften, Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die nö. Landesamtsdirektion, Zl. I–284/15 v. 5.12.1932, Wirtschaftliche und politische Lage im Bezirk Neunkirchen.
- 90/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion an das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Zl. 250–20/1932 v. 1.12.1932, Harter Kohlenwerke, Streikpropaganda, S. 2.
- 91/ Gschweidl: Warum streiken die Grünbacher Kumpels (wie Anm. 88).
- 92/ G.Z.: Zwei Wochen Streik (wie Anm. 36).
- 93/ Der Streik in Grünbach, in: *Österreichischer Metall- und Bergarbeiter*, 21.1.1933, S. 6.
- 94/ Oesterreichische Arbeiterhilfe auf Grund eines Gesetzes vom Jahre 1867 aufgelöst, in: *Internationale Presse-Korrespondenz*, 12. Jg., Nr. 53, 28.6.1932, S. 1675.
- 95/ ZPA der KPÖ, Flugblatt des Zentralkomitees des Bundes proletarischer Solidarität „Brüder! Genossen!“, o.D. [Dezember 1932].
- 96/ Solidarität für Grünbach, in: *RF*, 8.12.1932, S. 1.
- 97/ Solidarität mit den streikenden Grünbacher Kumpels, in: *RF*, 11.12.1932, S. 3.
- 98/ Grünbacher Aktion des Bundes für proletarische Solidarität, in: *RF*, 1.12.1932, S. 2.
- 99/ Kinder der Streikenden nach Wien! Bildet überall Solidaritätsausschüsse, in: *RF*, 8.12.1932, S. 3.
- 100/ Solidarität mit den Grünbacher Kumpels, in: *RF*, 6.12.1932, S. 3.
- 101/ Solidarität mit Grünbach, in: *IRW*, 18.12.1932, S. 3.
- 102/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 11.
- 103/ Verdoppeln! Sorgt für eine zweite Solidaritätsküchel, in: *RF*, 20.12.1932, S. 3; Heute fährt das Solidaritätsauto, in: *RF*, 24.12.1932, S. 3.
- 104/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ IV/219, Zl. 281/1933, Flugblatt der KPÖ „An die bäuerliche und gewerbetreibende Bevölkerung des Bezirkes Neunkirchen!“; Solidarität für Grünbach (wie Anm. 96); Solidarität bis zum Sieg, in: *IRW*, 31.12.1932, S. 5.
- 105/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 12.
- 106/ Nicht nur Todesbergwerk, sondern auch Schindergrube (wie Anm. 17). Laut Beschluss des Gemeinderates sollte die Ausspeisung erst ab dem dritten Kind beginnen, d.h. für eine Familie mit drei Kindern wurde für ein Kind eine Mahlzeit abgegeben (Streik in Grünbach, in: *Neunkirchner Bezirksbote*, 16.12.1932, S. 4–5, hier S. 4).
- 107/ An die Solidaritätsfront für die Grünbacher Kumpels, in: *RF*, 13.12.1932, S. 4.
- 108/ Verstärkte Solidarität für Grünbach bis zur ersten Lohnauszahlung, in: *RF*, 10.1.1933, S. 2.
- 109/ Ein großes Fest der Solidarität in Wien, in: *RF*, 16.12.1932, S. 3; Glänzender Erfolg des Solidaritätsfestes, in: *RF*, 27.12.1932, S. 4.
- 110/ Eine Weihnachtsgabe für die Grünbacher Bergarbeiterkinder!, in: *A.-Z.*, 18.12.1932, S. 1.
- 111/ Die „A.-Z.“, das Organ der Streikbruchbonzen, in: *RF*, 12.1.1933, S. 5.
- 112/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 11f.
- 113/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (L.R.R. Hentl) am 19.12.1932, S. 1.
- 114/ Streikversammlung in Grünbach verboten, in: *RF*, 31.12.1932, S. 3.
- 115/ Morgen kommt die Grünbacher Delegation nach Wien, in: *RF*, 30.12.1932, S. 1.
- 116/ Solidarität, nicht Packelei für die Grünbacher Kumpels, in: *IRW*, 7.1.1933, S. 2.
- 117/ Grünbacher Kumpels in Wien, in: *RF*, 1.1.1933, S. 1–2, hier S. 1.
- 118/ Grünbach streikt (wie Anm. 60), S. 1.
- 119/ ZPA der KPÖ, Flugblatt des Zentralkomitees des Bundes proletarischer Solidarität „Brüder! Genossen!“, o.D. [Dezember 1932].
- 120/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Flugblatt der KPÖ Bezirksorganisation Neunkirchen und der RGO-Gebietsleitung Neunkirchen „Streik in Grünbach! An die Betriebsarbeiter und Arbeitslosen des Bezirkes Neunkirchen“.
- 121/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 10.
- 122/ Betriebsratswahl in Fohnsdorf. RGO. gewinnt zwei Mandate, in: *RF*, 8.7.1932, S. 1.
- 123/ Ausdehnung des Lohnkampfes im Bergbau (wie Anm. 23).
- 124/ RGO.-Sieg im Harter Kohlenwerk, in: *Der Prolet*, Nr. 3/4, Mitte Juni 1931, S. 2.
- 125/ Bergarbeiter eröffnen den Kampf um die Lohnerhöhung (wie Anm. 28).
- 126/ Vor der Entscheidung im Harter Gebiet (wie Anm. 61).
- 127/ Alpine lehnt Ultimatum der Harter Kumpels ab, in: *RF*, 4.12.1932, S. 1; NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 2.12.1932, S. 1.
- 128/ Nazi- und UG-Bonzen drohen mit Streikbruch, in: *RF*, 9.12.1932, S. 3.
- 129/ G.Z.: Zwei Wochen Streik (wie Anm. 36); Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 12.
- 130/ Zwei Wochen Streik!, in: *Streik-Nachrichten*, hg. von d. rev. Streikleitung d. Grünbacher Bergarbeiter, Nr. 2 [Dezember 1932], S. 1–4, hier S. 1.
- 131/ Massenstreikposten in Aktion (wie Anm. 48).
- 132/ Grünbachs Bergarbeiter im Streik (wie Anm. 15), S. 3.
- 133/ Der 7. Tag des Streiks in Grünbach (wie Anm. 43).
- 134/ Die Streikenden fest – die Direktion versucht zu verhandeln (wie Anm. 86).
- 135/ Nicht nur Todesbergwerk, sondern auch Schindergrube (wie Anm. 17).
- 136/ Verschärfung in Grünbach. Massenwiderstand vereitelt Streikbruch, in: *RF*, 16.12.1932, S. 1.
- 137/ Zwei Wochen Streik (wie Anm. 130), S. 4.
- 138/ Grünbacher Werkdirektion holt Streikbrecher heran, in: *RF*, 15.12.1932, S. 3.
- 139/ Der Streik der Bergarbeiter in Grünbach (wie Anm. 21), S. 6.
- 140/ Die Verschärfung der Lage in Grünbach, in: *RF*, 17.12.1932, S. 1–2, hier S. 2.
- 141/ Verschärfung in Grünbach (wie Anm. 136).
- 142/ Demonstration in Grünbach, in: *RF*, 17.12.1932, S. 3.
- 143/ Vom Grünbacher Streik. Kumpels werden demonstrieren, in: *RF*, 18.12.1932, S. 1.
- 144/ Neuerliche Demonstration der Grünbacher Kumpels, in: *RF*, 21.12.1932, S. 3.
- 145/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (L.R.R. Hentl) am 20.12.1932, S. 3.
- 146/ Streik in Grünbach. Kommunistische Lügenberichterstattung, in: *Neunkirchner*

- Bezirksbote*, 30.12.1932, S. 5.
- 147/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Oberkommisär Siretean) am 21.12.1932, S. 1.
- 148/ Gendarmerie attackiert in Grünbach. Von den Führern der SP. gerufen!, in: *RF*, 22.12.1932, S. 1; Die Gendarmerieattacke in Grünbach, in: *RF*, 23.12.1932, S. 3.
- 149/ Eine verbotene Kommunistendemonstration in Grünbach, in: *A.-Z.*, 22.12.1932, S. 6.
- 150/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII/171b, Zl. 246/1932, Flugblatt „Verrat! Schande! / Einheitsfront der sozialdemokratischen Führer mit der Gendarmerie in Grünbach“, Zl. 251–27/1932 v. 30.12.1932.
- 151/ Zit. nach: Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 14.
- 152/ Streik in Grünbach (wie Anm. 146).
- 153/ Alles für den Sieg in Grünbach!, in: *RF*, 31.12.1932, S. 1.
- 154/ Schlesinger, Paul: Wer hat verraten? Ein Schlußwort zum Streik in Grünbach, in: *Österreichischer Metall- und Bergarbeiter*, 18.2.1933, S. 1–2, hier S. 1.
- 155/ Ein erster Schritt zur Beilegung des Bergarbeiterstreiks in Grünbach, in: *A.-Z.*, 3.1.1933, S. 1; Ein erster Schritt zur Beilegung des Grünbacher Bergarbeiterstreiks, in: *Neunkirchner Bezirksbote*, 6.1.1933, S. 4.
- 156/ Die Gewerkschaftsführer wollen den Grünbacher Streik abwürgen, in: *RF*, 3.1.1933, S. 1.
- 157/ Der geplante Verrat in Grünbach, in: *RF*, 4.1.1933, S. 1.
- 158/ Die Verhandlungen in Grünbach, in: *A.-Z.*, 5.1.1933, S. 1.
- 159/ Bonzen und Unternehmer einig. Vereinbarung von Gewerkschaftsführern und Direktion zur Abwürgung des Grünbacher Streiks. Arbeiter, durchkreuzt den Verrat, in: *RF*, 5.1.1933, S. 3.
- 160/ Der Grünbacher Streik vor dem Abschluß, in: *A.-Z.*, 6.1.1933, S. 1.
- 161/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII, Zl. 231/1933, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Fa. Schoeller-Bleckmann A.G. (Verw.Rat Philipp Schoeller) am 4.1.1933.
- 162/ Verhaftung revolutionärer Streikführer, in: *RF*, 6.1.1933, S. 1; Heraus mit dem verhafteten Genossen Kerschel, in: *RF*, 18.1.1933, S. 4.
- 163/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII, Zl. 231/1933, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 5.1.1933.
- 164/ Ebd., Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 6.1.1933.
- 165/ Der Grünbacher Streik vor dem Abschluß (wie Anm. 160).
- 166/ Schandpakt der Bonzen in Grünbach, in: *RF*, 6.1.1933, S. 1.
- 167/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ IV/219, Zl. 821/1933, Situationsberichte der Bezirkshauptmannschaften, Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen an die nö. Landesamtsdirektion, Zl. I–5/16 v. 4.1.1933, S. 2.
- 168/ Schlesinger: Wer hat verraten? (wie Anm. 154), S. 2.
- 169/ Bonzen und Unternehmer einig (wie Anm. 159).
- 170/ Schandpakt der Bonzen in Grünbach (wie Anm. 166); Offener Streikbruch der Gewerkschaftsführer in Grünbach, in: *RF*, 7.1.1933, S. 1.
- 171/ Offener Streikbruch der Gewerkschaftsführer in Grünbach (wie Anm. 170).
- 172/ Der Grünbacher Streik beendet, in: *A.-Z.*, 7.1.1933, S. 1.
- 173/ Das Ende des Grünbacher Streiks, in: *Neunkirchner Bezirksbote*, 13.1.1933, S. 6–7, hier S. 7.
- 174/ Offener Streikbruch der Gewerkschaftsführer in Grünbach (wie Anm. 170).
- 175/ Der Grünbacher Streik beendet (wie Anm. 172).
- 176/ Schlesinger: Wer hat verraten? (wie Anm. 154), S. 2.
- 177/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII, Zl. 231/1933, Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II, Telefonat mit der Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen (Hofrat Dr. Lukas) am 6.1.1933.
- 178/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 18.
- 179/ Der Heldenkampf im Todesbergwerk abgewürgt, in: *RF*, 8.1.1933, S. 1.
- 180/ Ebd.; Eine höhere Stufe des Verrats. Von der Streikabwürgung zum Streikbruch, in: *RF*, 13.1.1933, S. 1–2.
- 181/ Die Lehren von Grünbach (wie Anm. 56), S. 5; Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 20.
- 182/ Grünbach streikt (wie Anm. 60), S. 1.
- 183/ Solidarität mit Grünbach (wie Anm. 14), S. 2.
- 184/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 3.
- 185/ Verrat nach sechs Wochen Kampf. Das „Todesbergwerk“ bleibt Todesbergwerk, in: *IRW*, 14.1.1933, S. 2; Ist der Kampf in der Krise möglich?, in: *RF*, 17.1.1933, S. 1–2, hier S. 2.
- 186/ Der Streik in Grünbach (wie Anm. 93).
- 187/ Gewerkschaften und Lohnbewegung, in: *Der oesterreichische Volkswirt*, 25. Jg., Nr. 16, 14.1.1933, S. 354–355, hier S. 354.
- 188/ Grünbacher Werksdirektion nimmt Maßnahmen vor, in: *RF*, 11.1.1933, S. 4.
- 189/ RGO.-Betriebsräte gemäßregelt, in: *RF*, 12.1.1933, S. 1.
- 190/ NÖLA, ANÖLR, Präs., RegZ XII, Zl. 231/1933, [Niederösterreichische Landesamtsdirektion, Referat II], Telefonat mit der Fa. Schoeller-Bleckmann A.G. (Verw.Rat Philipp Schoeller) am 4.1.1933.
- 191/ Die Entlassung der RGO.-Betriebsräte in Grünbach war vereinbart, in: *RF*, 17.1.1933, S. 3.
- 192/ Solidarität mit den gemäßregelten Kumpels von Grünbach!, in: *RF*, 17.1.1933, S. 3.
- 193/ Großmann, Oskar: Einige Fragen der Massenarbeit der KP. Oesterreichs, in: *Internationale Presse-Korrespondenz*, 12. Jg., Nr. 105, 16.12.1932, S. 3383–3384, hier S. 3384.
- 194/ Honner: Einige organisatorische Lehren (wie Anm. 56), S. 7.
- 195/ Die Lehren von Grünbach. Die Kumpels zurückgeschlagen, aber nicht besiegt, in: *RF*, 21.1.1933, S. 3–4, hier S. 4.
- 196/ Kampf um die Gewerkschaftsfunktionen, in: *RF*, 30.12.1932, S. 7.
- 197/ Jetzt hinein in die Organisation (wie Anm. 75), S. 2; Der Grünbacher Streik beendet, in: *Neunkirchner Bezirksbote*, 13.1.1933, S. 4.
- 198/ Schlesinger: Wer hat verraten? (wie Anm. 154), S. 2.
- 199/ Streik in der Krise (wie Anm. 14), S. 21.
- 200/ Schlesinger: Wer hat verraten? (wie Anm. 154), S. 1.
- 201/ Das Ende des Grünbacher Streiks (wie Anm. 173), S. 6.
- 202/ Die Werbeoffensive des Kommunismus, in: *RF*, 22.12.1932, S. 1.
- 203/ Sechzig Kumpels in Grünbach in zwei Wochen der Partei und RGO. beigetreten, in: *RF*, 19.2.1933, S. 5.
- 204/ Abrechnung mit den Streikbrecherorganisationen! „Man hat uns auf das schändlichste verraten!“, in: *RF*, 22.1.1933, S. 3.
- 205/ Die Betriebsratswahlen in Grünbach, in: *RF*, 12.3.1933, S. 4.
- 206/ Betriebsrat der Arbeiter, in: *Werks-Zeitung der Grünbacher Steinkohlenwerke A.G.*, 6. Jg., Nr. 7, Juli 1934, S. 48.

## Neuerscheinung

Manfred Mugrauer (Hg.):

### 90 Jahre KPÖ

#### Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs

Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2009 (Quellen & Studien, Sonderband 12), 348 S., 15,- Euro  
ISBN 978–3–9501986–8–3

Mit Beiträgen von Alexander Dinböck, Winfried R. Garscha, Heimo Halbrainer, Hans Hautmann, Ernest Kaltenegger, Christine Kanzler, Martin Krenn, Simon Loidl, Manfred Mugrauer, Gerhard Oberkofler, Franz Stephan Parteder und Irma Schwager



#### Bestellmöglichkeit:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT  
klahr.gesellschaft@aon.at

# Gewinner, Verlierer und Triebkräfte der Krise

GERALD OBERANSMAYR

Die jetzige Jahrhundertkrise kann nicht losgelöst gesehen werden vom Wegfall der kooperativen Rahmenbedingungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden. Diese Entwicklung beginnt bereits mit

deutung. Denn gerade hier hatte sich im Schatten des so genannten Ost-West-Konflikts eine spezifische Konstellation herausgebildet: Machtpolitisch traten die Westeuropäer in die zweite Reihe, während sozialpolitisch eine dynamische

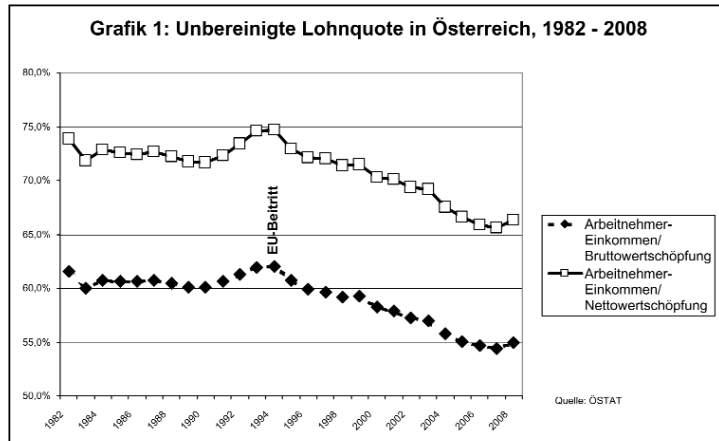
Entwicklung einsetzte, abgesichert durch ein hohes Maß an öffentlichem Eigentum, wirtschaftlichen Regulierungen und starke Gewerkschaften. Für die Machteliten Westeuropas, insbesondere Deutschlands,

## Wachsende Ungleichverteilung zwischen Kapital und Arbeit

gezielte Klassenpolitik von oben. Denn sie bedeutet letztlich, dass die Starken stärker, die Schwachen schwächer und aus kleinen Unterschieden große werden. Die Zunahme von Ungleichheit nimmt rasant zu. Dieser Prozess soll im folgenden vorwiegend anhand der österreichischen Entwicklung seit dem EU-Beitritt nachgezeichnet werden.

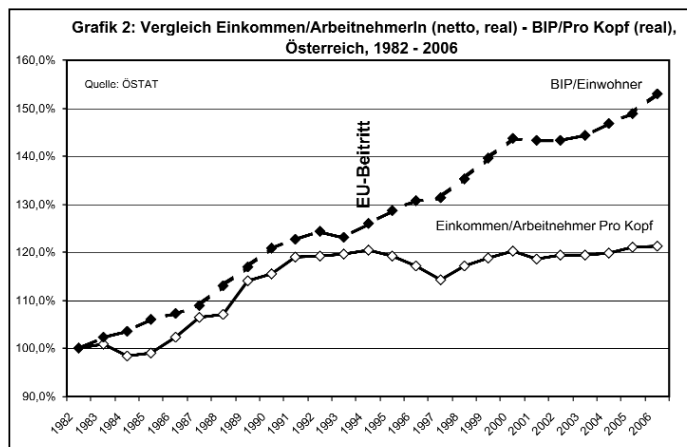
Die Großindustriellen haben die wachsende Arbeitslosigkeit und die kapitalfreundlichen Rahmenbedingungen seit dem EU-Beitritt zu einem gewaltigen Raubzug sowohl an den individuellen als auch an den kollektiven Löhnen und Gehältern (Sozialversicherung) genutzt. Während im Jahrzehnt vor dem EU-Beitritt diese Lohnquote nur leicht zurückging, ist sie seither richtiggehend abgestürzt (Grafik 1). Im Jahr 1995 betrug der Anteil der ArbeitnehmerInnen-Entgelte (Bruttolohn inkl. Sozialversicherung) 62% der Bruttowertschöpfung. Dieser Anteil ist bis 2008 auf rund 55% zurückgegangen<sup>1</sup>. Die Gewinn-Einkommen sind spiegelbildlich von 38% auf 45% angestiegen. Anders ausgedrückt: Seit dem EU-Beitritt gibt es für die ArbeitnehmerInnen keine Reallohnsteigerungen mehr, obwohl das BIP pro Kopf der Bevölkerung nach wie vor deutlich zunimmt (Grafik 2). Gleichzeitig geht auch innerhalb der unselbstständig Beschäftigten die Schere immer weiter auseinander. Das unterste Quartil (25% verdienen weniger, 75% verdienen mehr) der ArbeitnehmerInnen verlor zwischen 1997 und 2006 über 12% (netto, real); das 1. Quartil der ArbeiterInnen stürzte in diesem Zeitraum gar um über 20% ab.

Noch extremere Klüfte zeigen sich innerhalb der Gewinneinkommen. Die gesamten Gewinneinkommen stiegen brutto im Zeitraum 1995 bis 2007 um 111% (zum Vergleich: ArbeitnehmerInnen-Einkommen +38%), die Einkommen der Selbstständigen um 73%, und die Ausschüttungen an die Aktionäre um sensationelle 299% (Grafik 3). Diese Entwicklung setzt sich auch im Krisenjahr 2008 fort, wie eine Studie der *Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und -entwicklung* zeigt, die die wirtschaftliche Entwicklung der an der Wiener Börse gehandelten Unternehmungen



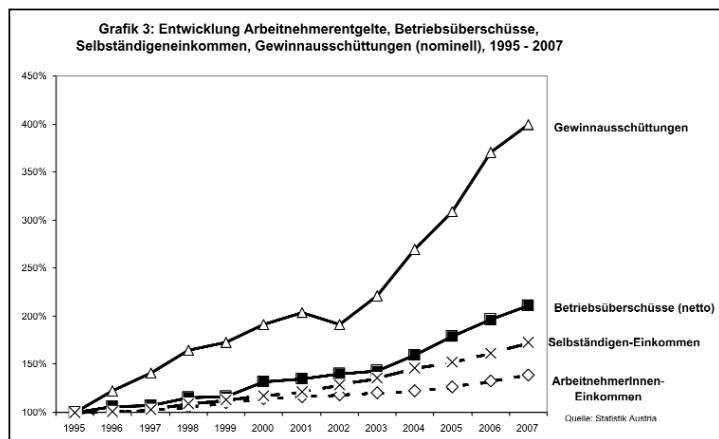
dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Abkommens Anfang der 1970er Jahre, bekommt aber einen Turboschub mit der Zeitwende 1989/90. Mit dem

öffnete die Wende 1989/90 die historische Chance, diese Entwicklung umzukehren, d.h. sich machtpolitisch wieder in die erste Reihe der Weltpolitik zu drängen und sozialpolitisch den Rückwärtsgang einzulegen. Um die teilweise erheblichen Widerstände in den einzelnen Nationalstaaten auszuhebeln, wurde und wird diese Entwicklung vor allem über die EU-Ebene vorangetrieben.



Wegfall der Systemalternative bricht die hemmungslose Konkurrenz innerhalb des verbliebenen Systems durch. Das hat vor allem für Westeuropa eine besondere Be-

munungslosen Konkurrenz wurde in härtesten politischen Beton, in das EU-Primärrecht, gegossen, wo es seit dem Maastricht-Vertrag heißt: Die EU-Staaten





**Tab. 1: Entwicklung Mehrwertsteuer-/Gewinnsteuer-Sätze - EU-Staaten (1986/87 - 2006/07)**

	MW-Steuersätze			Gewinnsteuer-Sätze		
	1987	2007	Veränderung	1986	2006	Veränderung
BRD	14,00%	19,00%	5,00%	56,00%	38,30%	-17,70%
Belgien	19,00%	21,00%	2,00%	45,00%	34,00%	-11,00%
Dänemark	22,00%	25,00%	3,00%	50,00%	28,00%	-22,00%
Frankreich	18,60%	19,60%	1,00%	45,00%	33,30%	-11,70%
GB	15,00%	17,50%	2,50%	35,00%	30,00%	-5,00%
Irland	25,00%	21,00%	-4,00%	40,00%	12,50%	-27,50%
Italien	18,00%	20,00%	2,00%	52,20%	37,25%	-9,10%
Niederlande	17,50%	19,00%	1,50%	42,00%	29,60%	-12,40%
Österreich	18,00%	20,00%	2,00%	55,00%	25,00%	-30,00%
Schweden	23,50%	25,00%	1,50%	52,00%	26,00%	-26,00%

Quelle: ATTAC

untersuchte<sup>2</sup>. Im Zeitraum 2004 bis 2008 vervierfachten sich die Dividenden dieser ATX-Konzerne von 1,03 Mrd. auf fast vier Milliarden. Selbst im Krisenjahr 2008 wuchsen die Gewinnausschüttungen noch einmal kräftig, obwohl gleichzeitig die Gewinne bereits deutlich zurückgingen. Fazit: 2008 wurden sage und schreibe 93% der Gewinne der ATX-Unternehmen an die Aktionäre weitergereicht. Spitzenreiter ist dabei die teilprivatisierte Post AG, die in den letzten beiden Jahren 38% bzw. 42% mehr an Gewinn ausgeschüttet als erwirtschaftet hat. Gleichzeitig wurden hunderte Postämter geschlossen und der Kollektivvertrag für NeueinsteigerInnen um ein Drittel gesenkt.

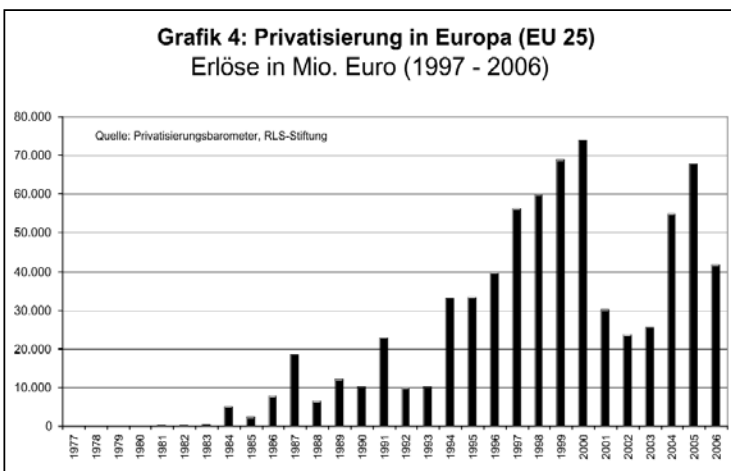
**Austrocknung der öffentlichen Haushalte und Privatisierung**

Eine wachsende Ungleichverteilung lässt sich auch auf der Ebene der Sekundärverteilung auf der Ebene der öffentlichen Haushalte erkennen. Mit der Entfaltung des EU-Binnenmarktregimes und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs wird das Steuerdumping bei Kapital- und Gewinnsteuern vorangetrieben, während Massensteuern erhöht werden. Seit der Einführung des EU-Binnenmarktes sind faktisch in allen EU-Staaten die Gewinnsteuer gesenkt und die unsozialen Mehrwertsteuern angehoben worden (Tabelle 1). Wegbrechende Steuereinnahmen und das restriktive Korsett der Maastricht-Konvergenzkriterien lassen die öffentli-

chen Budgets austrocknen und bereiten damit den Boden für eine groß angelegte Privatisierungsoffensive. Im Raum der EU fanden im Zeitraum 1977 bis 2006 1.177 Privatisierungen mit einem Volumen von 708 Milliarden Euro statt – 95% davon seit Einführung des EU-Binnenmarktes, das sind die Hälfte aller globalen Privatisierungen in diesem Zeitraum<sup>3</sup> (Grafik 4). Der damalige EU-Industriekommissar Bangemann hatte das Binnenmarkt-Projekt als das „größte Deregulierungsprogramm der Wirtschaftsgeschichte“ gerühmt. Auch in Österreich ist der Zusammenhang zwischen dem EU-Beitritt und der Zerschlagung der Verstaatlichten offensichtlich. Bereits im Avis der EU-Kommission zum bevorstehenden EG/EU-Beitritt Österreichs hatte die EU-Kommission den „hohen Staatsanteil“ in der österreichischen Wirtschaft gerügt. Die Machteliten beeilten sich, dieses Hindernis aus dem Weg zu räumen. Zwischen 1994 und 2005 wurde alleine im Rahmen der ÖIAG öffentliches Eigentum im Wert von zwölf Milliarden Euro privatisiert und damit die verstaatlichte Industrie faktisch zerschlagen.

**Der große Raub**

Wie stehen diese Entwicklungen nun im Zusammenhang mit der Wirtschaft- und Finanzkrise? Um diese Frage zu beantworten, hilft ein Rechenexempel weiter: Wir vergleichen, was die ArbeitnehmerInnen tatsächlich bekommen haben, mit dem was sie erhalten hätten, wenn die



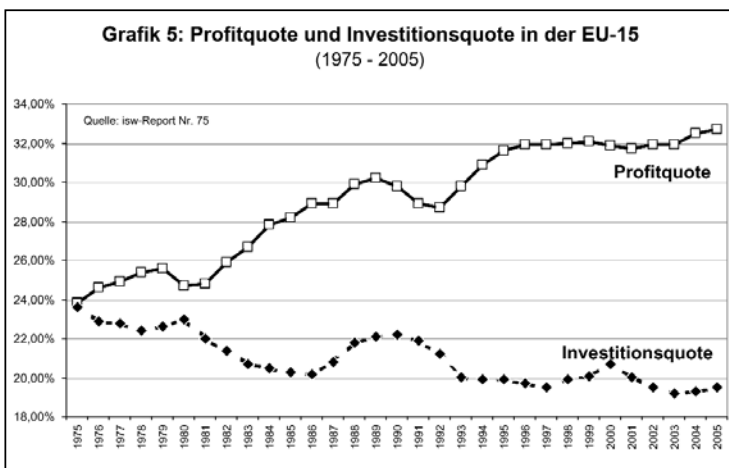
Verteilungsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit von 1995 konstant geblieben wäre. Das Ergebnis ist erstaunlich und offenbart den bestverhüllten Raub der jüngeren österreichischen Sozial-

und Wirtschaftsgeschichte. Über den Zeitraum dieser 15 Jahre akkumuliert entsprechen die Lohn- und Gehaltsverluste sage und schreibe 98,3 Milliarden Euro. Das ist mehr als ein Drittel des gesamten BIP von 2008, das den ArbeitnehmerInnen seit dem EU-Beitritt geraubt worden ist. Knapp 57,5 Milliarden davon sind Nettolöhne/-gehälter, also das, was den Menschen unmittelbar aus der Brieftasche gezogen wurde. 15,3 Milliarden sind entgangene Lohnsteuer des Staates (die z.T. über andere Steuern kompensiert wurden) und 25,6 Milliarden sind entgangene Einnahmen der Sozialversicherung, also des Kollektivlohnes der Unselbstständigen, um sich gegen die existenziellen Risiken von Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit zu schützen. Es lässt sich leicht ausrechnen, dass sich all das Gezeter um die Unfinanzierbarkeit der Pensionen und des Gesundheitswesens erübrigen würde, wenn sich die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit seit 1995 nicht zuungunsten der Letzteren verschoben hätte. Schauen wir uns das im Detail an: Derzeit wird den Krankenkassen von Finanzminister Pröll wegen eines Schuldenstandes von 1,2 Milliarden der Rotstift aufgezwungen. Aber durch die Umverteilung von Arbeit zu Kapital wurde der Krankenversicherung seit 1995 Geld in der Höhe von 5,2 Milliarden Euro geraubt, also mehr als das Vierfache! Oder ein anderes Beispiel: Die von den PensionistInnenverbänden geforderte Rentenerhöhung in der Höhe des so genannten Pensionistenpreisindex von 1,9% verursacht Mehrkosten von rund 200 Millionen. Das sei unfinanzierbar, warnen die Industriellenvereinigung und ihre Medienfreunde. Doch niemand schreibt, dass durch die Umverteilung von Arbeit zu Kapital seit 1995 den sozialen Pensionskassen 15,4 Milliarden vorenthalten wurden.

**Profitquote steigt – Investitionsquote sinkt**

Nun stellt sich die Frage: Sind durch diese enorme Umverteilung von Löhnen zu Gewinnen zumindest die Investitionen entsprechend angekurbelt worden, wie es die neoliberale Dogmatik prophezeit? Mitnichten! Der Anteil der Bruttoinvestitionen an der Wertschöpfung ist von 28,1% (1995) auf 25,4% (2008) zurückgefallen. Stellt man dasselbe Rechenexempel wie vorhin an, d.h. ermittelt man die Höhe der Investitionen, wenn die Investitionsquote von 1995 konstant geblieben wäre, so errechnet sich in diesem Zeitraum ein akkumulier-

ter Investitionsausfall zwischen 45 und 55 Milliarden Euro – je nachdem ob man sich auf die Brutto- oder Nettoinvestitionen. Zum Vergleich: Das von der Regierung geschnürte Konjunkturpaket beträgt – großzügig gerechnet – rund drei Milliarden Euro. Die öffentlichen Bruttoinvestitionen (Bahn, Schulen, Gemeindeinfrastrukturen, usw.) haben sich – gemessen am BIP – in diesem Zeitraum sogar halbiert, die öffentlichen Nettoinvestitionen sind mittlerweile sogar negativ geworden, was auf den zunehmenden Verschleiß öffentlicher Infrastrukturen hindeutet (z.B. Stilllegung/Nicht-Erneuerung von Bahnverbindungen, veraltete Schulen). Gerade die Vernachlässigung der sozialen und ökologischen Infrastruktur trifft die unteren Bevölkerungsgruppen besonders hart. Dieser negative Zusammenhang zwischen steigendem Gewinn- und sinkenden Investitionsanteilen lässt sich für den gesamten EU-Raum nachweisen (Grafik 5).



Wohin ist das Geld also gewandert? Einerseits in den Kapitalexpert: Die österreichischen Nettokapitalexporte haben in den letzten Jahren enorm zugenommen, alleine im Jahr 2008 betragen die Überschüsse des Kapitalexports über den Kapitalimport über zehn Milliarden Euro. Vielfach fällt darunter die Teilnahme österreichischer Unternehmen und Banken an der fieberhaften Privatisierung öffentlichen Eigentums in Osteuropa, die auch dort keinen Reichtum geschaffen, aber viele Menschen arbeitslos gemacht hat. Zum anderen explodierten die Gewinnausschüttungen an die Aktionäre. Die Neoliberalen haben versprochen: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Tatsächlich hat es sich anders herum verhalten. Die wachsende Ungleichverteilung hat nicht nur die Massenkaukraft und die sozialen Kassen, sondern auch die realen Investi-

tionsströme ausgetrocknet, sodass zunehmend ein prekärer Wirtschaftskreislauf in Schwung gekommen ist: Luxuskonsum statt Absicherung der Grundbedürfnisse, Spekulation und Privatisierung statt Investitionen in Basisinfrastrukturen. Hier liegen die tieferen Ursachen für die schwere Wirtschaftskrise.

### EU: Krisenursache wird als Therapie verordnet

Geht es nach EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Regierung, dann sollen die Lasten der Krise nun voll auf dem Rücken jener geladen werden, die schon durch die Entwicklung, die zur Krise geführt hat, enorm verloren haben: die ArbeitnehmerInnen und all jene, die maßgeblich auf den Sozialstaat angewiesen sind. So fordert die EZB von den Euro-Ländern einen „strikten Sparkurs“: „Da Steuern und Sozialabgaben in den meisten Euro-Ländern bereits hoch seien, müsse auf der Ausgabenseite gespart

werden. Die strukturellen Konsolidierungs-bemühungen werden den im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Richtwert von 0,5% des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr deutlich übersteigen

müssen.“<sup>4</sup> Die EU-Kommission stellt vielen EU-Staaten, darunter Österreich, mit der Eröffnung von Defizitverfahren bereits die Rute ins Fenster. Wo gespart werden soll, zeigen die Vorstöße des österreichischen Finanzministers: im Gesundheitssystem, bei den PensionistInnen und nicht zu letzt bei den Gemeinden, die immer weniger Spielraum für öffentliche Investitionen in die Absicherung von Basisinfrastrukturen haben.

Weiteres soll die Krise genutzt werden, um Löhne und Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern. Gertrude Tumpel-Gugerell, österreichisches Mitglied im EZB-Direktorium, fordert – angesichts von 400.000 Arbeitslosen! – „die Erhöhung von Arbeitsanreizen“, sprich die Verschlechterungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, sowie „eine der individuellen Arbeitsproduktivität entsprechende Entlohnung“<sup>5</sup> – eine vornehme Umschreibung für die weitere

Aufweichung von Kollektivverträgen und Arbeitszeitbestimmungen. Das EU-Establishment ist durch die Krise offensichtlich keineswegs in seinem Glauben an die neoliberale „Lissabon-Agenda“ abgerückt, im Gegenteil: Es sieht die wachsende Massenarbeitslosigkeit offensichtlich als Chance, diese Agenda beschleunigt durchzusetzen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Krise aufbereitet hat – Schwächung der unteren Einkommen, Aushungerung der öffentlichen Haushalte – wird uns nun als Therapie aus der Krise empfohlen.

Wenn wir aus dieser neoliberalen Sackgasse herauskommen wollen, müssen wir über den Tellerrand des EU-Regimes hinausschauen. Wir brauchen die Umverteilung von oben nach unten, die Stärkung der sozialen Kassen und des öffentlichen Eigentums. Statt Aktionärsportfolios aufzufetten, brauchen wir mehr, und zwar viel mehr Geld für Bildung, Gesundheit, öffentlichen Verkehr, ökologische Energiewende und die Bekämpfung der Armut. Das ist der Kern einer „solidarischen, ökologischen und demokratischen Wende“, wie sie auch die *Werkstatt für Frieden und Solidarität* in ihrem Aufruf vorgeschlagen hat. Den Kampf um die Durchsetzung einer solchen Wende müssen wir führen und – bei Strafe sozialer Verwüstungen – gewinnen.

#### Anmerkungen:

1/ Wo keine eigenen Quellenangaben gemacht werden, stammen die Zahlen von der Statistik Austria, [www.statistik.at](http://www.statistik.at).

2/ Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und -entwicklung, Wichtige Kennzahlen börsennotierter Unternehmen in Österreich 2004–2008, Oktober 2009.

3/ Privatisierungsbarometer, in: Rainer Rilling: Die Eigentumsfrage kehrt zurück, Rosa Luxemburg-Stiftung, 2007.

4/ Zit. nach *Tagesspiegel*, 10.9.2009.

5/ Bad Ischler Dialog, „Wege aus der Krise“, 5.10.2009.

*Der vorliegende Text basiert auf dem Referat von Gerald Oberansmayr beim Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft und des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark zum Thema „1929 – 2009: Wirtschafts- und Finanzkrise – damals und heute“, das am 17. Oktober in Graz bzw. am 31. Oktober dieses Jahres in Wien stattgefunden hat.*

*Ein Protokollband mit sämtlichen Beiträgen der Konferenz ist in Vorbereitung und wird 2010 in der Reihe „Quellen & Studien“ der Alfred Klahr Gesellschaft erscheinen.*

# „Du liebes Heimatland, wie bist du mir so fern...“

Brosamen zum politischen Leben und dichterischen Wirken  
des Golser Widerstandskämpfers Georg Wurm sen. (1877–1945)

MARTIN KRENN

Über das Leben von Georg Wurm sen. haben sich einige Informationen erhalten, die zum größten Teil von seiner ältesten Tochter Susanne (verheiratete Allacher) stammen. Allacher, geboren 1900, hat im Jahr 1972 ihre Erinnerungen an ihren Vater niedergeschrieben und auf diese Weise eine einzigartige Quelle geschaffen<sup>1</sup>, die in den archivalischen Beständen der KPÖ aufbewahrt wird (und als Kopie auch im *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* einsehbar ist).

Georg Wurm stammte aus einer mehrköpfigen Golser Landarbeiterfamilie und wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Die Familie selbst verfügte über kaum nennenswerten Grundbesitz und musste ihren Lebensunterhalt daher am Hof größerer Bauern des Seewinkels finden. Die Kinder wurden nach Absolvierung einer minimalen Schulzeit bereits voll in den Arbeitsalltag integriert. Nach sechsjähriger Volksschule, im Alter von nur zwölf Jahren musste so auch Georg als Tagelöhner auf einer Bauernwirtschaft zum Familieneinkommen beitragen. Die feudalen Arbeitsbedingungen, verbunden mit einer faktisch beinahe völligen Rechtlosigkeit der Landarbeiterschaft in Bezug auf soziale Sicherheit oder die Gewährung elementarster Mindeststandards im Arbeitsprozess, resümiert Allacher für die Person ihres Vaters mit den schlichten Worten, hier habe dieser die Nöte des Arbeiters kennengelernt<sup>2</sup>. Im Jahr 1900 heiratete er, der ersten Tochter Susanne sollten bis 1916 noch weitere neun Kinder folgen.

Die einschneidende Veränderung im Leben Georg Wurms begann mit dem Ersten Weltkrieg. Wurm stand in Serbien an vorderster Frontlinie und hörte dort zum ersten Mal in seinem Leben etwas vom Sozialismus, der in den Landgemeinden Westungarns bislang ein „Fremdwort“ geblieben war, wie Allacher festhält<sup>3</sup>. Im Selbststudium setzte er sich mit der marxistischen Theorie auseinander und vermittelte sie auch an seine Kinder weiter. Als im März 1919 die ungarische Räterepublik ausgerufen wurde<sup>4</sup>, wirkte Georg Wurm in seiner Heimatgemeinde Gols an vorderster Stelle mit und übernahm die Funktion des Gemeindegassiers<sup>5</sup>.

Nach dem Scheitern der Räterepublik richtete sich der Hass der nun wieder an die Macht gelangten (Groß-)Bauern auch gegen Georg Wurm sen. Sollte er ursprünglich noch in ein Internierungslager von der Art des berüchtigten Steinambrüchl, wo der spätere Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig Leser (SDAP) beinahe ums Leben kam, eingeliefert werden, so nahm man mit Rücksicht auf seine Familie davon Abstand. Dies geschah jedoch nicht aus Mitleid, vielmehr herrschte die Angst, die Kinder würden der Gemeinde zur Last fallen, wenn es keinen Vater mehr gab<sup>6</sup>. Von subtileren Formen der Bestrafung wollte die „weiße“ Gegenrevolution in Gols jedoch keineswegs absehen: Wurm wurde seine weitere musikalische Betätigung ebenso verboten wie seinen Kindern der Zugang zu gesellschaftlichen Ereignissen. Da sich die damaligen Dreschgesellschaften weigerten, das Korn der Familie zu dreschen, musste dieses manuell (d.h. mit dem Dreschflügel) verrichtet werden<sup>7</sup>. Die Familie führte in den Jahren bis zur österreichischen Landnahme Westungarns und der solcherart erfolgten Konstitution des Bundeslandes „Burgenland“ das Leben von Aussätzigen. Der Wechsel der Staatszugehörigkeit wurde von der Familie daher als Erleichterung empfunden. Noch im Jahr 1921, nur kurze Zeit nachdem österreichische Verbände in Westungarn einmarschiert waren, organisierte Georg Wurm die erste Ortsgruppe der SDAP in Gols und wurde auch zu ihrem Obmann gewählt<sup>8</sup>. Bei den folgenden Kommunalwahlen zog er in den Gemeinderat ein, dem er bis zu seinem Ausschluss aus der SDAP 1928 angehören sollte<sup>9</sup>. Beeindruckend mutet das kulturelle Programm an, das er im Rahmen der sozialdemokratischen Partei in Gols verwirklichte: er gründete eine Musikkapelle, einen Chor sowie eine Theatergruppe, die im Pferdewagen auch die umliegenden Dörfer bespielte<sup>10</sup>.

## Georg Wurm und die KPÖ

Die politischen Aktivitäten von Georg Wurm sen. und seiner Familie für die KPÖ setzten bereits vor dem für die Parteientwicklung so entscheidendem Jahr 1934 ein. Wurm fühlte sich auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei im-

mer dem linken Flügel zugehörig. Enttäuscht über das Verhalten der Parteiführung im Zuge der Schattendorfer Ereignisse und über ihre zögerliche Haltung in der Frage der Durchführung einer Bodenreform im Burgenland entfaltete er einen intensiven und äußerst kritischen Diskussionsprozess innerhalb der Golser Ortsorganisation, verbunden mit einer schonungslosen Abrechnung mit führenden Funktionären der Partei<sup>11</sup>. Im Jahr 1928 wurde er bezeichnenderweise mit der Begründung, er sei ein Kommunist, aus der SDAP ausgeschlossen und trat wenig später in die im Burgenland zu diesem Zeitpunkt noch kaum verankerte KPÖ ein<sup>12</sup>.

Die Ortsgruppe Gols der kommunistischen Partei, deren Leitung Georg Wurm sen. auch formell übernahm<sup>13</sup>, etablierte sich in der Folgezeit auch im überaus aktiven Seewinkler Bezirk als eine der schlagkräftigsten kommunistischen Organisationen, wie Vinzenz Böröcz in seinem Bericht über die Konsolidierung der KPÖ nach 1934 im Burgenland anerkennend feststellt<sup>14</sup>. Zu ihren zentralen Aktivitäten gehörten die Verbreitung kommunistischer Ideen sowie vor allem die Agitation gegen den aufziehenden Austro- und späteren Hitler-Faschismus, dessen Gefährlichkeit für die Arbeiterklasse und die Menschheit im Allgemeinen Georg Wurm früh erkannte. Die illegalen Treffen fanden dabei zumeist in der elterlichen Wohn- und Schlafstube seines Hauses statt, so auch in den Februartagen des Jahres 1934, als Wurm sen. den Kontakt mit Wien herstellte, Wurm jun. mit einer Gruppe Jugendlicher aus der ehemaligen *Sozialistischen Arbeiterjugend* (SAJ) in Alarm- und Rufbereitschaft stand und man auf das Signal zum Aufstand wartete<sup>15</sup> – das nie kam. Dies demonstrierte der Familie nicht nur die prinzipielle Richtigkeit ihrer Abwendung von der Sozialdemokratie, sondern ließ auch keine Zweifel über die Notwendigkeit ihres weiteren Kampfes gegen den Faschismus. Die Tagesprotokolle der Gendarmerieexpositur von Gols liefern hierbei ein detailliertes Bild über die Tätigkeiten der örtlichen Gruppe<sup>16</sup>. Im Rapport von 2. September 1937 wird das Haus Georg Wurms als Zentrum der kommunistischen Agitation in Gols namentlich erwähnt<sup>17</sup>. Demnach konnten die

Behörden über abgefangene Briefe eines Mitglieds der Gruppe in Erfahrung bringen, dass Wurm „von der Kommunistischen Partei unentgeltlich ein Radioapparat ausgefolgt werden soll, damit von ihm und den Parteigängern die russischen Sendungen abgehört werden können. Weiters wurde angegeben, daß bei Wurm immer geheime Treffen kommunistischer Parteigänger stattfinden sollen.“<sup>18</sup>

Die kommunistische Organisation in Gols sollte sich nach der am 11. März 1938 erfolgten Machtergreifung der burgenländischen Nationalsozialisten in Eisenstadt zu einer der größten Widerstandsgruppen im Burgenland formieren. Den Kern bildete nach wie vor die Familie Wurm – neben Georg Wurm sen. engagierten sich im Innersten der Gruppe auch noch sein Sohn Georg Wurm jun., die Töchter Susanne (verheiratete Allacher) und Theresia (verheiratete Spieß) sowie sein Bruder Gregor Wurm, der ebenso wie Georg eine kleine Landwirtschaft betrieb. Die Organisation konnte sich im Verlauf der nächsten zwölf Monate zunehmend festigen und personell verstärken, indem sich antifaschistisch gesinnte und klassenbewusste Arbeiter wie Andreas Heinrich, ein aus Gols stammender Bediensteter der *Raab-Ödenburg-Ebenfurther Eisenbahn*, oder Johann Karner, Schuhmachermeister in Gols, der Gruppe anschlossen<sup>19</sup>. Über Heinrich verliefen auch intensive Kontakte zur kommunistischen Widerstandsgruppe im benachbarten Mönchhof, die ebenso wie die Golser Gruppe eine rege Aktivität entfaltete<sup>20</sup>.

Die formelle Leitung der Gruppe in Gols hatte Georg Wurm jun. inne, wengleich seine Schwester in ihrem im Parteiarchiv der KPÖ aufbewahrten Lebensbericht die entscheidende Rolle seines Vaters bei der Organisation der Arbeit sowie der Koordinierung der Verbindungen zu Wiener Kreisen bzw. zu leitenden Funktionären der illegalisierten KPÖ im Burgenland betont<sup>21</sup>. Neben der Aufrechterhaltung der illegalen Parteiorganisation und ihrer Agitation gegen den Faschismus war es ein zentrales Anliegen der Golser Gruppe, regelmäßige Sammlungen für die *Rote Hilfe* durchzuführen<sup>22</sup>. Die Anklageschrift gegen Georg Wurm sen. vermerkt vom September 1943 vermerkt so etwa in lakonischen Worten, dass Wurm an Besprechungen teilgenommen habe, „bei denen die Einrichtung des kommunistischen Systems erörtert wurde“<sup>23</sup>. Susanne Allacher selbst findet für die Tätigkeiten in ihrem Lebensbericht die folgenden Worte: „Wir zahlten unseren

Mitgliedsbeitrag und sammelten Gelder für die ‚Rote Hilfe‘, ein Genosse aus Wien holte dieses Geld ab, sein Name wurde geheim gehalten. Als er aber plötzlich nicht mehr kam, ahnten wir das [sic] etwas los ist und unsere Ahnung hatte uns nicht getäuscht.“

Aufgrund ihrer exponierten Stellung im Dorf stand die Familie Wurm bereits vom ersten Tag des faschistischen Regimes an unter Druck. Den Tag ihrer Machtergreifung im Burgenland begingen die lokalen Nationalsozialisten auch in Gols mit einem Fackelzug; eine Station dieses Zuges führte auch vor das Haus der Wurms, das mit Steinen beworfen wurde. Susanne Allacher berichtet von einer ständigen Beobachtung der Familie und ihrer Aktivitäten: „[...] abends lagen sie [die Golser Nationalsozialisten, M.K.] vor meinem Elternhaus im Strassengraben, um zu beobachten, wer aus und ein ging.“ Trotz der Gefährlichkeit der Lage, in der sie sich befanden, bemühten sich die Familienmitglieder keineswegs um politische Opportunität und verweigerten konsequenterweise den Hitler-Gruß als nun zwingendes Zeichen der öffentlichen Zustimmung mit den neuen Machthabern: „Alle grüßten sich auf der Gasse mit erhobener Hand Heil Hitler, aber wir haben unsere Hand nie erhoben und grüßten mit einem guten Tag“<sup>24</sup>, so Allacher in ihren Erinnerungen. Es spricht angesichts dieser Momente für das ungeheure Organisationstalent und die Arbeitsdisziplin der Familie Wurm wie der anderen Mitglieder der Golser Gruppe, der Verhaftung durch die Gestapo bis zum Frühjahr 1943 entgehen zu können. Im März 1943 jedoch schlug das Regime zu.

Als die beiden Ersten wurden am 24. März 1938 Gregor Wurm sowie Johann Karner verhaftet<sup>25</sup>. Am 26. März verschafften sich Gestapo-Beamte vom zuständigen Kommissariat Eisenstadt Zutritt bei Georg Wurm sen.<sup>26</sup>, der, gewarnt durch die Verhaftung seines Bruders Gregors, gerade dabei war, belastendes Material in seinem Garten zu vergraben<sup>27</sup>. Wurm wurde abgeführt und sollte sein Haus nie wieder sehen<sup>28</sup>; wenig später wurden auch seine beiden Töchter<sup>29</sup> sowie – durch kriegsbedingte Verzögerung erst im November – auch sein Sohn Georg Wurm jun. verhaftet, der sich als Soldat der Wehrmacht zu diesem Zeitpunkt bei einem Transportregiment in der Sowjetunion befand<sup>30</sup>. Die nach halbjähriger Untersuchungshaft im September 1943 gegen Georg Wurm sen. ausgefertigte Anklageschrift ging

von „Vorbereitung zum Hochverrat“ aus<sup>31</sup>. Am 14. Dezember wurde er vom OLG Wien ebenso wie sein Bruder zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt<sup>32</sup> und gemeinsam mit diesem in die Justizanstalt Straubing bei München eingeliefert. Ende April 1945 war er nach Auskunft seiner Tochter Susanne noch am Leben, befand sich jedoch aufgrund der erlittenen Entbehrungen während der Haftzeit im Krankenrevier. Anfang Mai fand ihn dort ein ebenso in Straubing inhaftierter Nickelsdorfer tot auf<sup>33</sup> – unmittelbar nach seinem 68. Geburtstag und dem Einmarsch der Amerikaner in München, den Wurm offenbar noch als sein „schönstes Geburtstagsgeschenk“ bezeichnet hatte<sup>34</sup>. Als sein Bruder Gregor von der Todesnachricht erfuhr, verweigerte er aus Gram jede weitere Essensaufnahme und starb am 29. Mai 1945 ebenfalls in Straubing<sup>35</sup>.

### Das dichterische Schaffen von Georg Wurm<sup>36</sup>

Georg Wurm sen. war ein hoch begabter und gleichsam disziplinierter Mensch. Er spielte mehrere Musikinstrumente, leitete Anfang des 20. Jahrhunderts in Gols eine Musikkapelle, fand daneben noch die Zeit, vier seiner Kinder, die das musikalische Talent von ihm geerbt hatten, selbst auszubilden<sup>37</sup> – und besaß ein ausgeprägtes Gespür für Sprache und Sprachklang, wie seine Gedichte bezeugen. Das ungeheure Potenzial, das in Georg Wurm vorhanden war, ließ sich trotz seiner nur rudimentären Schulbildung und den Widrigkeiten des Arbeitstages nicht niederhalten; sein dichterisches Schaffen steht hier gleichermaßen für eine tatsächliche „Ästhetik des Widerstands“, deren gestalterische Kraft bis heute zu beeindrucken vermag. Die besten humanistischen Traditionen der Arbeiterbewegung verkörpernd bestellte er sich massenhaft Bücher per Post (darunter auch das Marx'sche „Kapital“), die er dann bis spät in die Nacht hinein las. „Unsere Mutter“, so Allacher, „war schon sehr um ihn besorgt, sie sagte ihm immer wieder, das kannst du für die Dauer nicht aushalten, aber er sagte nur die zwei Worte, laß mich.“<sup>38</sup>

Dank der Aufzeichnungen seiner Tochter sind einige Stücke, zumeist Gedichte, erhalten geblieben<sup>39</sup>. Die Gedichte sind nicht immer datiert, können jedoch in den meisten Fällen aufgrund der beschriebenen Zeiträume gut datiert werden. Wurm hat offenkundig zeit seines Lebens gegenwärtige Erfahrungen festgehalten und verarbeitet; die überlieferten Stücke zeugen

dabei von einer Intensität, Einfühlsamkeit und Zuversicht, deren man sich weder entziehen kann noch will. Die Themen umfassen nahezu alle Lebensbereiche, wemgleich die von Allacher überlieferte Auswahl die Gewichtung auf dichterische Arbeiten gegen den Hitler-Faschismus legt und von höchster politischer Sensibilisierung zeugen. Als das unbestrittene Meisterwerk in diesem Kontext kann sein zur Melodie des „Deutschland-Liedes“ gedichtetes *Anti-Deutschland-Lied* vom 2. Jänner 1937 gelten, das hier in originaler Länge wiedergegeben werden soll:

I.  
*Nazi-Deutschland, armes Deutschland,  
Armut, Armut in der Welt.*

*Tanke, Kanonen, Maschinengewehre,  
nur, dass Fleisch und Butter fehlt.  
Krieg und Raub ist dein Gewerbe,  
anders keine Möglichkeit.*

*Nazi-Deutschland, armes Deutschland,  
dein sicheres Ende ist nicht weit!*

II.  
*Nazi-Deutschland, armes Deutschland,  
zu wenig Platz hast auf der Welt.  
Ein Stück von Russland möchtest haben?  
Doch der Mut zum Kampf dir fehlt.*

*Solltet ihr es doch mal wagen,  
und die Russen greifen an,  
Nazi-Deutschland, armes Deutschland,  
dein letztes Stündlein schlägt sodann.*

III.  
*Nazi-Deutschland, armes Deutschland,  
Hitler sitzt auf deinem Thron.  
Ja, er sitzt sehr fest im Sattel,  
dem deutschen Volk zum Spott und Hohn.  
Doch die Zeit rückt immer näher,  
wo des Volkes Zorn erglüht,  
und der Tag ist nicht mehr ferne,  
wo die deutsche Freiheit blüht.*

Georg Wurm sen. blieb auch in seinen Gedichten immer von einer persönlichen Bescheidenheit, die dem Leser unweigerlich Respekt abverlangt. Selbst als er im April 1939 schwer erkrankte und bereits mit seinem bevorstehenden Tod rechnete, vergaß er nicht auf seinen politischen Anspruch. Keine Spur von Verzweiflung oder Haderei mit dem Schicksal tragen diese Zeilen, wohl aber ein empathisches Bekenntnis zum Kampf für eine gerechte Gesellschaft. Als „Rat“ an die Nachkommenen gibt er diesen den Vers mit:

*„Erobert euch die schöne Erde, baut  
darauf die neue Welt,  
dass es einmal Friede werde, dass es je-  
dermann gefällt.“*

Gegen die herrschende Klasse, als „morsche Sippe“ gekennzeichnet und mittels eines ausgeklügelten Sprach-

spiels in den Kontext der faschistischen Herrschaft seiner politischen Gegenwart gesetzt, richtet er den letzten Vers – gleichermaßen als Aufforderung zur Tat im Sinne der „Internationale“:

*„Nehmt in die Hand den eisernen Besen,  
streicht sie herab von ihrem Thron,  
den sie seit tausend Jahr bestiegen, dem  
armen Volk zu Spott und Hohn.“*

Sein dichterisches Schaffen konnte Georg Wurm sen. auch vom Gefängnis aus fortsetzen. Briefe von ihm aus Straubing waren wohl meistens auch mit kürzeren oder längeren Versen versehen. Erhalten hat sich etwa ein Schreiben vom 23. Oktober 1944, in dem er in einem eindringlichen Gedicht seine Liebe zur Heimat beschwört. Er sollte sie nie wieder sehen.

Aus gegebenem Anlass:

Georg Wurm sen.: Ein Neujahr in der kapitalistischen Weltordnung [undatiert]  
*Das neue Jahr ist vor der Tür, das alte  
ist dahin.*

*Aus den alten Sorgen sind wir heraus  
und in den neuen drin.*

*Das neue Jahr, so ist bestimmt, es wird  
dem alten gleichen.*

*Die Armen werden, bei Wasser und Brot,  
arbeiten für die Reichen.*

*Voll Hoffnung treten wir in's neue Jahr,  
doch die Täuschung bleibt nicht aus.*

*Kummer uns Sorge, das ist fürwahr, die  
bleiben auch heuer im Haus.*

*Drum Volk der Arbeit, denk fürwahr, so  
war es schon viel tausend Jahr.*

*Soll es immer so bleiben?*

*Macht diesem Zustand bald ein End', ihr  
habt die Macht in euren Händ'.*

*Bekämpft euch nicht im Bruderkrieg,  
dann ist gewiss bei euch der Sieg.*

*Baut nicht fortan auf Gott, den Herrn,  
haltet die Reichen nicht mehr in Ehr'n.*

*Dann winkt euch zu ein neues Jahr, das  
die Freiheit bringt immerdar.*

Anmerkungen:

1/ Zentrales Parteiarchiv der KPÖ, Kurze Biographie über das Leben und der [sic] politischen Tätigkeit meines Vaters Georg Wurm [...], geschrieben von seiner ältesten Tochter Susanne Allacher. Gols, 20.11.1972 (im Folgenden: ZPA, Allacher).

2/ ZPA, Allacher, S. 1.

3/ Ebd., S. 2.

4/ Da der Anschluss des Burgenlandes an Österreich erst 1921/22 vollzogen wurde, gehörte das als Westungarn bezeichnete Gebiet nach wie vor zum ungarischen Territorium. Zur wechselvollen Geschichte der Räterepublik in Westungarn im Kontext der komplexen „Landnahme“ des Burgenlandes durch Österreich vgl. einen im Jahr 2010 erscheinenden

Aufsatz des Verfassers.

5/ ZPA, Allacher, S. 3.

6/ Vgl. ebd.

7/ Vgl. ebd., S. 4.

8/ Vgl. ebd.

9/ Vgl. Gols. Geschichte einer Marktgemeinde. Red. von Hugo Huber. Gols 2006, Chronikteil.

10/ Vgl. ZPA, Allacher, S. 4.

11/ Vgl. ebd.

12/ Vgl. ebd.

13/ Vgl. ebd.

14/ Vgl. ZPA, Vinzenz Böröcz: Die Geschichte um die illegale KPÖ-Zeitung „Der Rote Ring“, die im Winter 1934/35 im Bezirk Neusiedl am See im Burgenland erschienen ist. Eisenstadt, 15. Juli 1976, S. 5f. Kopie im DÖW (Nr. 12.310), teilweise abgedruckt in: in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland. Eine Dokumentation. Hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1983, S. 60f.

15/ Vgl. ZPA, Allacher, S. 5.

16/ Vgl. Burgenländisches Landesarchiv (BLA), Forschungsarchiv, A-VIII-14, Berichte der Gendarmerieexpositur Gols an die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See.

17/ Vgl. BLA, Forschungsarchiv, A-VIII-14, Bericht der Gendarmerieexpositur Gols an die Bezirkshauptmannschaft Neusiedl am See betreffend kommunistische Aktivität in Gols vom 2.9.1937. Kopie im DÖW (Nr. 11.220), auszugsweise abgedruckt in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 71.

18/ Ebd.

19/ Vgl. die einschlägigen Berichte zur Gruppe Gols in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 190ff.

20/ Vgl. ebd., S. 168f.

21/ Vgl. ZPA, Allacher, S. 6.

22/ Vgl. ebd. sowie Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 168 u. S. 192ff.

23/ DÖW, Anklageschrift des Generalstaatsanwaltes Wien gegen Ferdinand Moispöthner und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom 30.9.1943 (Nr. 9.164), S. 3; teilweise abgedruckt in: Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 192–193, hier S. 193.

24/ ZPA, Allacher, S. 6.

25/ Vgl. Tagesbericht Gestapo Wien Nr. 2 vom 2.–5.4.1943. In: Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 190.

26/ Vgl. ebd.

27/ Vgl. ZPA, Allacher, S. 6. Zwar konnte das Paket im letzten Material noch von seiner Tochter Theresia weggeschafft werden; an der Anklage und seiner späteren Hinrichtung sollte dies jedoch nichts ändern.

28/ Insgesamt wurden zwölf Personen der Gruppe Gols sowie vier weitere der Gruppe Mönchhof verhaftet und zu unterschiedlichen Strafen verurteilt.

29/ Vgl. Online-Datenbank des DÖW: Nicht mehr anonym. Fotos aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien. Einträge Theresia Spieß und Susanne Allacher. In:

# „Wilde Minze“

LISA RETTL/CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

Am 6. November feierte ein neuer österreichischer Dokumentarfilm in Villach seine Österreich-Premiere: „Wilde Minze“ von der Filmemacherin Jenny Gand und der Historikerin Lisa Rettl portraitiert auf Basis von Interviews die heute achtzigjährige Villacherin Helga Emperger. Der 85-minütige Film erzählt nicht nur die Geschichte einer wenig bekannten Partisanengruppe im Raum Villach, sondern vor allem auch die Geschichte einer Mutter-Tochter-Beziehung über den Tod hinaus, von der Vergangenheit in der Gegenwart und den langlebigen Folgen des Nazi-Terrors. Die Premierenvorstellung in Wien findet im Rahmen der „FrauenFilmTage“ vom 25. Februar bis 3. März 2010 statt.

## Die Peskollers: familiärer Hintergrund und soziales Netz

Helga Emperger, geboren in Lienz, wuchs mit ihrer jüngeren Schwester Roswitha in einem sozialdemokratisch geprägten Umfeld auf. Für ihren Vater Josef Peskoller waren sein Beruf als Eisenbahner und die Arbeiterbewegung das prägende Element seines Lebens: Als 23-Jähriger trat er der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei, seine endgültige politische Heimat fand er Mitte der 1930er Jahre in der KPÖ.<sup>1</sup> Helgas Mutter, Maria Peskoller (geborene Greil), entstammte ursprünglich einer bäuerlich-konservativen Familie aus dem osttirolerischen Dölsach und arbeitete vor ihrer Eheschließung als Köchin in Tirol. Zu Beginn der 1930er Jahre trat sie politisch noch nicht in Erscheinung. Sie unterstützte zwar die politischen Anliegen ih-

res Mannes, ihr Hauptaugenmerk galt jedoch nach den Geburten ihrer Töchter Helga (1928) und Roswitha (1932) in erster Linie der Familie. 1932 übersiedelten die Peskollers berufsbedingt von Lienz nach Villach. Zwei Jahre später erlebte die Familie durch die faschistische Machtübernahme mit Engelbert Dollfuß an der Spitze die ersten drastischen Einschnitte: Für Josef begann nun aufgrund seiner exponierten Stellung als langjähriger sozialdemokratischer Personalvertreter eine elfjährige Phase von Verfolgung, Repression und Illegalität. Als bekannter „Roter“ wurde er bei den österreichischen Bundesbahnen bereits 1934 in einen zeitlich begrenzten Ruhestand versetzt. Noch im selben Jahr folgte die erste von mehreren Verhaftungen wegen illegaler kommunistischer Betätigung, 1935/36 eine achtmonatige Inhaftierung im Anhaltelager Wöllersdorf. Maria Peskoller hielt die Familie inzwischen mit Haushalts- und Schneiderarbeiten über Wasser. Am 11. Juni 1940 wurde Josef Peskoller in Villach verhaftet und am 21. Februar 1941 nach Klagenfurt überstellt. Ihm wurde seitens des Untersuchungsrichters des Volksgerichtshofs vorgeworfen, gemeinsam mit einigen anderen ein „hochverräterisches Unternehmen“ vorbereitet zu haben, indem er einerseits durch die Organisation eines politischen Zusammenschlusses und andererseits durch „Beeinflussung der Massen durch Verbreitung von Schriften“ mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern versuchte. In der Hauptverhandlung vom 20. Februar 1942 wurde er zu einer 20-monatigen Haftstrafe ver-

urteilt.<sup>2</sup> Im Sommer 1944 fiel Josef schließlich einer groß angelegten Verhaftungswelle durch die Gestapo zum Opfer und blieb bis zu Kriegsende in Klagenfurt in Haft.

In diesen Jahren entwickelte sich Maria Peskoller zu einer herausragenden Persönlichkeit des Villacher Widerstandes. Sie unterhielt ein vielfältiges politisches Kontaktnetz, das von den PartisanInnen in Leoben-Donawitz rund um Max Muchitsch über die kärntner-slowenischen PartisanInnen, entflozene ZwangsarbeiterInnen bis hin zu den Widerstandszellen innerhalb der Deutschen Reichsbahn reichte. Maria selbst agierte auf lokaler Ebene im Rahmen ihres persönlichen Netzwerkes und Freundeskreises, der einerseits aus führenden KP-Persönlichkeiten Kärntens bestand – etwa den Familien Kazianka und Bucher – andererseits aus Personen, die sich antifaschistisch und antinazistisch positionierten. Mit Rosa Eberhard und Margarete Jessernig verband Maria Peskoller neben einer politischen auch eine enge persönliche Freundschaft – drei Frauen, die in räumlicher Nähe zueinander lebten und deren Kinder ebenfalls befreundet waren. Die drei Frauen stützten sich wohl auch im Alltag gegenseitig – ihnen war nicht zuletzt gemeinsam, dass ihre Männer aus unterschiedlichen Gründen abwesend waren. Marias Mann befand sich seit dem Jahr 1934 über weite zeitliche Strecken in politischer Haft, Rosa Eberhards Mann Andreas war als Obergefreiter der Luftwaffe an der Front<sup>3</sup>, Margarete Jessernig, deren Mann ebenfalls Eisenbahner gewesen war, lebte seit 1942 als Witwe.<sup>4</sup>

Marias ältere Tochter Helga wuchs innerhalb dieses sozialen Gefüges in die antifaschistische Arbeit hinein. Sie gehörte zwar aufgrund ihres jugendlichen Alters nicht zum engeren Kreis der politischen AktivistInnen, übernahm aber immer wieder verschiedene Kurierdienste. 1944 – Helga war fünfzehn – versuchte sie eine Pistole von Villach nach Eisenkappel/Železna Kapla zu transportieren – ein Versuch, der zwar aufgrund des heftigen Bombardements von Klagenfurt scheiterte – allerdings ein deutliches Indiz für die politische Zusammenarbeit Maria Peskollers mit den slowenischen PartisanInnen darstellt. Helga war, ebenso wie Margarete Jessernigs Tochter Greti (Margarete), an der Übermittlung von politischen Nachrichten und am Trans-

➔ [www.doew.at](http://www.doew.at) [28.11.2009].

30/ Vgl. DÖW, Urteil des VGH gegen Georg Wurm [jun., M.K.] und andere wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom 12.11.1943 (Nr. 1.437). Offenbar wurde Georg Wurm jun. aber auch schon zuvor kurzzeitig inhaftiert, denn Susanne Allacher notiert eine Verhaftung im Juni (vgl. ZPA, Allacher, S. 9).

31/ DÖW, Anklageschrift des Generalstaatsanwaltes Wien gegen Ferdinand Moispointher. – Georg Wurm jun., der ebenso wie sein Vater wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt wurde, wurde dagegen zum Tode verurteilt und am 19. Mai 1944 hingerichtet (vgl. Online-Datenbank des DÖW: Nicht mehr anonym. Eintrag Georg Wurm jun.).

32/ Vgl. Widerstand und Verfolgung im Burgenland, S. 192, Anm. 1.

33/ Vgl. ZPA, Allacher, S. 9.

34/ Vgl. ebd.

35/ Vgl. ebd. sowie Online-Datenbank des DÖW: Nicht mehr anonym. Eintrag Gregor Wurm.

36/ Offenkundige Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt. Die Überlieferung folgt hierbei den Stücken, die Susanne Allacher ihrem Lebensbericht ihres Vaters beigelegt hat.

37/ Vgl. ZPA, Allacher, S. 1.

38/ Ebd., S. 3.

39/ Nicht geklärt werden konnte zum gegenwärtigen Zeitpunkt und trotz intensiver Recherchen des Verfassers, wer den Nachlass von Georg Wurm sen. verwaltet bzw. ob ein solcher überhaupt vorhanden ist. Die diesbezügliche Kontaktierung der Nachkommen der Familie Wurm in Gols blieb bislang ohne Ergebnis.

port von Flugblättern beteiligt.<sup>5</sup> Eine andere wesentliche Aufgabe fiel ihr aufgrund ihrer Stenokenntnisse zu: Nächtens stenographierte Helga die illegal gehörten Kriegsnachrichten und Frontberichte der so genannten „Feindsender“ (Nachrichtensender der Alliierten), auf deren Basis wiederum antinazistische Flugblätter entstehen konnten.

### Sommer 1944: Aufbau der Partisanengruppe

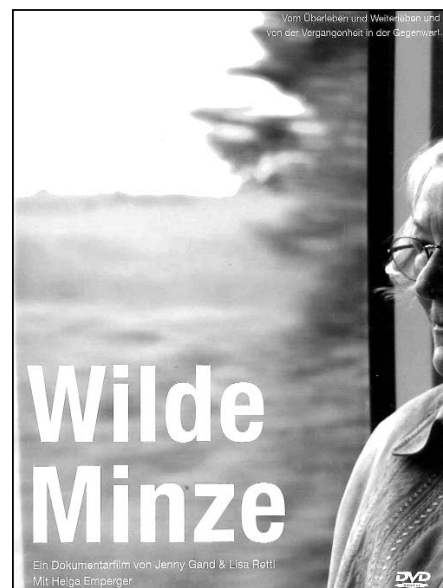
Im Sommer 1944 wurde Helgas Vater, Josef Peskoller, erneut festgenommen. Wenig später beteiligte sich Maria Peskoller gemeinsam mit ihren Freundinnen Rosa Eberhard und Margarete Jessernig sowie dem ebenfalls befreundeten Valentin Klementin aus Seebach am Aufbau einer Partisanengruppe im Raum Villach. Inwiefern die Bildung dieser Gruppe mit den politischen Bemühungen des Frühjahres 1944 zur Bildung einer *Österreichischen Freiheitsfront* in Kooperation mit der slowenischen Befreiungsfront in Verbindung zu bringen ist, kann nicht eindeutig geklärt werden. Auf höherer politischer Ebene der verschiedenen Widerstandskräfte wurde dieses Projekt im Frühsommer mehr oder weniger als gescheitert betrachtet, nicht desto Trotz erscheint die Villacher Gruppe in ihrer Struktur als ein später Ausläufer dieser Kooperationsbemühungen. Mit der slowenischen Befreiungsfront (OF, *Osvobodilna fronta*) stand Maria Peskoller jedenfalls bereits seit den Anfängen der Partisanenbewegung in Kärnten in Verbindung. Ein wesentlicher Faktor, dass es überhaupt zur Bildung einer kämpfenden, im Wald lebenden Partisanengruppe im Frühherbst 1944 kommen konnte, waren die schon seit längerem gepflegten Kontakte der Peskollers zu verschiedenen, teils entflohenen ZwangsarbeiterInnen im Raum Villach. Bereits vor 1944 leisteten die Peskollers in diesem Zusammenhang unterstützende Hilfe und unterhielten politische Kontakte.<sup>6</sup> Mit Marias Verbindungsnetz wurden im Frühherbst 1944 über die Peskoller-Wohnung in der Sonnenstraße mehrere Deserteure und Wehrdienstverweigerer in den Wald geschleust, wo Maria bereits den Kontakt zu entflohenen ZwangsarbeiterInnen hergestellt hatte. Diese bildeten für kurze Zeit eine in den Wäldern lebende Partisanengruppe, die durch kleinere Sabotageakte und Anschläge das lokale NS-System destabilisierte. Rosa Eberhard, Margarete Jessernig und Maria Peskoller bildeten mit Valentin Klementin und dem gebürtigen Kroaten Milan Jelič die zen-

trale Versorgungsbasis im Villacher Raum, die die PartisanInnen im Wald mit Nahrung, Informationen, Waffen und anderen Hilfestellungen unterstützte. Eine andere Versorgungsbasis lag in Kellerberg, wo Maria Jennes die Gruppe aktiv unterstützte. Zum Kern der Partisanengruppe gehörten neben einigen namentlich unbekanntem ZwangsarbeiterInnen die Deserteure Erich Ranacher und Josef Ribitsch, die zuvor schon bei den slowenischen PartisanInnen eine Ausbildung erhalten hatten und sich einige Tage in der Peskoller-Wohnung versteckt hielten, ferner der Deserteur Heinrich Brunner und der Wehrdienstverweigerer Franz Najemnik, dessen Flucht in die Wälder ebenso über den Weg der Peskoller-Wohnung in der Sonnenstraße führte. Letzterer entging als einziger dem engmaschigen Fahndungsnetz der NS-Behörden.

### Die Villacher Partisanengruppe

In der kurzen Bestandszeit der Kerngruppe, die sich in etwa von September bis November 1944 erstreckte, lebte die Partisanengruppe in abgeschiedenen, selbstgebauten Waldbunkern in der Umgebung von Villach. Ihr Aktionsradius erstreckte sich auf einen Teil des Drautales rund um Kellerberg sowie auf das Gegendal. Aktenkundig belegt sind Aktionen für die Ortschaften Winklern, Wernberg, Treffen, Niederdorf, Kras, Köttwein, Puch, Unterwollanig, Verditz und Arriach.<sup>7</sup> In einer Gesamtbeurteilung lässt sich sagen, dass der eigene politische Anspruch der PartisanInnen sich wohl nur begrenzt realisieren ließ – die scharfe Verfolgung durch Landwacht, Gendarmerie und Gestapo einerseits und die Heterogenität und Instabilität der Gruppe andererseits, gepaart mit einem Mangel an Waffen und Unterstützung einer breiteren Bevölkerungsbasis, ließ nur wenig Spielraum für größere, militärische Aktionen. Einträge in den Gendarmeriechroniken des Gegendales zeigen, dass die Gruppe vor allem mit der Beschaffung von Waffen und Lebensmitteln, und sehr bald schon mit einem puren Überlebenskampf beschäftigt war – zu schlagkräftigen politisch-militärischen Aktionen kam es nicht. Zwischen den PartisanInnen und den nationalsozialistischen Verfolgungsbehörden kam es in der kurzen Bestandszeit der Gruppe zu mehreren Feuergefechten. Im Verlauf eines solchen Gefechts wurde ein Landwachtmann getötet, Erich Ranacher selbst erlitt einen Armdurchschuss.

Der Erfolg dieser kleinen Partisanengruppe zeigte sich weniger in ihrer



<http://www.wildeminze.at>

tatsächlichen militärischen Schlagkraft, als vielmehr in psychologischen Hinsicht und der damit verbundenen Destabilisierung des Systems. Die Gruppe, die in ihrem Höchststand in etwa aus acht bis zehn Personen bestand, hatte innerhalb kürzester Zeit eine tiefe Verunsicherung bei der Bevölkerung und im lokalen Machtgefüge der Nazis herbeigeführt, die in einer drastischen Verstärkung des NS-Sicherheitsapparats mündete – zu einem Zeitpunkt, wo die Deutsche Wehrmacht an allen Fronten Niederlagen erfuhr und die Alliierten mit massiven Bombardements den Glauben an einen nationalsozialistischen „Endsieg“ langsam zermürbten.

### Das Ende der Villacher PartisanInnen

Zwischen 11. und 19. November 1944 gelang es der Gestapo in mehreren Etappen, fast die gesamte Gruppe festzunehmen. Betroffen war der Kern der bewaffneten Partisanengruppe im Wald ebenso wie das Netzwerk, das ihnen Unterstützung und Hilfe gewährte.

Als erstes, am 11. November, wurde Maria Peskoller mit ihren Töchtern Helga und Roswitha, sowie Margarete Jessernig mit ihrer Tochter Greti verhaftet. Roswitha, damals zwölf, wurde wieder entlassen und zunächst in die Obhut einer NSV-Schwester übergeben. Durch ein Täuschungsmanöver gelang es ihr, diese abzuschütteln und sich zu Verwandten durchzuschlagen, bei denen sie bis zu Kriegsende verblieb. Helga blieb in Gestapoeinzelhaft und wurde schließlich mit ihrer Mutter in das Landesgerichtsgefängnis Klagenfurt überstellt.

Die drei Tage später erfolgte Verhaftung der flüchtigen Deserteure Erich Ranacher, Josef Ribitsch und Heinrich Brunner, die

versucht hatten, sich nach Lienz durchzuschlagen, dürfte eher ein Zufallserfolg für die Gestapo gewesen sein.

Am 16. November wurde Josef Ranacher, Erichs Vater, verhaftet, am 18. der Klagenfurter Kraftfahrer Josef Ermenz. Seine Verbindungen zur Gruppe ließen sich nicht genau klären. Am 19. November erfolgte die Verhaftung von Rosa Eberhard und Valentin Klementin. Über das Festnahmedatum von Milan Jelič schweigen die Quellen, in der Anklageschrift wird nur Mitte November vermerkt.<sup>8</sup>

Von den insgesamt 13 verhafteten Personen überlebten lediglich fünf: Helga Peskoller, die ohne Prozess bis April 1945 in Klagenfurt inhaftiert blieb, Maria Jennes, die zu drei Jahren Gefängnis und Josef Ermenz, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Desgleichen Margarete Jessernigs siebzehnjährige Tochter Greti, die zu zwei Jahren Jugendgefängnis verurteilt wurde sowie Josef Ranacher, der zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Letzterer überlebte mit Glück. Als die InsassInnen des Zuchthauses Straubing in Bayern in den letzten Kriegstagen zur Liquidation nach Dachau deportiert werden sollten, gelang Josef Ranacher die Flucht.<sup>9</sup>

### Die Urteile des Deutschen Volksgerichtshofs

Dem Prozess gegen die Villacher PartisanInnen wurde, nachdem der aus dem „Altreich“ angereiste Volksgerichtshofpräsident Freisler persönlich den Vorsitz führte, seitens des NS-Regimes große Bedeutung beigemessen. Dies erstaunt nur wenig, nachdem in Kärnten der Partisanenkampf partout nicht in den Griff zu bekommen war und Anfang 1944 Teile Kärntens von Himmler offiziell zum „Bandenkampfgebiet“ erklärt werden mussten. Die Angst, dass sich dieser Widerstand auf andere Kärntner Gebiete ausdehnen könnte, war dementsprechend groß – die Gelegenheit, die Verhaftung als „großen Schlag gegen das Bandenunwesen“ zu verkaufen, für die Nazis überaus günstig.

Der Prozess gegen Josef Ribitsch, Heinrich Brunner, Valentin Clementin, Milan Jelič, Maria Peskoller, Margarete Jessernig, Rosa Eberhard und Erich Ranacher fand am 17. und 18. Dezember im Landesgericht Klagenfurt statt. Die Todesurteile wurden am 23. Dezember 1944 gefällt und in Graz vollstreckt, die Ermordeten am Grazer Zentralfriedhof verscharrt. Die genaue Grabstelle der Hingerichteten konnte nie eruiert werden.

## Generalversammlung 2009

Am 28. November 2009 fand im Café 7Stern im siebten Wiener Gemeindebezirk die Generalversammlung der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT statt. Nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Gesellschaft, Dr. Walther Leeb, referierte Dr. Harald Walsler, Abgeordneter zum Nationalrat und Bildungssprecher der *Grünen*, zum Thema „Schule und Gerechtigkeit. Probleme unseres Schulsystems und mögliche Auswege“. An den Gastvortrag, zu dem über die Mitglieder unserer Gesellschaft hinaus einige ZuhörerInnen erschienen waren, schloss sich eine Diskussion an.

Die Generalversammlung wurde mit dem Bericht des Präsidenten und dem Kassabericht (DI Friedl Lerch) fortgesetzt. Walther Leeb informierte über die Arbeit des Vorstands und die Aktivitäten der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT im abgelaufenen Jahr 2009. Unser Periodikum *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* ist gewohnterweise vier Mal im Jahr erschienen. Darüber hinaus wurden drei Publikationen in der Reihe „Quellen & Studien“ herausgegeben: Eine Untersuchung über die Geschichtsschreibung der österreichischen Arbeiterbewegung vor 1934 von Peter Goller, sowie das Protokoll des Arbeitertages 1916, herausgegeben von Hans Hautmann. Im Dezember ist der Band „90 Jahre KPÖ. Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreich“ erschienen, der neben den Referaten vom Symposium der AKG im November 2008 weitere Beiträge zum Thema umfasst.

Neben kleineren Veranstaltungen hat die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT im Oktober 2009 gemeinsam mit ihrem Kooperationspartner, dem Bildungsverein der KPÖ Steiermark, ein Symposium zum Thema „1929 – 2009: Weltwirtschaftskrise – damals und heute“

ausgerichtet, zunächst in Graz, sowie in leicht modifizierter Form zwei Wochen später in Wien. Es referierten Georg Fülberth, Fritz Weber, Gerhard Senft, Manfred Mugrauer, Hans Hautmann, Gerald Oberansmayr und Franz Stephan Parteder. In Graz fand am Vorabend des Symposiums eine Podiumsdiskussion statt, an der Prof. Georg Fülberth, Ernest Kaltenegger, Mag. Karl Snieder, Dr. Gerald Heschel und Mag. Werner Kogler teilnahmen. Abschließend hielt Präsident Leeb fest, dass es der Gesellschaft gelungen sei, die Krise, in der sie nach der Generalversammlung im Jahr 2005 befunden hatte, zu überwinden. Er dankte allen, die durch ihre konstruktive Tätigkeit für die ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT dazu beigetragen haben.

Alle vier Jahre wird im Rahmen der Generalversammlung auch der Vorstand der AKG neu gewählt. Neben den bisherigen Mitgliedern – Dr. Walther Leeb (Präsident), Irma Schwager (Vizepräsidentin), Univ.-Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Vizepräsident), DI Friedl Lerch (Kassierin), Dr. Elke Renner (Schriftführerin), Dr. Winfried R. Garscha, Univ.-Doz. Dr. Peter Goller, Dr. Heimo Halbrainer, Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann, Mag. Dr. Claudia Kuretsidis-Haider, Mag. Simon Loidl, Mag. Manfred Mugrauer, Dr. Lisl Rizy, Fini Seif, Ass.-Prof. Mag. Dr. Valentin Sima, Dr. Willi Weinert – wurden Mag. Alexander Dinböck, Dr. Lutz Holzinger und MMag. Martin Krenn neu in den Vorstand gewählt. Auf Antrag des Vorstands wurde zudem beschlossen, die Generalversammlung künftig im Zweijahresintervall auszurichten. In der ersten Sitzung des neu gewählten Vorstands, der am 11. Dezember zusammentrat, wurde Manfred Mugrauer als wissenschaftlicher Sekretär bestätigt. **M.M.**

#### Anmerkungen:

1/ Aspekte zur beruflichen und politischen Karriere von Josef Peskoller finden sich in der Anklageschrift des Strafverfahrens des Volksgerichtshofs gegen Josef Peskoller u.a., 29.10.1941, Urteil 2H 153/41–6J 101/41g, in: Online-Datenbank K.G. Saur Verlag [12.1.2009].  
2/ Ebd.  
3/ Protokoll des Amtsgerichts Villach, aufgenommen von Dr. Alois Gombotz (Richter) mit Andreas Eberhard betreffs Sorgerecht für den Sohn Hubert Eberhard, Villach, 29.1.1945. Privatbestand Hubert Eberhard.

4/ Anklageschrift des Volksgerichtshofes, Klagenfurt, 16.12.1944, 11 J 418/44, S. 6.  
5/ Interview mit Helga Emperger, September 2009.  
6/ Ebd.  
7/ Vgl. Anklageschrift des Volksgerichtshofes, Klagenfurt, 16.12.1944, 11 J 418/44.  
8/ Zu den Verhaftungsdaten vgl. Anklageschrift des Volksgerichtshofes, Klagenfurt, 16.12.1944, 10 J 418/44.  
9/ Interview mit Ernst Ranacher, Lienz, 6.3.2009.



# Jura Soyfers großer Wurf

LUTZ HOLZINGER

**D**er vor 70 Jahren am 16. Februar 1939 im KZ-Buchenwald an einer Infektion 27-jährig verstorbene Jura Soyfer war ein Ausnahmeschriftsteller vom Rang eines Bertolt Brecht oder Ödön von Horvath. Sein früher Tod und seine Parteinahme für die KPÖ haben dazu beigetragen, dass einerseits das Werk schmal ist und andererseits der Autor nach dem Krieg nahezu in Vergessenheit geriet. Helmut Qualtinger und die *Schmetterlinge* haben wesentlich dabei mitgewirkt, Anfang der 1970er Jahre eine Renaissance des Werks von Jura Soyfer einzuleiten.

Im Grunde ist es eine seltsame Koinzidenz, dass der hervorragendste Kritiker der Sozialdemokratie auf literarischen Gebiet (siehe das Romanfragment „So starb eine Partei“) und der tiefeschürfenste Analytiker des Arbeitslosigkeit auf der Bühne (siehe „Der Lechner Edi schaut ins Paradies“) ausgerechnet zu dem Zeitpunkt ausgegraben wurde, in dem die SPÖ sich auf dem Höhepunkt ihrer Entfaltung befand. Tatsächlich sind die 1970er Jahre der einzige Abschnitt in der Zweiten Republik, in der die SPÖ in Nationalratswahlen absolute Mehrheiten errang und die Zahl der offenen Stellen zeitweise die der Arbeitslosen übertraf.

Damals hat die von Soyfer auf die Bühne gestellte Arbeitslosigkeit ähnlich wie die Marx'sche Theorie von der proletarischen Reservearmee den Anschein einer historischen Reminiszenz erweckt. Der Kapitalismus beeilte sich allerdings, sowohl dem Schriftsteller als auch dem Theoretiker der Arbeitsbewegung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Nach und nach wurde die Wirklichkeit des bürgerlichen Wirtschaftssystems wieder vom Kopf auf die Beine gestellt: In relativer Hochgeschwindigkeit hat sich ein bisher nicht gesehenes Ausmaß an Arbeitslosigkeit entwickelt. Nach einer aktuellen OECD-Prognose werden in der Europäischen Union im kommenden Jahr 25 Millionen Menschen von ihr betroffen sein.

Es gehört zum Genie Jura Soyfers, dass er die Vorstellungen der Menschen, die Phänomene wie die Arbeitslosigkeit bei ihnen auslöst, ohne viel herum zu lavieren, auf den Punkt bringt. Wenn Arbeitslosigkeit herrscht, erscheint Vollbeschäftigung absurd; und wenn Vollbeschäftigung herrscht, erscheint umgekehrt Arbeitslosigkeit nahezu unvorstellbar. Indem er diese

Tücke des menschlichen Vorstellungsvermögens gleich in der ersten Dialogwendung zwischen Edi und Fritzi (den beiden Hauptpersonen des Stückes, zu denen sich wenig später der Automat bzw. Motor Pepi gesellt) direkt anspricht, zieht der Autor die Leserin, den Leser bzw. die Zuschauerin, den Zuschauer unvermittelt in den Bann des Stückes und sein zentrales Thema. Das liest sich so:

*EDI: Aber vor sechs Jahr, da hättest mi kennen sollen. Wiar i no a Arbeit ghabt hab.*

*FRITZI: Is do a Schmääh.*

*EDI: Gar ka Schmääh. In der Zeit haben die ganzen Spezi a Arbeit ghabt.*

*FRITZI: San ja Märchen.*

Edis Freundin Fritzi kann einfach nicht glauben, was in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Republik Österreich im Jahr 1936, in dem Jura Soyfer das Stück geschrieben hat, einfach undenkbar war: Vollbeschäftigung oder wenigstens Arbeit für alle ihre unmittelbaren Bekannten. Dabei erweist Fritzi sich im weiteren Verlauf des Auftrittsdialogs als eher leichtgläubiges Wesen.

*EDI: Immer das Hollywood! Glaubst, i war net in Hollywood?*

*FRITZI: Wirkli wahr?*

*EDI: Freili – damals auf der Urlaubsreise halt – und in Rio de Bombay war i a – und in San Singapor – bei – bei die Kaf fern halt.*

*FRITZI gläubig: Das hast du mir no nie erzählt.*

*EDI: Weil's net der Rede wert is – überhaupt, wann i's mit Haiti vergleich. ...*

*Fritzi: Haiti?*

*EDI: Dort leben, wie du vielleicht weißt, die schönsten Frauen der Welt – herst, und anhabn tun's nix – nur Blumenkränze im Haar. Nimosien -*

*FRITZI: Warst ma untreu?*

*EDI: Aber wo – zwar, mir Burschen warn dort fesch beinand, in Haiti, alle ham a Arbeit ghabt -*

*FRITZI: Jetzt fangst wieder mit de Schmääh an –*

Edi weist den Vorwurf von Fritzi, er erzähle bloß Märchen, zurück und benennt den Grund für Fritzis Skepsis: „Gar kane Märchen. Nur kannst du dir's halt nimmer vorstelln. Weilst zu jung bist. Jeden Erschten hab i meine 190

Schilling auszahlt kriegt.“ Der Autor spricht damit eine Problematik an, die speziell in Österreich besonders ausgeprägt zu sein scheint: Sie besteht im mangelnden Vermögen der meisten Menschen und damit auch der Arbeiterschaft, sich eine grundlegende Veränderung der herrschenden Verhältnisse vorzustellen. Ob dieser Mangel an Phantasie damit zu tun hat, dass die Habsburger im Bereich des heutigen Österreich die Gegenreformation unter Ausweisung bzw. Ausmerzung nahezu der gesamten Intelligenz besonders brutal ausgerottet haben, bleibt bis auf weiteres unerforscht.

Zurück zum Stück: Im ersten Bild tritt bereits der Motor Pepi auf, der Edi vermeintlich arbeitslos gemacht hat. Mittlerweile wurde er in der Schuhfabrik, in der er ursprünglich mit Edi zusammen gearbeitet hat, selbst ausgemustert. Er verpasst seinem ehemaligen Anwender insofern eine Retourkutsche, als nun er ihm vorwirft, seine Kaufkraft nicht entsprechend eingesetzt zu haben:

*EDI: Aber sag amal, wieso bist du arbeitslos worn?*

*MOTOR: Da bist du schuld, mei Liaber.*

*EDI: I!*

*MOTOR: No – wann hast das letzte Paar Schuh kauft?*

*EDI: Eh – wart amal – vur ans – zwa – drei, na vor vier – na, vor –*

*MOTOR: Und davon soll i als Schuhmacher leben?*

*EDI: Das is wahr. Und i hab immer glaubt, du bist schuld – dabei bin i selber – oder na, i bin ja a net – ah was. ...*

Schließlich sind die beiden sich einig, dass die Ursachen für ihre Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit zu suchen sein müssen. Mit Hilfe von Pepi sind Edi und Fritzi in der Lage, eine Zeitreise zurück in die Geschichte der Menschheit anzutreten. Über diverse Stationen gelangen sie zu Erfindern und Entdeckern, die ihre Errungenschaften aufgrund der von Edi und seinen beiden Begleitern kolportierten Folgen am liebsten zurücknehmen möchten. Am Ende erreichen sie sogar das Himmelstor – gerade unmittelbar vor der Erschaffung von Adam und Eva. Edi plädiert gegenüber dem vor der Himmelstür agierenden Portier leidenschaftlich dafür, von dieser Erfindung gänzlich Abstand zu nehmen. Fritzi

zi spricht sich hingegen vehement für das Gegenteil aus. Daraufhin wird dieser Gegensatz das Grundprinzip, nach dem der Mensch geformt wird:

*PORTIER kommt freudig: Ich gratuliere. Der Mensch ist soeben geschaffen worden.*

*EDI: Doch?*

*PORTIER: Tun's net so erstaunt. Ihr habts ja selbst den entscheidenden Konstruktionsvorschlag gemacht.*

*EDI: I?*

*PORTIER: Ihr beide zusammen. Nein und ja. Wir ham a Gemisch aus nein und ja gmacht, a Patzerl Lehm rundum gepickt, und auf ja und nein war der Mensch da.*

*MOTOR: Ja und nein, das ist ein Gegensatz. Do muss do wer logischerweise die Entscheidung ham?*

*PORTIER: Die is dem Menschen in die Hand gelegt worden. Und von dem Moment an war er lebendig. ...*

Quintessenz dieser Szene ist die Erkenntnis, dass es darauf ankommt, das Schicksal selbst in der Hand zu nehmen. Konsequenterweise schließt das Stück mit folgender Äußerung Edis: „Frag net so vül – auf uns kommt's an!“ Soyfers jugendlicher Optimismus ist 1936 ungeboren. Er hofft ganz offensichtlich auf die Emanzipation der Arbeiterklasse trotz der Machtübernahme des klerikalen Faschismus in Österreich und des Nationalsozialismus in Deutschland.

Aufgrund der gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen liest das Stück sich heute äußerst frisch und aktuell. Sein Vorzug besteht neben dem Aufbau als lockerer Bilderbogen vor allem in seinem Wortwitz. In dieser Kunst kann Jura Soyfer als unmittelbarer Nachfahre von Johann Nepomuk Nestroy betrachtet werden. Er lässt den sprachlichen Schmah nicht nur wie dieser in der Bühnenprosa rennen, sondern ist seinem Vorgänger auch im Schmieden lockerer Couplets ebenbürtig.

Ein anderer Punkt ist die wenig rosige Perspektive einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung in Österreich und in den meisten Teilen der Welt. Trotz zunehmend umfassender Krisenerscheinungen des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zeichnet sich derzeit kein historisches Subjekt ab, das in der Lage wäre, die herrschenden Verhältnisse über den Haufen zu werfen. Bleibt zu hoffen, dass sich bald einmal in drei Tagen mehr verändert als in 30 Jahren.

*Christian Dewald (Hg.): Arbeiterkino. Linke Filmkultur in der Ersten Republik. Wien: Filmarchiv Austria 2007, 351 S.*

Der Sammelband „Arbeiterkino“ erschließt ein zuvor nur ansatzweise beforschtes Terrain der österreichischen Filmgeschichte: den Versuch der Arbeiterbewegung, eine eigene Filmkultur und Filmpolitik zu begründen. Ausgehend von einer teils prekären Quellenlage widmen sich die Beiträge den definitorischen Voraussetzungen und ästhetischen Implikationen des proletarischen Films, in dessen Zentrum die Massen standen, wie auch dem politischen, sozialen und (alltags-)kulturellen Umfeld, in dem Filmpolitik betrieben wurde. Weiters werden die institutionellen und wirtschaftlichen Strukturen des Filmbetriebs untersucht, einzelne Werke des proletarischen Kinos, aber auch Dokumentarfilme mit thematischem Bezug zur Arbeiterbewegung analysiert. Filmkritiken, eine Bestandsaufnahme einschlägiger Filmplakate, biografische Beiträge, reiches Bildmaterial und ausführliche Filmografien runden das Bild eines kulturellen Phänomens ab, das mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch das austrofaschistische Regime ein gewaltsames Ende fand und möglicher Entwicklungsperspektiven beraubt wurde.

Standen die Organisationen der Arbeiterbewegung dem Medium Film ursprünglich skeptisch gegenüber, versuchten sie seit der ersten Hälfte der zwanziger Jahren das aufklärerische Potenzial dieser Kunstgattung für die eigenen Anliegen zu nutzen. Vorweg muss festgestellt werden, dass dieser Versuch nur in Ansätzen realisiert wurde und ein Vergleich mit den Leistungen des deutschen proletarischen Films oder gar des sowjetischen Kinos unangemessen ist. Die Gründe liegen nicht nur darin, dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen fehlten, um dem bürgerlichen Kino eine Alternative entgegenzusetzen.

Die Sozialdemokratische Partei hatte mit ihrer Kinobetreiber-Gesellschaft *Kiba* und der Produktions- und Verleihfirma *Allianz* zwar eine filmökonomische Infrastruktur geschaffen, verfolgte aber eine Programmpolitik, die weniger an den Ideen der Arbeiterbewegung als an kommerziellen Erfolgskriterien orientiert war – was auch in den eigenen Reihen, etwa von Seiten des Filmkritikers der *Arbeiter-Zeitung*, Fritz Rosenfeld, nicht unwidersprochen blieb. Immerhin entstanden zahlreiche Dokumentar- und Werbefilme, die die Errungenschaften des Roten Wien

preisen oder als Dokumente von Großereignissen wie Massenaufmärschen, Maifeiern oder Arbeitersportveranstaltungen zugleich Zeugnisse revolutionärer Selbstdarstellung sind. Eines der seltenen Beispiele eines abendfüllenden Spielfilms war der Streifen „Die vom 17er Haus“, der im Wiener Landtagswahlkampf 1932 zum Einsatz kam und in Form einer Familiengeschichte eine Zukunftsvision sozialdemokratischer Aufbauarbeit entwirft, die über das rückwärtsgewandte, fortschrittsfeindliche „Alt-Wien“ triumphiert. Auf der Strecke blieb letztendlich die Risikobereitschaft, eine eigenständige, avantgardistische Formensprache des Arbeiterfilms zu entwickeln.

Ein umfangreicher Beitrag erschließt ein bisher unbekanntes Kapitel proletarischer Kulturarbeit im Österreich der Zwischenkriegszeit: die Filmarbeit der Kommunistischen Partei und der Organisationen in ihrem Umfeld, in akribischer Kleinarbeit rekonstruiert von Peter Grabher. Kommunistische Filmarbeit blieb mangels materieller und wohl auch künstlerischer Ressourcen notgedrungen auf das Gebiet der Publizistik (als FilmkritikerInnen betätigten sich Georg Lukacs, Frida Rubiner, Kurt Landau, Leo Katz oder Hugo Huppert) und den Vertrieb von Produktionen sowjetischer und deutscher Herkunft beschränkt. Überliefert ist lediglich die Herstellung zweier kurzer Schmalfilme über eine Arbeitslosendemonstration im Februar 1931 und über den Maiaufmarsch der Partei im selben Jahr, die bedauerlicherweise als verschollen gelten müssen. Mit zahlreichen Aufführungen sowjetischer Spielfilme trugen Organisationen wie die *Österreichische Arbeiterhilfe* (ÖAH) oder die *Österreichische Rote Hilfe* zur Verbreitung dieses Genres bei. Mit der im Jänner 1926 im Wiener Stafa-Kino ausgerichteten österreichischen Uraufführung von „Sein Mahnruf“ kann die ÖAH für sich in Anspruch nehmen, den Beginn der „Russenfilm-Welle“ eingeleitet zu haben. Unter der Arbeiterschaft wurden diese Filme bald über die Parteigrenzen hinaus populär. Weitere Einsatzgebiete des proletarischen Films waren Veranstaltungen der Partei- und Hilfsorganisationen auf lokaler Ebene, bei denen Dokumentationen mit Agitationscharakter zur Unterstützung tagespolitischer Anliegen und Solidaritätskampagnen vorgeführt wurden. Die inhaltliche Ausrichtung folgte meist dem stereotypen Muster der Kontrastierung des sowjetischen Aufbauwerks mit dem Elend in Österreich, namentlich im Roten Wien, für das die sozialdemokrati-

sche Politik verantwortlich gemacht wurde, zugespitzt in der „Sozialfaschismus“-These. Im Übrigen war auch die Filmpolitik der Sozialdemokraten aufgrund ihrer kommerziellen Ausrichtung – nicht ganz zu Unrecht – Zielscheibe heftiger Angriffe seitens der kommunistischen Filmkritik. Überschattet wurden die Filmaktivitäten vom mühseligen Hürdenlauf gegen die Zensurbehörden, die nicht selten Aufführungsverbote oder -einschränkungen verhängten.

Der Band gibt nicht zuletzt Einblick in den Werdegang und das Schicksal der Protagonisten des österreichischen Arbeiterkinos. Während etwa die Brüder Hamber oder Josef Szende kurz nach dem „Anschluss“ deportiert und im Konzentrationslager ermordet wurden, verstand es Franz Rossak, sich geschmeidig den neuen Machthabern anzudienen – um nach der Befreiung als engagierter Antifaschist den Mythos von Österreich als Opfer der nationalsozialistischen Aggression in Filmbilder zu bannen.

#### CHRISTINE KANZLER

*Helga E. Hörz: Zwischen Uni und UNO – Erfahrungen einer Ethikerin. Berlin: Trafo-Verlag 2009 (Reihe Autobiographien, Bd. 37), 392 S., 29,80–Euro.*

**H**elga Hörz (geb. 1935), langjährige Universitätslehrerin für Ethik an der Sektion Philosophie der Humboldt-Universität und Vertreterin der Deutschen Demokratischen Republik in der UNO-Kommission „Zum Status der Frau“, hat ihre Erfahrungen niedergeschrieben. Hörz stammt aus einer Arbeiterfamilie, ihr Lebensweg war deshalb so nur in der DDR möglich. Nach deren Implosion war in dem wieder zu Kriegsverbrechen aufgerüsteten Deutschland das gesellschaftliche Denken und Handeln von Hörz nicht mehr zeitgemäß, zumal diese der Auffassung ist, dass die Lebensfragen der Menschheit zutiefst Frauenfragen sind und diese sich eben nicht von Fragen des Friedens trennen lassen. Hörz gehörte durch ihr wissenschaftlich humanistisches Engagement zu den vom Staatsapparat der DDR herangezogenen und geförderten Kadern. Auf vielen Konferenzen und Foren hat sie Gelegenheit gehabt, unter komplizierten Bedingungen ihre Position zu vertreten und in Gesprächen mit bedeutenden Persönlichkeiten zu erweitern. Sehr warmherzig beschreibt Hörz ihre Begegnungen mit Österreicherinnen und Österreichern, mit Walter und Violetta Hollitscher, mit Engelbert Broda, der ihr nicht nur seine

Heimatstadt Wien gezeigt, sondern auch eine kritisch solidarische Sicht auf die DDR vermittelt hat, oder mit Mia Schönfeld, die sie als Vertreterin der *Internationalen Demokratischen Frauenföderation* (IDFF) in der UNO kennengelernt hat. Die Autobiographie von Helga Hörz dokumentiert eine zeitlich sehr nahe, aber doch schon längst dahin gegangene deutsche politische Kultur.

#### GERHARD OBERKOFLER

*Stefanie Mayer: „Totes Unrecht“? Die „Beneš-Dekrete“ – eine geschichtspolitische Debatte in Österreich. Frankfurt/M.: Peter Lang 2009 (Politische Kulturforschung, hg. von Samuel Salzborn, Bd. 2), 159 S.*

**E**ntstanden als Diplomarbeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien untersucht Stefanie Mayer in ihrem Buch die Auseinandersetzung um die Beneš-Dekrete, die in den Jahren 2000 bis 2002 im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik in Österreich hohe Wellen schlug. Die Studie versteht sich als Diskursanalyse der damaligen medialen Berichterstattung, konzentriert auf die Tageszeitung *Der Standard*.

Ob von der Autorin beabsichtigt oder nicht: heraus kommt ein geradezu niederschmetterndes Bild der Verlotterung der politischen Kultur in Österreich. Die Regierung Schüssel I, in die jüngste Zeitgeschichte eingegangen durch das Koalieren mit einem Hauptbetreiber dieser Abwärtsentwicklung, der FPÖ des Jörg Haider, machte sich daher folgerichtig das Thema der Beneš-Dekrete als Bestandteil ihres reaktionären Wendekurses zu Eigen: Tschechien müsse die „allen Menschenrechten Hohn sprechenden Enteignungs- und Vertreibungsdekrete“ aufheben, wolle es Mitglied der „EU-Wertegemeinschaft“ werden.

Gleich den Figuren aus der Schreckenskammer des Panoptikums ziehen in Stefanie Mayers Publikation die bereits ausrangierten wie noch aktiven Wortführer der seinerzeitigen Debatte an einem vorbei: Riess-Passer („Ein Beitritt Tschechiens mit den Dekreten und dem AKW Temelin kommt nicht in Frage“), Hans Achatz, Hans-Jörg Schimanek und Peter Westenthaler („Die FPÖ wird eine Aufnahme Tschechiens in die EU ohne Aufhebung der Dekrete keinesfalls akzeptieren“), der seinerzeitige FPÖ-Generalsekretär Peter Sichrovsky („Die Enteignungs- und Vertreibungserlässe sind rassistisch und faschistisch“),

und der unvermeidliche Otto Habsburg („Die Abschaffung der Präsidentendekrete sollte sehr wohl eine Bedingung für den Beitritt zur Europäischen Union sein“). In ähnlicher Weise äußerten sich Justizminister Böhmendorfer, der FPÖ-Klubchef Schweitzer, der Nachfolger von Riess-Passer als Vizekanzler, Herbert Haupt, und natürlich Jörg Haider.

Den Vogel schoss dabei ein Herr ab, der mittlerweile eines der höchsten Ämter der Republik Österreich bekleidet, Martin Graf. In seiner Funktion als „Vertriebenensprecher“ der FPÖ nannte er die Aussiedlung der Sudetendeutschen 1945/46 den „einzigsten europäischen Genozid in Friedenszeiten“ (!), der den „klassischen Tatbestand des Völkermordes“ erfülle, und forderte die „Restitution der enteigneten Güter“ samt „Recht der Rückkehr in die Heimat“. Dass SPÖ und ÖVP bei der Wahl Grafs zum dritten Nationalratspräsidenten von keinen Bedenken ob einer solchen Geisteshaltung geplagt wurden, stellt dem Zustand der permanenten Verwahrlosung politischer Ethiknormen in unserem Land ein weiteres Zeugnis aus.

So nebenbei erfährt man in dem Buch auch, dass das in Wien-Landstraße befindliche „Haus der Heimat“, das „Kulturzentrum“ der Vertriebenenverbände, in dem bei Veranstaltungen prominente RechtsextremistInnen als ReferentInnen auftreten, im September 2002 auf einstimmigen (!) Beschluss des Nationalrats vier Millionen Euro an öffentlicher Förderung lukrierte, ein Betrag, den die Bundesländer mit zusätzlichen 3,25 Millionen auffetteten. Also haben auch die SPÖ und die Grünen dabei mitgemacht. An den Prioritäten für die Geldausschüttung nebst deren Höhe erkennt man seine Pappenheimer, vulgo die politischen Intentionen unserer Machteliten.

Fiel es der FPÖ noch leicht, im Wind ihrer deutsch-völkischen Ideologie auf einem konsequenten Kurs wüster Attacken gegen Tschechien zu steuern, tat sich die ÖVP ungleich schwerer. Die Eiertänze, die dabei Kanzler Schüssel, Außenministerin Ferrero-Waldner oder der oberösterreichische Landeshauptmann Pühringer zwischen 2000 und 2002 vollführten, sind in dem Buch bis in die – teils grotesk anmutenden – Details beschrieben. Es war der Wirtschaftsflügel der ÖVP, verkörpert in Leuten wie Peter Mitterbauer (*Industriellenvereinigung*) und Christoph Leitl (*Wirtschaftskammer*), dem dann der Geduldsfaden riss, der den Ordnungsruf erschallen ließ und die Partei auf Linie brachte. Für ihn war Tschechien als Objekt ökonomischer Expansion viel zu

wertvoll und interessant, um den Nachbarn durch einseitige Solidarisierung mit den lärmend-erpresserischen Hetztiraden der FPÖ und der Sudetendeutschen Landsmannschaften vor den Kopf zu stoßen. Als dann im Oktober 2002 das vom Europäischen Parlament in Auftrag gegebene Gutachten des deutschen Völkerrechtsexperten Jochen Frowein auf dem Tisch lag, in dem dieser zur Schlussfolgerung gelangte, dass das EU-Recht keine Anhaltspunkte bietet, um von Tschechien anlässlich seines EU-Beitritts eine Aufhebung oder Änderung seiner Gesetze (und damit auch der Beneš-Dekrete) zu fordern, flaute die Debatte in Österreich schlagartig ab und verschwand in der Versenkung. Auch ein Lehrstück, wohin Politik unter den Bedingungen großkapitalistischer Herrschaft letztlich auszumünden pflügt.

Stefanie Mayer listet das alles anhand der Widerspiegelung der Beneš-Dekrete-Debatte im *Standard* akribisch und methodisch sauber auf. Sie wählte diese Zeitung, weil sie „in Österreich als liberale Qualitätszeitung gilt“ (S. 15). Ihr Urteil über die Art der Berichterstattung fällt für den *Standard* allerdings wenig

schmeichelhaft aus, was insofern nicht verwundert, weil „Qualität“ in der österreichischen Zeitungslandschaft ein sehr relativer Begriff ist. Sie kommt zum Ergebnis, dass der Standard „häufig den zu diesem Thema bereitstehenden rechts-extremen Erzählmustern verhaftet“ blieb und die „daraus resultierende Kluft zur aktuellen historischen Forschung (...) für eine Qualitätszeitung überraschend groß“ gewesen sei (S. 146). Eine weitere Ohrfeige für den österreichischen Umgang mit der Vergangenheit ist ihr Fazit: „Die unkritische Übernahme äußerst rechter geschichtspolitischer Positionen quer durch das politische Spektrum kann als warnendes Beispiel für den prekären Status differenzierter Sichtweisen auf die Geschichte gewertet werden“ (S. 152).

Samuel Salzborn, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Gießen und ein Wissenschaftler mit großen Verdiensten bei der Richtigstellung des tatsächlichen historischen Kontexts der Beneš-Dekrete, hat die Diplomarbeit in seiner Schriftenreihe herausgegeben und mit einem Vorwort versehen. Stefanie Mayers Buch ist wichtig und lehrreich.

**HANS HAUTMANN**

#### Mitteilungen der

#### ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Hans Hautmann, Lutz Holzinger,

Christine Kanzler, Martin Krenn, Claudia

Kuretsidis-Haider, Manfred Mugrauer,

Gerald Oberansmayr, Gerhard Oberkofler,

Lisa Rettl

Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43-1) 982 10 86

E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at

www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

### Erich Böröcz (1939–2009)

Völlig unerwartet verstarb am 10. Oktober 2009 Erich Böröcz in Eisenstadt. Erich wurde am 5. März 1939 im burgenländischen Winden am See als



Sohn einer klassenbewussten Landarbeiterfamilie geboren. Sein Vater Vinzenz war antifaschistischer Widerstandskämpfer und nach 1945 langjähriger

Obmann der KPÖ Burgenland. Nach einer Ausbildung zum Maschinen Schlosser im Wr. Neustädter Raxwerk arbeitete er bis zu seiner Pensionierung als Monteur bei der *Jenbacher Werke A.G.* Politisch der kommunistischen Arbeiterbewegung bereits von klein auf verbunden, waren ihm die Fortführung des antifaschistischen Engagements seines Vaters, die Unterstützung der täglichen politischen Arbeit seines Bruders Bruno sowie die Umsetzung volksbildnerischer Initiativen zur Geschichte der burgenländi-

schen Arbeiterbewegung ein besonderes Anliegen, auch im Rahmen der *Alfred Klahr Gesellschaft*, deren Veranstaltungen Erich stets besuchte. Insbesondere für die junge Generation, der er immer mit tatkräftiger Hilfe zur Seite stand, hinterlässt sein Ableben eine schmerzhaftige Lücke.

### Willi Gaisch (1922–2009)

Im Alter von 87 Jahren starb am 11. Dezember Willi Gaisch an den Folgen eines Schlaganfalls. Gaisch

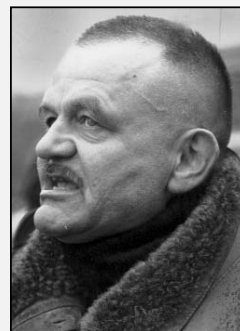


stammte aus einer Arbeiterfamilie und lernte das Tischlerhandwerk. Bereits 1936 trat er dem Kommunistischen Jugendverband und im Jahr 1938 der KPÖ

bei. Zweimalige Verhaftung und Verfolgung durch die Gestapo hielten ihn nicht ab, am antifaschistischen Widerstandskampf teilzunehmen und für ein selbstständiges, freies und demokratisches Österreich einzutreten. Nach

1945 arbeitete er als Redakteur der Tageszeitung *Wahrheit*, als KPÖ-Bezirkssekretär in Graz, als Landessekretär und von 1979 bis 1991 als Landesobmann der KPÖ Steiermark. Zwischen 1961 und 1991 war er Mitglied des Zentralkomitees, dem Politbüro gehörte er in den Jahren 1987 bis 1990 an. In den letzten Jahren hatte Gaisch großen Anteil an der Schaffung des Landesprogramms der steirischen KPÖ und auch an der Kooperation der *Alfred Klahr Gesellschaft* mit dem Bildungsverein der KPÖ Steiermark.

### Alfred Hrdlicka (1928–2009)



Wir trauern um Alfred Hrdlicka, einen der bedeutendsten bildenden Künstler, die Österreich je hervorbrachte. Hrdlicka war von 1994 bis

zu seinem Tod Mitglied der *Alfred Klahr Gesellschaft*, deren Anliegen er sich stets verbunden fühlte.